NR. 2 · MAI 1991 · 40. Jahrgang

diskus

Frankfurter Studentinnenzeitung

NICHT OHNE MEINE TOCHTER

impressum:

diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 2, Mai 1991

Anschrift:
diskus
Jügelstraße 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/798-3188

HerausgeberInnen: Tim Darmstädter, Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser, Michael Hintz, Katharina Pühl.
Redaktionelle Mitarbeit: Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Bernd Eichhorn, Gerhard Fischer, Christoph Kind, Birgit Michalek

Erscheinungsweise: vierteljährlich (zweimal pro Semester)
Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 8000

Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 29. Mai 1991. Wir planen ein Heft mit dem Schwerpunkt „Neue Weltordnung".

Öffentliche Redaktionssitzung (Raum 106, StudentInnenhaus, I. Stock) jeweils mittwochs 20.30 bis 22.00 Uhr.

Bürozeiten: Montags von 11 bis 14 Uhr und mittwochs von 14 bis 17 Uhr.

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, können jedoch weder für sie haften noch in jedem Fall Korrespondenz führen. die Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn ihnen entsprechendes Porto beiliegt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

diskus-Abo
Der diskus erscheint vierteljährlich (2x pro Semester). Für ein Abo einfach einen 20-Mark-Schein zusammen mit Name und Anschrift in einen Briefumschlag stecken und an diskus-Verlag, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt/M. 1 schicken. Das Abo gilt für vier Ausgaben und verlängert sich nicht automatisch.

inhalt

Rockmesse 4
zur Frankfurter „Kick 91"...

Uni-Frankfurt 6
Frauenförderplan gescheitert, ein Gespräch

Rezension 9
Die Zeitschrift „fragmente"

Filmtheorie 10
Heide Schlüpmanns „Unheimlichkeit des Blicks"

Kurdistan-Demo 12
Rede des ASTA/Linke Liste

Golfkrieg 15
Ein Nachruf auf die Linke

Kriegerische Diskurse 19
eine feministische Analyse

Asyl-Politik 22
Einmal DDR – Nie wieder Deutschland

Kuba 24
ist zum Glück eine Insel

Soziale Ökologie 29
"scientific-industrial-burocratic complex"

Brief aus Leipzig 30
Abwicklung die 2te

Feminisierung des Getthos 31
oder Getthoisierung des Feminismus

Anton L. aus F. 36
Mein Schwanz gehört mir

Zur politischen Ökonomie 38
der Frauenarbeit

Die deutsche Atombombe 43
Macht Bomben bauen bumm?

Mut zum Kitsch 46
Derek Jarmans „The Garden", Straub/Huillets „Cezanne"

Erzählung 48
Milch ist sehr gesund

Leistungsschau Rockmusik

Die Frankfurter „Rock-Messe“ Kick ’91

Anfang März fand in Frankfurt die Rockmesse *Kick ’91* statt. Unser Redaktionsmitglied, selber Rocker, war dabei und mußte sich ziemlich ärgern.

Im Bockenheimer *Exzess*, dem vor kurzem noch die polizeiliche Räumung drohte, drängeln sich verwirrte MessebesucherInnen, in der *Music-Hall* dürfen auch AusländerInnen auf einmal die Türsteher ungehindert passieren — und das auch noch umsonst. Vor dem *Sinkkasten* stehen hundert Leute Schlange — nicht etwa um *Robert Fripp* zu bewundern, sondern Bands wie *The Heinz Tigers* oder Mothers are straight. Was ist passiert? Die Antwort: *Kick ’91.*

Seppl Niemeyer, ehemaliger *Flatsch*-Schlagzeuger und Kopf der *Kick ’91*, beschreibt seine Initiative als ein Forum, mit dem man Bands ködern und zur Selbstdarstellung bringen könne. Doch er korrigiert sich sofort: Man wolle die Bands natürlich nicht mißbrauchen, viel eher sei die *Kick ’91* für einen „gemeinsamen kulturpolitischen Kampf“ da. Finanziert wird dieser Kampf unter anderem durch die Frankfurter Stadtsparkasse, aber auch von der „Rock-Beauftragten“ der Stadt Frankfurt, Irmgard Tennagel. Vorbild für die neue Institution war wohl der Berliner „Rock-Senator“, dessen Tätigkeit der Berliner Musikszene zwar bisher noch nicht aus ihrer Bedeutungslosigkeit herausgeholfen hat, aber viel Prestige für Städte schafft, die Metropolen sind oder ach so gerne wären. Und so erklärt man sich in Frankfurt seit neuestem zur „Wiege des Rock’n’Roll“.

Die selbsternannten Vertreter der Musikszene und die städtischen Behörden sind sich offenbar darüber einig, daß Frankfurt mehr als nur Banken zu bieten hat. Wozu dann also überhaupt noch ein „kulturpolitischer Kampf“? Nur schwer erfährt man auf den Veranstaltungen der *Kick ’91*, daß die allseits unterschätzte Musikszene auch ihre Probleme hat. In einer Stadt, wo der Raum zum Wohnen zu einem Luxusgut gemacht wurde, sind die Räume zum Krach machen noch viel dünner gesät. Aus dem Zweiten Weltkrieg übriggebliebene Hochbunker waren in den 70er Jahren der letzte Zufluchtsort für probende MusikerInnen. Doch im Rahmen des sogenannten „Zivilschutzprogrammes“ sollten die Relikte des Krieges in den 80er Jahren ihrem alten Zweck wieder zugänglich gemacht werden. Vielen Bunker-MieterInnen wurde gekündigt, die Auseinandersetzungen mit den zuständigen Behörden zogen sich über Jahre hinweg. Es entstanden eigene Initiativen zum Erhalt der Übungsräume wie die „Berstenden Bunker“, während die kommunalen PolitikerInnen bestenfalls untätig blieben.

Um sich die Unterstützung für den Erhalt der Bunker durch die Stadt Frankfurt — die

mit dem höchsten Kulturetat der ganzen Republik ausgestattet ist — zu sichern, schien es den *Kick*-Veranstaltern sinnvoll, erst einmal den verkannten kommerziellen Wert der heimischen Rockmusik hervorzuheben. Daß in dieser „Szene" nicht nur jugendliches Wählerpotential zu ködern ist, sondern offensichtlich völlig unbeachtete Einnahmequellen liegen, hat auch die städtischen KulturvertreterInnen beeindruckt. Kulturdezernentin Linda Reisch träumt seitdem von „hinter Bunkermauern verborgenen kulturellen Schätzen", die es zu bergen und zu verwerten gilt. Die diesjährige Musik-Messe bot deshalb eine willkommene Gelegenheit, sich mit einem riesigen Spektakel in der Öffentlichkeit zu präsentieren und selbst zu feiern. 56 Frankfurter Bands durften in sieben verschiedenen Clubs — bei freiem Eintritt — und in den Messehallen auftreten, ein „Band-Katalog" mit knapp 300 Gruppen wurde veröffentlicht, ein Videofilm über die Musikszene gedreht, ein Sampler mit Lokalgrößen zusammengestellt und ein „Info-Container" auf der Konstabler Wache installiert.

Diese Rock-Leistungsschau paßte sich nahtlos in das Konzept einer gnadenlos toleranten „Multikultur" ein. Die Rödelheimer Hardcore-Fraktion präsentierte sich einträchtig mit langhaarigen Metal-Posern und glattgebügelten Möchtegern-Popstars, das *Exzess* und die Kongreßhalle waren plötzlich gleichberechtigte Veranstaltungsorte. Sie alle vereinte auf einmal ein großmäuliger Lokalpatriotismus („Die geilen Götter aus Frankfurt" wurde die Cassette mit ausgesuchten Demo-Tapes genannt) und der sehnliche Wunsch nach einem Plattenvertrag.

Im Videofilm *Get your kicks!* über die Frankfurter Musikszene sollte ebenfalls gezeigt werden, daß der Wunsch nach (finanziellem) Erfolg letztendlich alle vereint. Als wir vor unserem Auftritt in der Rödelheimer *Au* von einem Kamerateam der *Kick '91* überrascht wurden, durften auch wir ein Statement abgeben. Anstatt einer Frage bekamen wir jedoch die Antwort vorgegeben: wir sollten doch einmal sagen, daß wir nicht nur in besetzten Häusern spielen möchten, sondern auch gerne mal in großen Clubs vor vielen Leuten. Wir taten dies nicht, sondern erzählten vor der Kamera etwas über die Konzerte in der *Au* — daß hier Gruppen für wenig Eintrittsgeld zu sehen sind, jeglicher Überschuß bei den Einnahmen an die Bands geht oder für politische Zwecke verwendet wird und nicht zuletzt jede Band auch noch ein gutes Essen bekommt. Im fertigen Film erschienen wir dann nicht, denn von den „typischen" MusikerInnen erwarteten die Filmemacher andere Äußerungen. Lächerliche Leder-Machos durften deshalb ihre sexistischen Klischeevorstellungen über kleine blonde Groupies im Film zum Besten geben oder — wie der Gitarrist und Sänger der *Hungry Cascades* — ihre tiefsinnigen Gedanken über das Verhältnis von Mode und Musik erläutern.

Der Besitzer der *Batschkapp*, Ralf Scheffler, erklärte in bester sozialdarwinistischer Manier, warum die Frankfurter Musikszene so schlecht sei: schließlich kämen die besten Fußballer aus dem Ruhrpott und die besten Boxer aus den Ghettos, denn der unbedingte Wille zum Erfolg entstehe nur durch die gnadenlose Konkurrenz innerhalb sozialer Randzonen. Und so versteht man nun auch, daß die Entwicklung der *Batschkapp* vom experimentierfreudigen alternativen Veranstaltungsort zum langweiligen Club für Mainstream-Musik ein einziger Segen für die Szene ist. Denn nur wenn die „United Underworld" vom schicken Dancefloor-Treiben ausgeschlossen wird, kann sich ihr echtes Potential in den Ghettos entfalten . . .

Der Film suggeriert, daß Musik zu machen vor allem ein harter Konkurrenzkampf ist. Und es scheint keine größere Anerkennung vorstellbar, als von einem großen Platten-Label „entdeckt" zu werden. Markus Linde von *Sony-Musik*, der sich selbst als „Artist-Develop-Manager" bezeichnet, wird durch seine Kooperation bei der Erstellung des Frankfurt-Samplers (mit dem bezeichnenden Namen *Sounds like money?*) zum bewundernswerten Entwicklungshelfer der Szene. Auf die Frage, ob er die lokalen Gruppen etwa auch durch einen finanziellen Fonds unterstützen würde, gibt der Vertreter des Branchenriesen zum Besten, daß er von solch einer „institutionalisierten Szene" nichts halten würde.

Fast schon sympathisch sind dagegen die Äußerungen des Produktmanagers von *Bellaphon*, Mob Böttcher, der früher bei den *Rodgau Monotones* die hessische Rockmusik in Verruf brachte. Unter der Devise „Kein Deal ohne kommerzielle Verwertbarkeit" klärt er in der Programmzeitung der *Kick '91* die strebsamen NachwuchskünstlerInnen über ihre minimalen Chancen auf einen Vertrag bei einer etablierten Plattenfirma auf: „Ich entscheide quasi schon vorab, ob das verkaufbar ist." Daß es neben der „kommerziellen Verwertbarkeit" auch noch andere Kriterien zu geben scheint, hat seine Firma *Bellaphon* allerdings selbst bewiesen. Eine der wenigen deutschen Gruppen (von Bernd Clüver einmal ganz abgesehen), die unter Vertrag genommen wurden, sind die *Böhsen Onkelz*, die durch ihre neonazistischen Äußerungen zur Lieblingsband der rechten Skins geworden sind. Kommentar Böttcher: „Sie haben sich aber nach meinen persönlichen Erfahrungen davon losgesagt, kriegen aber natürlich keine Chance mehr." Vor lauter Mitleid möchte man dem armen Produktmanager vorschlagen, ein neues Marketingkonzept für seine *Onkelz* auszuprobieren. Wie wär's mit „Gebt Nazis eine Chance"?

Seppl Niemeyer selbst weiß, daß die *Kick '91* eine zwiespältige Sache ist: „Eine Wandlung auf dem Drahtseil: Was kann man noch vor seinem Gewissen vertreten?" Sehr viel anscheinend, denn der kulturpolitische Kampf auf dem Drahtseil ist bei der *Kick '91* zum Eiertanz geworden. Völlig unkritisch ließ man sich von all jenen vereinnahmen, die nur am Image jener Stadt, die bekanntlich „ihre Menschen mag", interessiert sind und sonst bei Ruhestörungen jeglicher Art gerne mal die Polizei herbeikommen lassen. All jene aber, die diese Stadt und ihre netten Menschen wie Markus Linde, Mob Böttcher oder Ralf Scheffler nicht ganz so gerne haben, können auf eine weitere Vorzeige-Rockshow ohne weiteres verzichten. Stattdessen sollte das Gehalt der Rockbeauftragten dafür verwendet werden, die Bunkermauern noch dichter zu machen, damit der multikulturelle Brei nicht durch sie hindurchsickern kann. Vielleicht kann dann eine Musik entstehen, die wirklich *unabhängig* ist. Die Leute von der *Kick '91* dagegen wissen nicht mal mehr, wie sich dieses Wort schreibt. Was einst Bezeichnung für jene Musik war, die nicht von Major-Firmen, sondern von kleinen Platten-Labels vertrieben wurde, wird im Bandkatalog der „Rock-Messe" zur Schublade namens *INDIPENDENT.*

Christoph Kind

Universität ohne Frauenförderung

Politische Initiativen gegen hierarchische Geschlechterunterschiede stoßen an der Frankfurter Universität, die bei sonntäglichen Festreden immer gerne ihren traditionell „liberalen" Geist hervorhebt, schnell an dessen Grenzen im profanen politischen Alltag. In zwei Beiträgen (*diskus* 2/90 und 1/91) berichteten wir schon über die Abwiegelungstaktiken des Konvents, endlich konkrete „Maßnahmen zur Frauenförderung" an der Universität zu beschließen: Dieses Gremium war aufgefordert, über das Vorschlagspapier zu einem „Frauenförderplan" abzustimmen, das in zweijähriger Frauenarbeit in einer vom Konvent eingesetzten Kommission erstellt worden war. Anstatt sich vernünftiger Argumentation über dieses Papier zu stellen, verließ die rechte Professorenmehrheit in der Sitzung im November 1990 einfach den Saal; im Januar 1991 hatte die Groteske dann ihren vorläufigen Höhepunkt: Die rechte Herrenriege zeigte einmal mehr, was eine echte „liberale" Harke ist und jätete noch dieses Ergebnis frauenpolitischer Kompromißbildung radikal aus — mann dekretierte, das selbst in Auftrag gegebene Entwurfpapier könne nicht mehr Grundlage für weitere Diskussionen zur „Frauenförderung" sein.

Wer jetzt breite uni-öffentliche Kritik erwartet hatte, sah sich bitter enttäuscht. Allenfalls in „privaten" Gesprächen wurde der Unmut über die verharschten Frankfurter Verhältnisse geäußert. Die *diskus*-Redaktion nahm dies zum Anlaß für eine Diskussion, in der wir den Gründen für das Scheitern des Frauenförderplans nachgehen und eine Einschätzung der unipolitischen Möglichkeiten für weitere geschlechtspolitische Initiativen versuchen wollten. Von den Anfang April eingeladenen Frauen und Männern ließen uns die beiden Männer leider im Stich und erschienen nicht zum Gespräch, obwohl wir gerne gerade auch männliche Vertreter der Universitäts-Linken, die sich zu diesem Thema bisher eher zurückgehalten hat, befragt hätten.

So diskutierten Barbara Holland-Cunz (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften), Iris Harnischmacher (Studentin, in der Linken Liste engagiert), Angela Dunker (Studentin, Mitarbeiterin in der Konventskommission, die das Vorschlagspapier zum Frauenförderplan erarbeitete), Karla Schmitt (Autonomes Frauen- und Lesbenreferat, arbeitete in der Konvents-Kommission mit), Andrea Maihofer (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Dozentin am Fachbereich Philosophie). Für den *diskus* nahmen teil: Dagmar Ganßloser, Andreas Fanizadeh und Katharina Pühl. Das etwa 1 1/2-stündige Gespräch geben wir stark gekürzt wieder.

diskus: Welchen Stellenwert hat Eurer Meinung nach der (mittlerweile im Konvent gescheiterte) Entwurf des Frauenförderplans für die Uni Frankfurt?

Karla Schmitt: Für mich ist dieses Papier ein Anliegen autonomer Frauen, die bei den Grünen in der Stadt- und Landespolitik arbeiten und ist nicht ausgegangen von der Annahme, daß Frauenvertretung an der Universität Auswirkungen auf das Land haben könne. Sondern die Frauen-Projekte im Land und in der Stadt sind so weit, daß wir gesagt haben, jetzt müssen wir die Universität endlich miteinbeziehen, denn ständig besteht ein Bedarf an qualifizierten Studien, die bisher hauptsächlich außerhalb der Universität erstellt wurden. Die gesicherten Erkenntnisse der Frauenforschung müssen endlich in die Uni hineingetragen werden. — Das heißt, wenn ich beispielsweise für Quotierung bin, habe ich bestimmte Personen — und nicht eine abstrakte Gruppe — im Kopf, die sich in ihrer Forschung und Lehre auf die Realität von Frauen, also wirklich auch auf Alltagssachen, wie Erziehungs- und Pflegenotstand, beziehen. Mit der Präsenz dieser Frauen sollen sich auch die Lehrinhalte ändern . . .

Angela Dunker: . . . aber mit dem Frauenförderplan gibst Du nicht die Themen vor, sondern schaffst lediglich die materiellen Voraussetzungen, daß solche Themen überhaupt Raum kriegen können.

Iris Harnischmacher: Mir ging es in der Argumentation immer darum, den Frauenförderplan nicht zu hoch zu hängen. Ihn auch nicht mit allem und jedem Problem, das es in dieser Gesellschaft gibt, zu verknüpfen, sondern ganz klar zu sehen, daß es wirklich ganz bestimmte Adressatinnen gibt, und das sind Frauen, die an den Unis sind. Es geht um einen eingeschränkten Bereich, das kann nicht die ganze Gesellschaft darstellen. Daraus sind bestimmte Konsequenzen zu ziehen . . .

Barbara Holland-Cunz: . . . es ist wichtig zu sehen, daß das Interesse daran von Frauen von außerhalb der Universität sich nicht — und das müssen wir auch endlich klar sagen — auf unsere eigene Standespolitik bezieht (was ein Frauenförderplan auch immer ist), sondern dieses Interesse bezieht sich darauf, konkrete Politikberatung für die Kommunalpolitik oder sonstwas zu kriegen.

Iris Harnischmacher: . . . warum lassen wir uns nicht einfach auf bestimmte, selbstverständliche Dinge ein — also in meinen Augen selbstverständliche Dinge und im Selbstverständnis der Uni eigentlich auch —, daß nämlich Männer und Frauen gleichbehandelt (im ganz klassischen Sinne) werden müssen. Das können alle unterschreiben, das ist noch lange kein revolutionäres Projekt, hat mit dem Umbau der Universität nichts zu tun. Warum nicht einfach tiefstapeln, warum nicht sagen, das ist alles, was wir wollen, und wenn das jetzt gescheitert ist, denunziert das die Uni natürlich viel mehr, als hätten sie den wahnsinnigen feministischen Ansturm abgewehrt — in einem letzten Gefecht.

Angela Dunker: Aber in unserer Diskussion ging es sehr wohl auch um mehr als um ‚klassische Gleichheit', und das ist glaube ich auch genau der Punkt, wieso der Frauenförderplan bekämpft wird. Es ist jetzt die Frage, ob dies die falsche Strategie war. Vielleicht wäre es besser gewesen zu sagen: o.k., wir machen einen ganz abgespeckten Plan, wir wollen nur die rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Gleichheit im klassischen Sinne, und alles andere machen wir woanders. — Ich war zu dieser Trennung nicht fähig.

diskus: Damit wären wir schon bei der Diskussion um Fragen der möglichen oder auch mißglückten Strategien zur Durchsetzung des Frauenförderplans. Warum ist Eurer Ansicht nach die Durchsetzung des Frauenförderplans gescheitert?

Karla Schmitt: Vielen Studentinnen war das Papier zu abgemagert, sie sahen ihre Belange darin einfach nicht vertreten und konnten sich deshalb nicht damit identifizieren oder sich dafür engagieren. Kritische Fragen kamen insbesondere von Lesben und ausländischen Frauen.

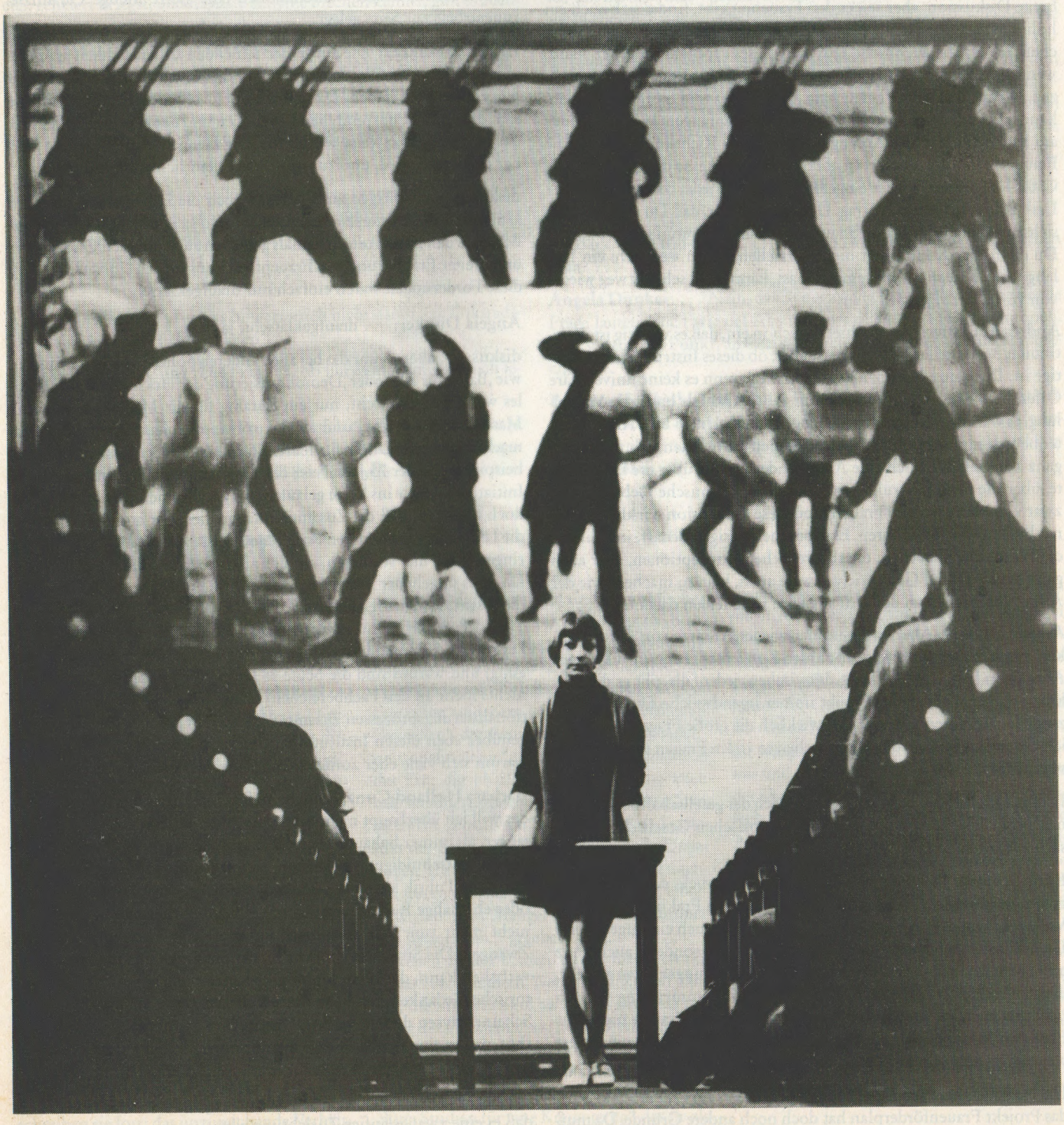
Angela Dunker: Um zu verstehen, wie diese Situation zustande kam, darf man die Auseinandersetzungen zwischen den Statusgruppen nicht unterschätzen. Wir wollten uns durch ein gemeinsames Vorge-

hen Stärke einkaufen und haben uns dann in der Kommission völlig aufgerieben unter den Statusgruppen, z.B. wollten Frauen aus dem Verwaltungsbereich und einige Wissenschaftlerinnen das Wort ‚Lesben' in einem gemeinsamen Entwurf nicht drinstehen haben. Wir konnten uns über die Statusunterschiede nicht hinwegsetzen, und was dann als Minimalkonsens herauskam, davon hat sich schließlich keine mehr vertreten gefühlt.

Barbara Holland-Cunz: Eines ist dabei aber immerhin deutlich geworden: daß der Inhalt des Frauenförderplans — egal wie weitgehend er ist — nur dann von Relevanz ist, wenn es Frauen gibt, die für diesen Inhalt einstehen. Und ich glaube, daß wir uns auf einmal so zu diesem Förderplan verhalten haben, als wäre das nicht unser Papier. Ich kann mich erinnern, daß die Konventssitzung zur Verabschiedung des Frauenförderplans damit begann, daß die Frauen-Kommission mitteilte, daß dies das Minimalpapier sei — und das ist ja kein Signal emphatischer Politik!

diskus: In der Außenwahrnehmung spiegeln sich diese Schwierigkeiten: Es gibt Äußerungen von Linken und anderen Leuten, die dahin gehen, daß sie sich auf die Politik der Frauen an der Uni in Sachen Förderplan genau deshalb nicht beziehen können. Problematisch ist dabei natürlich, daß einige Leute das als Argument nutzen, sich mit dem gesamten Anliegen überhaupt nicht beschäftigen zu müssen.

Andrea Maihofer: Ich fand bestimmte Teile des Frauenförderplans nicht weitgehend genug, aber damit würde ich pragmatisch umgehen. Probleme hatte ich mit dieser Frauenrats-Konzeption, ich halte das für ein sehr bürokratisches Modell. Natürlich müssen bestimmte prozedurale Bedingungen geschaffen werden — wie Frauen in den Gremien vertreten werden, die ganze Diskussion um die Qualifikation, bestimmte Lehrinhalt etc. —, aber diese Kontroll- und Arbeitsinstanz, die halte ich für einen absoluten Wasserkopf. — Es wäre stattdessen sinnvoller, eine Diskussion über das, was an der Uni passiert, zu institutionalisieren. Warum wird nicht jedes Semester eine Tagung abgehalten, wo ge-



nau diese Diskussion stattfinden kann?

Angela Dunker: Aber wer soll denn die Informationen sammeln und weitergeben? Wer soll die Ergebnisse der Arbeit bündeln, neue Strategien daraus entwickeln und sie zur Diskussion stellen? Mir geht's auch um ganz konkrete Interventionsmöglichkeiten; ich habe ein Jahr im Frauenrat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften mitgearbeitet: Du glaubst gar nicht, was da ständig für Entscheidungen gefällt werden — über Tutorien, die gestrichen werden, Stellenbesetzungen etc. —, die noch Jahre später Auswirkungen haben. Und das kriegst Du nur mit, wenn Du ganz dicht dran sitzt, das sind Minientscheidungen, irgendwelche Worte, die in irgendwelchen Briefen oder Vorlagen gestrichen werden ...

Barbara Holland-Cunz: Ich glaube, die eigentliche Frage ist, ob nicht diese Form der Frauenbeauftragung Bewegung im Grund genommen verhindert, weil dann delegiert werden kann. So ähnlich ist es am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften auch passiert: Wir hatten eine breite Diskussion, aber seit es den Frauenrat gibt, findet sich auch ein hohes Maß an Bequemlichkeit zu sagen, das kann der Frauenrat machen. Ich glaube aber nicht, daß man dieses Problem umgehen kann, wenn man versucht, an der Uni Forderungen für Frauen durchzusetzen. Wenn Du nicht Frauen hast, die sich ständig zuständig fühlen, kannst Du mit den besten Richtlinien nichts anfangen. Wir hatten hier am Fachbereich schon Anfang der 80er Jahre Richtlinien, aber keine Frauenvertretung. Passiert ist aber nichts, weil keine da war, die — wie Cato — sie immer wieder eingefordert hat, bei jeder Sitzung, bei jeder Diskussion, bei jedem Antrag. Und genau dafür, daß Du eine hast, die sich zuständig fühlt, dafür brauchst Du eine Vertretung, sonst kannst Du die nötige Kontinuität nicht herstellen. Denn wenn Du ein Jahr lang keine Frauenpolitik gemacht hast, kannst Du schlichtweg wieder von vorne anfangen.

Andrea Maihofer: Mir leuchtet das schon ein, daß es wichtig ist, Kontinuität herzustellen. Die Frage ist aber, ob dieses Instrument das richtige ist. Das ganze hat doch keinen Erfolg, wenn es keine universitäre Öffentlichkeit, keinen Druck dafür gibt. Also ich habe die Vorstellung, es wäre dringend nötig — bezogen auf die Uni — eine Art Studentenbewegung im Hinblick auf die Frauen zu machen. Ich meine das ganz konkret: Wirklich eine Auseinandersetzung über die Lehrinhalte, über die Seminarstrukturen, über das akademische Gebaren, und zwar von Männern und Frauen, und diese Diskussion wirklich auf einer breiten Ebene zu führen. Es gäbe einen riesigen Bedarf, sowohl was die Forschung anbetrifft, die theoretischen Konzeptionen, aber auch ganz banale Dinge. Ganz wichtig wäre auch, klar zu machen, wie der Alltag von Frauen an der Uni aussieht; viele leiden darunter.

Angela Dunker: Aber es hat immer wieder Ansätze von Öffentlichkeit gegeben, beispielsweise nach der Konventssitzung im Oktober. Aber dann kam der Golfkrieg dazwischen, jedenfalls gibt es die Diskussion jetzt nicht mehr. Es gibt immer irgendwelche Dinge, die dazwischen kommen. Für mich ist wirklich die große Frage, wie schaffe ich Öffentlichkeit, wo doch inzwischen so vielen Frauen soviel klar geworden ist ...

Barbara Holland-Cunz: ... und wo doch der gesellschaftliche Legitimationsdruck für diese Frage in westeuropäischen Gesellschaften tatsächlich gewachsen ist.

Karla Schmitt: Ja, genau; und damit auch der Druck, den Frauen aushalten müssen: Ich denke, seit sich verschiedene Fraktionen in ihrer Vormachtsstellung in Frage gestellt sehen, gibt's auch ein ungeheueres Draufklopfen, und zwar nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch: wenn man sich Prügel- und Vergewaltigungsquoten ansieht, die steigen zur Zeit wie verrückt. In diesem Zusammenhang will ich nochmal auf den Bielefelder Satz hinweisen, daß Frauen nicht zur Frauenrolle erzogen werden, sondern daß sie dazu hintraumatisiert werden, wenn's sein muß auch mit Brachialgewalt..

Iris Harnischmacher: Das Problem der fehlenden Öffentlichkeit für das Projekt Frauenförderplan hat doch noch andere Gründe. Da muß man auch mal nach den Interessen der Studentinnen fragen: Wie weit geht die Identifikation mit dieser Universität noch? wie groß ist das Bestreben, in diese Gremien hineinzugehen, selbst Wissenschaftlerin zu werden?

Angela Dunker: Mein Zugang, und auch der von den meisten Frauen, die ich kenne, zum Frauenförderplan war ein anderer: nicht weil Du Wissenschaftlerin werden willst, sondern weil Du merkst, daß Du hier nicht studieren kannst, was Du willst, fängst Du an, über Frauenförderung nachzudenken.

Barbara Holland-Cunz: Das Problem bei jedem Förderplan ist ja, daß Du im Grunde Politik machst für die nachfolgenden Generationen. Das trifft für die Studentinnen, aber auch für die Mittelbaufrauen zu. Und deshalb haben sich auch so wenige Mittelbaufrauen eingeschaltet: die setzen sich doch nicht hin und schreiben einen Förderplan, wenn sie stattdessen drei Aufsätze schreiben können, um es mal zuzuspitzen. Und die Frauen, die sich dennoch bereiterklärt haben, am Förderplan mitzuarbeiten, haben währenddessen eine ganze Menge Qualifizierungsarbeit zur Seite gelegt.

Andrea Maihofer: Die Frage der fehlenden Öffentlichkeit ist doch aber nicht nur ein Problem, mit dem Frauen, die Politik machen wollen, zu kämpfen haben. Das betrifft doch auch linke Männer, daß sie sich das schlicht und ergreifend angucken und denken: Wie sollen wir das in irgendeiner Weise wieder in Gang bringen, daß überhaupt wieder diskutiert wird, und zu irgendwas Öffentlichkeit entsteht?

diskus: Das bestätigen zum Beispiel auch die Erfahrungen aus dem Uni-Streik im Wintersemester 1988/89, wo sich kollektiv Unmut äußerte. Zu den Forderungen damals gehörten auch die nach Quotierung und breiter Etablierung von Frauenforschung an der Universität, aber diese Forderungen waren einfach nur draufgeklatscht ...

Angela Dunker: ... draufgeklatscht, ja genau ...

diskus: ... aber so war das bei allen anderen politischen Forderungen, wie ‚Bafög für alle' oder ‚Demokratisierung der Hochschule', auch. Alles war draufgeklatscht, nur ein Katalog für die Medien; es gab eine Massenmobilisierung, und als das vorbei war, kam die große Ohnmacht hinterher. Und bei anderen Projekten; die politisieren sollten, beispielsweise der 75-Jahr-Feier der Uni, damit sind traditionell linke Initiativen relativ ins Leere gelaufen. — Das allgemeine Problem bleibt doch bestehen, daß die Zusammenhänge hier sehr anonym sind und die Leute mit ganz anderen Problemen belastet sind, auch nur zum geringeren Teil hier studieren, um sich als ‚freie Individuen' auszubilden. Da ist es ungeheuer schwierig, eine Politik zu machen, die direkt auf die Institutionen abzielen soll.

Die Frage, die bleibt, ist aber: Gab es einmal eine andere Form von Lehre, von Auseinandersetzung an dieser Uni, also von der 68er-Bewegung, und warum sind die heute so langweilig geworden? Es passiert nichts mehr an den Fachbereichen. Hängt das nicht auch mit Institutionalisierungsprozessen zusammen, und ist vielleicht die Skepsis gegenüber eben diesen Institutionalisierungsprozessen mit der Grund, warum sich viele eher zurückhalten in Sachen Frauenförderplan?

Barbara Holland-Cunz: Ich sehe, daß es institutionelle Zwänge gibt, das will ich überhaupt nicht bestreiten, aber die sind geringer, viel geringer, als immer behauptet wird. Da muß die Institution immer wieder als Entschuldigung herhalten, wenn die, die für eine bestimmte Form der Politik standen — seien es ehemalige 68er, heute Professor, oder ehemalige Radikalfeministinnen, heute Professorin — das heute nicht mehr tun. Wir sind nicht umzäunt von lauter Mauern und Zwängen. Die Situation ist nicht so, daß man sich nur in einer Weise verhalten kann, die keinerlei Möglichkeiten mehr gibt für emanzipatorische Gedanken. Ich halte das wirklich für eine der allerblödesten Scheinanalysen dessen, was eine Institution ausmacht. Es ist ein Mythos, daß es eine zwangsläufige institutionelle Sozialisation als Deformation gibt.

Angela Dunker: Auch was das Studium angeht; ich sehe das nicht so, daß es eine zwangsläufige Zurichtung gibt ...

Barbara Holland-Cunz: . . . Ich würde sagen, es gibt mindestens ein Potential, wo Du ganz bewußt versuchen kannst, diese Zurichtung zu umgehen, beispielsweise indem Du kollektive Formen des Studiums wählst . . .

diskus: Aber wenn beispielsweise die Tutorien am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften kaum mehr zu besetzen sind, dann deutet das doch auf viel grundlegendere Schwierigkeiten der StudentInnen mit der Uni hin, da kann die Verantwortung dafür nicht nur den Leuten individuell zugeordnet werden . . .

Barbara Holland-Cunz: Nein, das war auch nicht mein Punkt. Die Uni ist einfach nicht mehr der Ort, an dem Du lebst . . .

Angela Dunker: . . . es ist kein politischer Ort; es ist einfach der Ort, wo du Scheine machst, eine Ausbildung. Das verhindert natürlich auch viel, das habe ich selbst in Frauenseminaren schon erlebt: Dadurch, daß sie jetzt institutionalisiert sind und Du alles, Literaturlisten etc., geliefert kriegst, und reguläre Scheine machen kannst, gibt es auch Frauen, die diese Seminare besuchen, wie sie andere Seminare auch besuchen. Sie machen halt einen Frauenschein, weil es ganz nett ist, einen Schein in Frauenforschung zu machen. Mit feministischer Politik, mit Frauenbewegung hat das für diese Frauen dann nichts mehr zu tun; dadurch, daß die Frauenseminare durch die Institutionalisierung auch als Bildungsangebot genutzt werden können, passiert das natürlich teilweise auch.

Karla Schmitt: Aber wir wollten auch andere Frauen auf den Stellen haben! Und wen haben wir gekriegt? Mit minimalen Ausnahmen: Seilschaftsfrauen, das muß man doch mal sehen, das sind doch keine Feministinnen . . .

Angela Dunker: . . . aber das hindert mich nicht daran, ein linksradikales feministisches Buch zu lesen . . .

Barbara Holland-Cunz: Die Frage ist, ob Du es im Seminar noch lesen darfst.

diskus: Aber genau an diesem Punkt tut sich ein Problem auf, das ja viel breiter diskutiert werden muß: wir sind einfach mit einer Hegemonie der Rechten konfrontiert, und das hat nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die derzeitige Berufungspraxis. Das bedeutet aber auch, daß die Gretchenfrage, die sich gerade linke Frauen und Feminstinnen von linken Männern (und damit ist links von der Sozialdemokratie gemeint) immer wieder stellen lassen müssen, ob sie nämlich im Zweifelsfalle eine konservative Frau einem linken Mann bei einer Berufung vorziehen würden, eigentliche eine ‚Spaltungsfrage' ist. Diese Konstellation ist ja völlig konstruiert, denn ob mit oder ohne Frauenförderplan hat der ‚linke Mann' wenig Aussichten auf Berufung. Und umgekehrt: es steht leider nicht zu erwarten, daß radikale Feministinnen in absehbarer Zeit berufen werden. Das heißt aber nicht, daß wir uns nicht starkmachen sollten für die Durchsetzung einer Gleichstellung im klassischen Sinne, wie das vorhin immer genannt wurde, das heißt nur, daß sich die Auseinandersetzung darin — weder für Linke, noch für Feministinnen, noch für linke Feministinnen — tatsächlich nicht erschöpft.

Barbara Holland-Cunz: Was wir als nächstes machen müssen, ist, daß wir uns darüber klar werden müssen, ob wir noch ein Fünkchen Energie in diesen Frauenförderplan stecken wollen. Das ist wirklich die grundlegende Frage, ehe wir weitere Schritte, wie etwa den Gang zur Wissenschaftsministerin, erwägen können. Alles weitere geht nur, wenn es noch genügend Frauen gibt, die übrig sind von den Anstrengungen der letzten Jahre, um diesen Prozeß, der vielleicht noch einmal ein, zwei Jahre dauert, wirklich zu organisieren. Sonst kannst Du das vergessen . . .

Angela Dunker: Die Frage ist nicht nur, wollen wir *diesen* Förderplan . . .

Barbara Holland-Cunz: . . . wollen wir überhaupt noch einen Plan? . . .

Angela Dunker: . . . Nein, das ist die zweite Frage. Die entscheidende Frage lautet: Nach wieviel Abstrichen wollen wir diesen Plan noch. Das ist dann der Punkt, an dem sämtliche Koalitionen auseinanderbrechen . . .

Barbara Holland-Cunz: Dieser Punkt ist nämlich genau der kontroverse Punkt. Du kannst ganz klar antizipieren: die Wissenschaftlerinnen werden sagen, wir wollen — ganz egal, was für einen — einen Frauenförderplan . . .

Ein Fragment

Seit nunmehr 10 Jahren werden die *fragmente*. Schriftenreihe zur Psychoanalyse vom Wissenschaftlichen Zentrum II für Psychoanalyse, Psychotherapie und psychosoziale Forschung an der Gesamthochschule Kassel herausgegeben. Meist abseits streng klinischer Betrachtungen wollen die Beiträge dieser Zeitschrift ihren Gegenstand interdisziplinär an versuchten Schnittstellen und Kreuzungspunkten durchaus divergenter theoretischer Ansätze der Psychoanalyse, Dekonstruktion und Diskursanalyse aufspüren. Ein gutes Beispiel dafür bietet das aktuelle Heft unter dem Titel *„X/Y. Zwiespalt der Geschlechter"*; in dem am Rande der feministischen wie psychoanalytischen Diskussion der kulturellen Codierung des Geschlechterverhältnisses nachgegangen wird.

Zum ersten Mal in deutscher Sprache veröffentlichte Auszüge aus Büchern von *Michele Montrelay* und *Edith Seifert* rekonstruieren Aspekte einer „Psychoanalyse des unmöglichen Geschlechtsbezuges" beziehungsweise schreiben sie fort: das unzureichende Verhältnis von Ödipuskomplex und symbolischer Kastration, wo der weibliche Körper als „blinder Fleck" nicht-ist, als „nicht verdrängtes, unrepräsentierbares Objekt" (23) widersteht; das asymmetrische Verhältnis von phallischem Genießen und dem „zusätzlichen, Anderen Genießen", der Frau, das, „tendenziell indefinit-undefinierbar", „nicht ohne den Schatten des Ein, die phallische Einschreibung auch nur annäherungsweise zu umreißen sei": in SEINER „Positivität" sei eine Andere Sexualität der Frau, „die das genuin sexuelle Ungenügen überwunden hätte, der Flügel gewachsen wären darüber hinaus, die aus dem Überfluß statt dem Mangel lebte, darum immer nur hypothetisch gegeben" (34).

Neben diesen beiden waren für mich die Texte von Elisabeth Weber und Rudolf Bernet, die im Anschluß an Lacans Seminar zur *Ethik der Psychoanalyse* (1959-60) Möglichkeiten und Grenzen einer Ethik des Begehrens untersuchen, die interessantesten. In Auseinandersetzung mit Francis Bacons Triptychon „Drei Studien für eine Kreuzigung", das sie als „paradoxes Unterfangen" versteht, „die *Unmöglichkeit* des Zeugnisses nicht zu vergessen und von diesem Nichtvergessen Zeugnis abzulegen" (181), versucht sie, den doppelten Angriff radikaler Zerstörung, die „Gewalt hinter der Gewalt des Todes" (177), die nach der Vernichtung der Physis noch die Bilder, die imaginären Träger des Begehrens, verwüstet und die Namen ausstreicht, zu sehen: „In der Shoah ging es nicht nur darum, millionenfach zu töten, es ging *erklärtermaßen* um die Ausstreichung eines Volkes aus der Seinsordnung, aus jener Ordnung, die von der Sprache eröffnet wird." (182)

Diskursanalytisch orientierte literaturhistorische Beiträge unter anderem von Gerburg Treusch-Dieter über den Geschlechterkampf in Kleists „Penthesilea" und Lektüren wie Ilse Bindseils Notizen zu Unica Zürns letzten Aufzeichnungen runden das Heft keinesfalls ab — wer „Rundes" erwartet, wird mit den *fragmenten* immer falsch „bedient".

Michael Hintz

Das Drama des frühen deutschen Kinos

Heide Schlüpmanns „Unheimlichkeit des Blicks"

„... im Kino feierte der Internationalismus der Moderne Triumphe über den Nationalismus der herrschenden Kultur und die Artistik, die Körperkunst, über die Innerlichkeit. Und schließlich nahm das Kino die Frauen als soziale und kulturelle Wesen außerhalb ihrer familialen Bindung auf. Im Kino funktionierten sie nicht kulturreproduktiv, ... nicht als Krankenschwestern am Bett der männlichen Kultur, sondern als Teilnehmerinnen, Nutznießerinnen im Prozeß einer auf technischer Basis neu sich entwickelnden." (S. 13)

Diese emphatische Beschreibung bezieht sich auf das frühe deutsche Kino der Jahre 1895 bis 1914, mit dem sich Heide Schlüpmanns Buch auseinandersetzt. Während die Filmgeschichte bis zurück zum Autorenkino der Weimarer Republik ausführlich aufgearbeitet wurde, ist die Ära des frühen Stummfilms bisher kaum als ernstzunehmendes Kapitel der Filmgeschichte präsent. Hat man überhaupt eine vage Vorstellung von den Anfängen des Films, so scheinen sie all dessen zu entbehren, wodurch einen das Kino in seinen Bann schlägt: Star-Schauspieler, Star-Regisseure, technische Raffinesse, Logik der Erzählung, ‚Kunstanspruch', ... man mag einsetzen, was immer man will.

Die Theoriediskussionen der letzten zwanzig Jahre, insbesondere die feministische Filmkritik, haben die Schattenseiten dieser Filmästhetik decouvriert und gezeigt, wie der Glamour die Indienstnahme des Kinos durch das Patriarchat gleichzeitig stützt und verdeckt. Thema der feministischen Filmtheorie war zunächst die Tatsache, daß Hollywood den weiblichen Star zwar dem männlichen Blick ausstellte, dieses Bild für das weibliche Publikum aber immer nur repressiv zu funktionieren schien. In einer zweiten Phase rückte die Frage nach der Lust, die Frauen im Kino suchen, in den Vordergrund. Daß das Kino auch ihnen Genuß bietet, daran besteht kein Zweifel — nur welchen? Diese Frage ist nach wie vor unbeantwortet, ebenso diejenige, wie eine Kino-Lust jenseits patriarchaler Muster aussehen könnte.

Heide Schlüpmann geht hier einen neuen Weg. Im Gegensatz zu den Theorien, die auf psychoanalytischem Hintergrund operieren und dabei in Gefahr geraten, die historische Genese und Wandlungsfähigkeit unbewußter Strukturen aus dem Blick zu verlieren, plädiert sie für eine „Vergeschichtlichung der Filmtheorie" (S. 308). Ihr Ansatz ist es, „Filme nicht mehr nur als Piktogramme des gesellschaftlichen Unbewußten, sondern auch wieder als Produkte gesellschaftlicher Geschichte" (ebd.) zu begreifen. Unter dieser Perspektive findet sie im frühen Kino eine einzigartige historische Konstellation vor: charakterisiert durch technische Neuheit und gesellschaftliche Randständigkeit, besitzt dieses Medium keine festgeschriebenen Gesetze und ist insofern noch nicht der herrschenden Ideologie unterworfen. Es stellt eine Art kulturelles Experimentierfeld dar — und dies vor allem, wie Heide Schlüpmann sagt, auf dem Gebiet des Geschlechterwiderspruchs, dem nach wie vor

„zentralen Politikum des Kinos". Dieser Widerspruch, der im Zuge der Weiterentwicklung des Mediums, der Codebildung und Vereindeutigung, verdrängt und verleugnet wurde, war als solcher noch sichtbar.

Dies zeigt Heide Schlüpmann auf zwei Wegen; zum einen untersucht sie eine Vielzahl von Filmen aus den Vorkriegsjahren (55 Filme werden besprochen), zum andern arbeitet sie die Filmpublizistik der Zeit auf. Während das Kino seine erste Blütezeit hatte, wurde es von den um Volksbildung und -erziehung bemühten ‚Kinoreformern' vehement angegriffen — die Analyse der Filme und ihres Negativbildes in der Presse zeigt die Bedrohung, die das Kino für das Bildungsbürgertum darstellte und damit seine ästhetisch-soziale Qualität.

In den Filmanalysen vermittelt sich viel von der Frische und dem Spielerischen des neuen Mediums, seine Hingabe an Abschweifungen, der Spaß an Effekten. Mit seiner spezifischen Mischung aus Erzählteilen, Dokumentation und Sensation nimmt sich der frühe Film Freiheiten, die später in der Umklammerung einer konsistenten Erzählperspektive nicht mehr möglich waren. Die Filme werden hier nicht als ‚Werke' verstanden — dies war auch nicht der Anspruch der damaligen Filmproduktion — sondern als Teil einer funktionierenden Kinoöffentlichkeit. Im Unterschied zum späteren etablierten Film, der die Rezeptionshaltung eines geschulten Publikums vorvollzieht und so seinen Zuschauer bereits mitproduziert, befriedigte das frühe Kino eine Vielzahl noch nicht territorialisierter Bedürfnisse. Die Sprachlosigkeit des neuen Mediums war kein Mangel, sondern trug gerade dazu bei, sein emanzipatorisches Potential freizusetzen: sie gab dem Körper Gelegenheit, eine eigene Sprache zu entwickeln. Als modern präsentierte sich der Film, indem er virtuos seine technischen Möglichkeiten ausstellte, Körperkunst und Kamerakunst sich verbünden, der Sensationslust des Publikums Attraktionen zu bieten. Wichtig für die weibliche Perspektive ist die Tatsache, daß das Kino den Blick auf das Häusliche lenkt, sich privater Probleme annimmt, sich aber immer wieder dem Dokumentarischen öffnet, sei es in Naturaufnahmen, oder indem es die Plätze und Straßen der Städte zeigt. Es kostet den Reiz nicht-alltäglicher Milieus aus, präsentiert sie als aufregend, nicht aber als perfekte Illusion.

Für die an der Produktion Beteiligten bedeutete diese Offenheit die Chance, auf den Film selbst einen wesentlich größeren Einfluß zu nehmen, als dies in späteren Perioden der Filmgeschichte möglich war. Sie konnten eigene Vorstellungen einbringen, neue Ideen ausprobieren und versuchten nach eigener Maßgabe, ihrem Publikum gerecht zu werden. Eine zentrale Rolle für Geschichte und Theorie des frühen Kinos weist Heide Schlüpmann dabei der Schauspielerin und dem weiblichen Publikum zu.

Das Kino war für Frauen eine der wenigen Möglichkeiten, sich außer Haus allein zu vergnügen; „während der bürgerliche Theatergänger sich ablehnend verhielt, verbrachte seine Ehefrau schon ihre Freizeit im Kino" (S. 16). Nicht eine für die patriarchale Ordnung bereits funktionalisierte Unterhaltung wurde allerdings geboten, sondern Bilder, die etwas vom eigenen Lebenszusammenhang spiegelten. Die Schauspielerin war noch nicht, wie später im Erzählkino, zur ausschließlichen Artikulation des männlichen Unbewußten verurteilt, sondern konnte auf Wünsche, Sehnsüchte und Probleme des weiblichen Publikums eingehen. Dessen wirtschaftliche Bedeutung wiederum trug dazu bei, die Position der Schauspielerin zu stärken. Anders als im Theater, wo ihr Spiel durch die literarische Vorlage fixiert war und es galt, die von Dramatiker und Regisseur vorentworfenen Bilder mit Leben zu füllen, gibt ihr der Film „die Chance der Selbstdarstellung im Sinne der Emanzipation von diesen Bildern" (S. 18). Ihre Körperlichkeit, die sie nicht vor einem männlichen Publikum, sondern zuerst vor dem Kameraauge zum Ausdruck bringt, ermöglicht es ihr, „das neue Bedürfnis des weiblichen Publikums wahrzunehmen. Ihre Selbstdarstellung interpretiert und befriedigt es als das des ‚Eintritts der Frau in die Moderne'" (S. 18).

Während die Filmanalyse das im frühen Kino angelegte oppositionelle Potential entfaltet, zeichnet Heide Schlüpmanns Revision der Filmpublizistik eindringlich das „Drama des frühen deutschen Kinos" nach. Die Texte werden insofern neu bewertet, als ihre Funktion als Wegbereiter von Spielfilmästhetik und Autorenkino bislang positiv eingeschätzt wurde. Demgegenüber erscheint jetzt ihr formender Zugriff restaurativ, ihre Konzentration auf den Film als ‚Werk' als Mißachtung der Kinorealität. Der scharfe Blick der Kinoreformer und frühen Filmtheoretiker galt weniger den Qualitäten des Mediums als seiner immanenten Bedrohung der Stellung des Bildungsbürgertums. Domestizierung und Einfriedung waren das Ziel der Bemühungen — bis 1917 mit der Gründung der UFA das Kino als staatstragende Institution etabliert war. Wurde es zunächst als in seiner Funktion als öffentlicher Raum angeprangert, in dem das Zusammentreffen beider Geschlechter sich der Kontrolle zu entziehen schien, so folgten diesen vergeblichen Anstrengungen bald Strategien der Vereinnahmung. Filmästhetische Überlegungen begannen das Terrain zu sondieren, das *‚schlechte'* vom *‚richtigen'* Kinodrama auszugrenzen — die emanzipatorischen Tendenzen des Kinos fanden jedoch kaum Fürsprecher; selbst avancierte Gegenentwürfe erfaßten sie nur in Ausschnitten. Die ausführliche Darstellung der Anfänge der Filmtheorie und ihrer Fundierung in der idealistischen Ästhetik macht sichtbar, daß ein konstitutiver Aspekt des Kinos, die Geschlechterdifferenz, konsequent ausgeklammert wurde — „eine Blindheit, die sich in der späteren Entwicklung kritischer Filmästhetik fortschleppt" (S. 187).

Heide Schlüpmanns Untersuchung eröffnet neue Perspektiven auf die Filmtheorie seit den 20er Jahren — wichtiger aber noch: auf das Kino. Man bekommt Lust auf Brüche und Heterogenes, auf all die Momente, in denen das Kalkül nicht aufgeht und vielleicht etwas von dem durchscheint, was „auf dem Grund des Kinos" liegt.

Heike Klippel

Heide Schlüpmann: Unheimlichkeit des Blicks. Das Drama des frühen deutschen Kinos, Basel, Frankfurt/M. (Stroemfeld/Roter Stern Verlag) 1990, (365 S., DM 48,--)

Wo bleibt die Brigade Enzensberger?

Rede auf der Kurdistan-Demonstration vom 13.4. in Frankfurt

Einige tausend Menschen beteiligten sich in Frankfurt an den beiden Kurdistan-Demonstrationen, zu der kurdische Exilgruppen und die Frankfurter Anti-Kriegs-Linke aufgerufen hatten.

In der Presse wurde der Inhalt der Demonstrationen völlig unterschlagen. Die Frankfurter Presse suggerierte, die Grünen sowie SPD-Organisationen hätten die Demonstrationen veranstaltet. Auf Bundesebene versuchten Funktionäre der offiziellen Friedensbewegung insbesondere die bundesweit angekündigte Demonstration vom 13. April zu hintertreiben. Den Leuten vom AStA/Linke Liste erklärten Friedensfunktionäre, sie würden bestimmen, wie und wann eine bundesweite Demonstration stattzufinden hätte. Die *taz* unterband mehrere Tage lang den Anzeigenauftrag für die Demonstrationsankündigung. Nach Angaben des Hessischen Rundfunks beteiligten sich dennoch ca. 7000 Personen an der Demonstration am 13. April in Frankfurt. Bei schönem Wetter wälzte sich der Demonstrationszug 3 Stunden lang vom Uni-Campus bis zum Römerberg durch die Frankfurter Innenstadt. Der Protestzug führte leider durch zumeist menschenleere Straßen und war viel zu lang. So schrumpfte er bis zur Abschlußkundgebung auf dem Römerberg erheblich zusammen.

Dort sprachen Vertreter verschiedener kurdischer Organisationen, von pro-asyl und medico-international. Nachstehend dokumetieren wir die vom Vertreter des AStA/Linke Liste (Undogmatische Linke) gehaltene Rede.

Ich möchte gleich zu Beginn dieser Rede eine Frage aufgreifen, die in den letzten Tagen oftmals gestellt wurde. Sie lautet: Warum haben bislang sowenige Menschen in den kapitalistischen Zentren gegen die Massaker an der kurdischen Bevölkerung demonstriert? Diese Frage läßt sich für die Bundesrepublik nicht ganz einfach beantworten, aber ich möchte versuchen, eine Erklärung zu geben.

Wichtig ist, zunächst festzustellen: Es sind die gleichen vielgeschmähten kleinen, linken Gruppen, die von Anfang an den Golfkrieg verurteilten, die sich auch jetzt solidarisch mit dem kurdischen Widerstand zeigen und die diese Demonstration, wie auch schon die Demonstration vor einer Woche, zusammen mit kurdischen Gruppen organisierten.

Die Massenbewegung, die es während der ersten zwei Wochen des Golfkrieges gegen den Krieg gab, endete in einer kollektiven Ohnmachtserfahrung. Sie dauerte kaum länger als sie Zustimmung durch die Massenmedien und quer durch alle Parteien fand. Diese hauptsächlich von Schülern getragene Bewegung wurde anfänglich als das gute Gewissen der Nation benutzt. Es gelang ihr aber nicht, sich gegen die staatliche Kriegspropaganda zu politisieren. Sie verschwand mit dem Liebesentzug der Massenmedien und dem Wechsel staatlicher Politik zu einer eindeutigen Kriegsbeteiligung. Schon in der zweiten Woche demonstrierte beispielsweise die Frankfurter Anti-Kriegs-Linke alleine mit ein paar hundert Leuten vor der Börse, der Ausländerbehörde und einem Rüstungsbetrieb.

Bei Ausbruch des Golfkrieges hatten viele Leute in den europäischen Ländern Angst. Sie fühlten sich bedroht. Die Massenmedien berichteten von arabischen Terroristen, die angeblich Europa bedrohten und malten den Horror einer durch brennende Ölfelder unmittelbar bevorstehenden Klima-Katastrophe an die Wand. Nun steht Kuwait in Flammen, ist der persische Golf verseucht und der Irak liegt in Trümmern, aber über Europa hat sich der Himmel nicht verfinstert. Die Menschen hier fühlen sich nun nicht mehr bedroht und sind in ihre alte Gleichgültigkeit zurückgefallen. Nach dem Motto: „Was in Kurdistan passiert, ist zwar schlimm, aber was geht es einen schon an."

Dies weist auf einen anderen Zusammenhang. Über den Krieg wurde ein katastrophal ideologisches Bild der arabisch-islamischen Welt im Westen verbreitet. Es ist Voraussetzung eines jeden Krieges, die eigene Bevölkerung über die Erschaffung von Feindbildern zu mobilisieren. Die US-amerikanischen Truppen und ihre Verbündeten kämpften nicht nur gegen Saddam Hussein, sondern gegen hunderttausende „Saddams", gegen Araber, die sie per Knopfdruck töteten. Wie meinte der Kriegshetzer Enzensberger schon anläßlich der Morddrohung Teheraner Mullahs an Salman Rushdie? „Moslems, das wir teuer für Euch." Enzensberger ist ein Beispiel dafür, daß der westliche Intellektuelle nicht mehr in der Lage ist, Herrschaft zu analysieren, um zwischen Unterdrückern und Unterdrückten zu unterscheiden. Er denkt sich und andere nur noch in großen mystischen Kollektiven. Die Unterdrückten einer angeblich friedfertigen Weltordnung werden als irrational und bedrohlich dargestellt. Auf sie wird der deutsche Nationalsozialismus projeziert, den es jetzt mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte. Und so meinte gar ein Autor der linken Zeitschrift *konkret*, man möge auf die irakische Bevölkerung doch die Atombombe schmeißen. — Zum eurozentrischen Weltbild gehört es dann auch, die Verhältnisse, wie sie sich nun in Kurdistan darstellen, als lästig, aber doch ziemlich normal zu empfinden. Lästig, weil man doch irgendetwas damit zu tun hat. Normal, weil über das wilde Kurdistan schon Karl May berichtete und den Arabern sowieso jede Gemeinheit zuzutrauen ist.

Der bisher eher geringe Protest gegen die Verfolgung der Kurden deutet auf eine Doppelmoral gerade in den westlichen Ländern. Ich werde diesen Zusammenhang am Ende dieser Rede noch einmal aufgreifen. Aber vorher möchte ich erläutern, was diese Moral, verkleidet und geschmückt mit den hehren Werten westlicher Zivilisation, gerade im vorderen Orient angerichtet hat.

Erinnern wir uns, wie dieser Krieg am Golf begann, an dessen Ende die Massakrierung der kurdischen Bevölkerung durch das Baath-Regime steht. Die irakischen Despoten saßen in Kuwait von Anfang an in der Falle. Die US-Diplomatie unternahm vor dem 2. August 1990 keine Schritte, die irakische Invasion zu vermeiden und steuerte nach dem 2. August zielstrebig auf die militärische Auseinandersetzung zu. Am Irak und seiner Bevölkerung wurde eine Exempel statuiert, mit Signalwirkung für die gesamte „Dritte Welt". Signale, die mit dem Gefasel von Menschenrechten und Demokratie nichts zu tun haben. Die Botschaft ist eindeutig: Wer gegen die machtpolitischen und globalen ökonomischen Interessen der imperialistischen Zentren verstößt, weiß nun, womit zu rechnen ist.

Die propagandistischen und unsäglich dummen Hitler-Vergleiche hatten denn auch nur den einen Zweck, die soldatischen Köpfe zu vernebeln. Gegen die Inkarnation des Bösen kämpft es sich eben leichter als für das schnöde Öl, das weder vor noch nach dem Krieg dem einfachen Frontsoldaten gehört.

Der Irrwitz westlicher Logik manifestiert sich in den Kriegsfolgen. Saddam Hussein, kürzlich noch die Bestie, das Monster, der Irre und Schlächter von Bagdad, einstiger Hitler, Saddam Hussein ist und bleibt der Präsident. Er und das Baath-Regime, gegen die ja angeblich der Krieg geführt wurde, bleiben militärisch geschrumpft an der Macht.

Völkerrechtliche Erwägungen haben noch in keinem Krieg eine große Rolle gespielt. Auch in diesem nicht. Bereits geschlagene irakische Verbände wurden grundlos massa-

kriert; gleichzeitig wurde der Waffenstillstand so ausgehandelt, daß das Baath-Regime noch genügend militärische Kraft besitzt, um die Opposition im Lande zu liquidieren und wahllose Massaker an der schiitischen wie kurdischen Bevölkerung zu begehen.

Insbesondere der kurdische Widerstand wurde von der Anti-Irak-Koalition zynisch hinters Licht geführt. Auch die falsche Hoffnung vieler Kurden, im Westen einen Bündnispartner zu haben, führte zum offenbar spontanen Aufstand gegen die Baath-Diktatur. Selten hatte die kurdische Bevölkerung so viele falsche Freunde wie in diesen Tagen, selten waren die Kurden so einsam, wie in dieser vielleicht bittersten Stunde ihres Widerstandes.

Die Situation erinnert in makaberer Weise, freilich unter umgekehrten Vorzeichen, an das üble Ende der kurdischen Republik von Mahabad. Unter dem Schutz Stalins existierte nach Ende des Zweiten Weltkrieges schon einmal eine kurdische Republik — gerade für ein Jahr und im iranischen Teil Kurdistans. Auch damals gab es eine neue Weltfriedensordnung. Die besagte, daß der Iran zum Einflußbereich des Westens gehöre. Die verratene kurdische Republik von Mahabad wurde von der durch die Briten aufgebauten Armee des iranischen Schahs niedergeschlagen.

Momentan bewegen sich die kurdischen Flüchtlingsströme vom Irak in den Iran und die Türkei. In zwei Jahren kann es schon wieder in die andere Richtung gehen, auf der Flucht vor türkischen, syrischen oder iranischen Verfolgern.

Der irakischen Kurdistan-Front schwebt als Nachkriegsordnung ein autonomes Süd-Kurdistan in einem föderativen Irak vor. Wohlwissend, daß ein Staat Kurdistan gegen die Interessen zu vieler Staaten kaum durchsetzbar ist. Schutz der Minderheiten und ein autonomes Südkurdistan hätte Teil der US-Bedingungen für den Waffenstillstand mit dem Irak sein können. Auch mit ihren angeblich völkerrechtlichen Kriterien wäre dies vereinbar gewesen.

All jenen Kräften, die behaupten, dieser Krieg am Golf sei unvermeidbar gewesen, muß entgegnet werden: dieser Krieg hätte nie passieren dürfen. Er hat weite Teile der Region verwüstet, Massenelend und Tod der dort lebenden Bevölkerung gebracht und alle bereits vorhandenen Gegensätze weiter verschärft. So hat der Nord-Süd-Gegensatz eine neue Dimension gewonnen und droht (ebenso wie in Europa und den USA), im Orient die eigenen hausgemachten Probleme zu verdecken. So bekommen die Konstrukteure eines mystischen und reaktionären Nationalismus aller Orten die Oberhand.

Die sich abwechselnden, opportunistischen Bündnisse mit hegemonialen Regional- und Weltmächten haben zu falschen, sich nationalistisch begründenden Spaltungen geführt. Es liegt auf der Hand, daß sich die kurdische Frage nur mit den beteiligten oppositionellen, emanzipatorischen Gruppen in den betroffenen Ländern des Irak, der Türkei, des Iran und Syriens lösen läßt. Auch wenn diese Kräfte schwach sind, gibt es für gerechtere Gesellschaften und ein freieres Leben keinen anderen Weg. Wer auf die falschen Freunde in den europäischen, US-amerikanischen Regierungen oder auf die jeweiligen Diktatoren im Orient setzt, ist verraten und hat schon von vornherein verloren.

Ich möchte jetzt am Ende dieser Rede noch einmal die eingangs gestellte Frage aufgreifen, warum der Protest gegen die Massaker an den Kurden hierzulande so halbherzig, ja so heuchlerisch ausfiel. Ich muß dazu noch einmal auf die Doppelmoral in der Bundesrepublik zu sprechen kommen.

Die Staatsparteien in der Bundesrepublik sind für eine Politik verantwortlich, die den Bedürfnissen und Interessen der eigenen und vor allem der Bevölkerung in den Länder

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

Sofortige medizinische Hilfe für die Opfer des Golfkriegs

"KRIEGE GEHEN NIE ZU ENDE"

Wir bitten Sie herzlich, beteiligen Sie sich mit einer großzügigen Spende an der Soforthilfe für die betroffenen Menschen.

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/499041

GULF PEACE TEAM

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
IPPNW

Kostenlose schriftliche Informationen und Berichte über die Arbeit im Krisengebiet bei medico erhältlich

SPENDENKONTEN:
MEDICO INTERNATIONAL:
Frankfurter Sparkasse,
Nr: 1800, (BLZ 500 501 02)
oder Postgiro Köln
Nr. 6999-508, Stichwort
»Medizinische Hilfe am Golf«

(IPPNW):
Stadtsparkasse Gaggenau,
Nr: 502 64 639, (BLZ 665 512 90)

Initiative »FRIEDEN AM GOLF«/
»GULF PEACE TEAM«
Sonderkonto H. Engelmann
Nr: 441898-603, Postgiro Frankfurt,
(BLZ 600 100 60), Stichwort: »Medikamente«

der „Dritten Welt“ gerade langfristig völlig entgegenläuft. Was für eine Solidarität kann eine kurdische Befreiungsbewegung von jenen Kräften erwarten, die politisch verantwortlich zeichnen für die Aufrüstung des Iraks, für die Aufrüstung und Absicherung des repressiven Systems in der Türkei und sich inzwischen mit den iranischen Diktatoren wieder bestens verstehen?

Allein das finanzielle Engagement der Bundesrepublik im Golfkrieg spricht eine deutliche Sprache: fünfzehn Milliarden Mark für die Zerstörung Kuwaits und Iraks, Militärmaterial im Werk von zwei Milliarden Mark an die Türkei, in der die Kurden seit Jahrzehnten massiv unterdrückt werden, und nun ein Bruchteil dieses Wertes als Medikamente für die Opfer.

Diese offenkundige Doppelmoral erklärt, warum hier so viele Leute jetzt weggucken müssen, obwohl die Verstrickung so offensichtlich ist. Die Bundesrepublik schaut nicht so gern auf Kurdistan, weil sie das kurdische Flüchtlingselend mitproduziert hat. Der geringste Akt solidarischen Handelns wäre, wenigstens allen Flüchtlingen, die es für sich fordern, in der Bundesrepublik freies Asyl — statt Lager und Abschiebung — zu gewähren. Aber hierzulande werden Kurden immer noch abgeschoben, gibt es Verbote für kurdische Oppositionelle, sich politisch zu betätigen.

Während des Golfkrieges hatte eine ganze Generation ehemals kritischer Intellektueller ihr kriegslüsternes coming-out. Wo bleiben nun ihre statements, wo ist die Forderung nach dem Patriot-Abwehrsystem für den kurdischen Widerstand, wo ist die Brigade Enzensberger, wo das Biermann-Bataillon?

Für die bundesrepublikanische Linke, die von Anfang an den imperialistischen Golfkrieg ablehnte, geht es jetzt darum, dem kurdischen Aufstand jede mögliche Hilfe zur Verfügung zu stellen. Die vordringlichste Aufgabe einer Opposition in der Bundesrepublik ist es, Repression und Diskriminierung von Flüchtlingen und Emigranten entgegen zu wirken. Es gilt, internationale funktionierende Herrschafts- und Gewaltzusammenhänge zu demaskieren, um gerade in den kapitalistischen Zentren zu einer wirksamen antiimperialistischen Politik zu finden.

Grenzen auf für alle Flüchtlinge
Unterstützt den kurdischen Widerstand
Hoch die internationale Solidarität

AStA/Linke Liste

Pictured above is Jacob Holdt of Denmark (with cam-
--- he is about to be released by Pine Ridge Police

Falsch abgebogen

Linke und Golfkrieg

Viele linke Intellektuelle forderten, daß das vereinigte Deutschland aktiver am Krieg gegen Irak teilnehmen solle,
— weil die irakische Führung Israel bedrohte — mit Gas, das durch Unterstützung westdeutscher Firmen produziert wurde, und das nach Auschwitz ein Symbol sei für die Unterlassunge, Verdrängungen und Zumutungen des nach-nationalsozialistischen Deutschland;
— weil sie, nach der ausgebliebenen sozialen Revolution im Westen und der mißglückten Befreiung im Osten, sich mit den freiesten Gesellschaften in den kapitalistischen Zentren identifizierten, mit den USA als Befreier vom Nationalsozialismus an der Spitze.

Eine derartige Argumentation bezieht ihre falsche Plausibilität aus der Projektion des deutschen Nationalsozialismus auf den Irak, der Ausklammerung des imperialistischen Charakters der kapitalistischen Weltordnung und der stillschweigende Aufgabe des einstigen Projekts gesellschaftlicher Befreiung in den kapitalistischen Zentren selbst.

I

Hermann L. Gremliza schrieb in *konkret* 3/91, „daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist". Der *konkret*-Herausgeber unterlag der allgemeinen Arabophobie und sah Dritte-Welt-Terroristen bereits auf dem Weg nach Deutschland: „heute ein Giftgasanschlag auf einen Kinderhort in Frankfurt, morgen eine Bombe im Atomreaktor in Stade — da wird sich mancher Bundesanwalt noch nach den chirurgischen, Zivilisten weit möglichst verschonenden Operationen der guten alten RAF zurücksehnen."

Wolfgang Pohrt legte in der gleichen Ausgabe die zerkratzte Platte vom Linksfaschismus neu auf. Er suchte Trost, und den fand er „bei der Vorstellung, daß der Staat die vielen weißen Friedenstücher als Kapitulationserklärung anderer Art begreifen und darin eine Einladung sehen werde, das ganze Pack hinter Gitter zu verfrachten". In der Zeitschrift *links* sahen sich Gegner des Golfkrieges, wie Joachim Hirsch, unvermittelt von Bellizisten eingerahmt, die, ähnlich derjenigen der *konkret* Antikriegsproteste pauschal als anti-amerikanisch, deutsch-national und anti-semitisch denunzierten.

In den Ausführungen der Kriegsbefürworter fanden die Hintergründe der Krise und die Ursachen (siehe Massarat, *diskus* 1/91) des Kriegsausbruches am Golf kaum Erwähnung. Auch das Völkerrecht, die UNO oder das zu befreiende Kuwait spielten in der Debatte von vornherein nur eine untergeordnete Rolle.

Stattdessen wollten die linken Bellizisten am Irak einen antifaschistischen Kampf exemplifizieren, für den es in Deutschland niemals gereicht hat. Der im Vergleich zur Anti-Irak-Koalition militärische Zwerg Irak wurde dabei zur nationalsozialistischen Kampfmaschinerie hochgedichtet, mit einem vermeintlichen Saddam Hitler an der Spitze und den Republikanischen Garden als Variante der deutschen SS. Der Sieg im Blitzkrieg der Anti-Irak-Koalition, das Abschlachten flüchtender irakischer Armeeinheiten und der Zivilbevölkerung, die schnelle Kapitulation des Irak spricht für das, was man vorher schon hat wissen können: die Wahnwitzigkeit eines Vergleichs des irakischen Regimes mit der sechs Jahre lang im Zweiten Weltkrieg wütenden deutschen Mordmaschinerie. US-Oberbefehlshaber Norman Schwarzkopf rühmte sich nach Ende des Golfkrieges einer genial funktionierenden psychologischen Kriegsführung, einer durch die Kriegszensur betriebenen staatlichen Manipulation der Öffentlichkeit, die an der Heimatfront im Westen zur breiten Kriegszustimmung führte. Genialität der Kriegspropaganda hin oder her — Tatsache ist, daß die Bilder von den ersten in Israel eingeschlagenen Scud-Raketen des Irak voll ins deutsche Bewußtsein trafen.

Sie trafen ein unbewußtes und in Deutschland allgemein vorhandenes Schuldgefühl Juden gegenüber. Auf das Schuldgefühl einer deutschen Gesellschaft, die Auschwitz verdrängt und tabuisiert hat. 1967, beim Sechstage-Krieg, brach die bundesrepublikanische Öffentlichkeit in pro-israelische Kriegsbegeisterung aus. Die Freude galt dem Sieg der früheren Opfer. Bestraft wurden mit den Arabern zwar die Falschen, aber immerhin konnte dies hierzulande als ausgleichende Gerechtigkeit für die einst selbst begangenen Verbrechen empfunden werden. Vor 24 Jahren begriff die Linke dies als Ablenkungsmanöver von der deutschen Geschichte des Nationalsozialismus.

1990/91 bot sich nach der irakischen Besetzung Kuwaits erneut eine Gelegenheit, aus dem Schatten deutscher NS-Vergangenheit herauszutreten. Die Forderungen gingen bis zu einem aktiven militärischen Eingreifen der Bundeswehr und stellvertretend für die Deutschen sollten diesmal die Irakis herhalten. Wie anders, als im Kontext unbegriffener Schuldgefühle, könnte der Vernichtungswunsch, etwa von Wolfgang Pohrt, gedeutet werden, der darauf hoffte, das israelische Militär werde zum präventiven Atombombeneinsatz gegen die irakische Bevölkerung ausholen?

Aberwitz der Geschichte: Diesmal betätigten sich Teile der nach 68er-Linken als die kriegerischen Einpeitscher in der „antifaschistischen" Einheitsfront gegen den Irak.

II

Die funktional und arbeitsteilig organisierte Ermordung der europäischen Juden macht die nationalsozialistischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit — mit Ausnahme der Widerständler — zum Verantwortlichen des Vernichtungsprozesses. Diese Erkenntnis war der Ausgangspunkt der 68er-Revolte. In ihr begründete sich Mißtrauen und Ablehnung einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft gegenüber, die soeben noch den Völkermord ermöglicht hatte und nun personale Kontinuität, protzige Tüchtigkeit und deutsche Normalität an den Tag legte. Im Zentrum der antiautoritären Linken standen die politisch-ökonomischen Herrschaftsstrukturen, auf der die vernichtende Macht des Nationalsozialismus gründete. Daraus leitete sich der antiautoritäre Anspruch der Bewegung, die politische Kritik einer zentralistisch und kapitalistisch organisierten Staatsmacht und deren Gewaltpotential ab. Auschwitz stand über den Völkermord an den Juden hinaus für die praktische Widerlegung westlich-kapitalistischer Zivilisation.

Die hysterische Reaktion des bundesdeutschen Staats und breiter Teile der Bevölkerung auf die eher kleinen und schwachen Kritikergruppen, verliehen dem Jahr 68 erst die historische Dimension. Die Kriminalisierung der Bewegung, die Erschießung des demonstrierenden Benno Ohnesorg — lange bevor das Experiment Stadtguerilla einsetzte — zeigte, wie fragwürdig der Demokratieanspruch der nach-nationalsozialistischen Bundesrepublik Deutschland wirklich war.

Die Wucht staatlicher Reaktion trieb zu ungeahnter Polarisierung. Die Protestbewegung betonte die staatliche und ideologische Kontinuität in der Bundesrepublik Deutschland und begriff sich in einem direkten Abwehrkampf gegen eine angenommene Restauration des deutschen Faschismus. Sie versuchte, die im Nationalsozialismus untergegangenen Traditionslinien des deutschen Linksradikalismus wieder zu beleben und verstand sich in zig Variationen proletarisch internationalistisch. Der Staat und seine Apparate agierten, als hätte ihre letzte Stunde bereits geschlagen. Die etablierten Parteien beschworen „Weimarer Verhältnisse", erließen Sicherheitsgesetze und Berufsverbote und setzten die Repressionen gegen eine in Deutschland ausgebürgerte Linke fort. Die Antwort der außerparlamentarischen Linken auf die „wehrhafte Demokratie", den „Sicherheitsstaat", bestand in der ohnmächtigen Annahme des zugewiesenen Sektenstatus, in der Militarisierung oder der Abkehr in Furcht und Trauer. Der Hauptstrom der antiautoritären Linken zerfiel in die Alternativbewegung und versuchte die ungewollte Polarisierung, die die Akteure unvorbereitet getroffen hatte, zu überwinden. Der Kampf gegen Atomkraft und Zerstörung der ökologischen Grundlagen der Gesellschaft schien endlich dem klassenübergreifenden Oppositionsbündnis zu entsprechen, führte aber über die Gründung der grünen Partei zur so nicht voraussehbaren Re-Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft, zum so nicht voraussehbaren Umschlag.

Die ungeahnte Wucht der Auseinandersetzung, die unverarbeiteten Kämpfe und der Zerfallsprozeß der neuen Linken in den 70er Jahren wirken als traumatisch empfundene Niederlagen und Ohnmachtserfahrungen in den Akteuren nach. Die RAF sowie die panische Abgrenzung von ihr sind das heute noch deutlichste Symptom dieser Zeit.

Einige Intellektuelle der schnell gealterten Neuen Linken isolierten sich zunehmend von sozialen Auseinandersetzungen. Sie verweigerten einerseits den Trend zur positiv besetzten nationalen Ökopax-Empfindsamkeit. Andererseits mißtrauten sie nach ihren frustrationsreichen Erfahrungen den autonomen Bewegungen, zumal sie den begreiflichen Wunsch hegten, nicht noch einmal an den kriminalisierten Rand gedrängt zu werden. Bei einigen, wie Wolfgang Pohrt, hat sich jedoch eine Mystifizierung des Deutschen verfestigt, die nur mit den geschilderten Reaktionen des Staates nach 68 und der von der Linken daraufhin allgemein aufgeworfenen Faschisisierungs-These der Bundesrepublik erklärbar ist. Was einst als Faschismus-Kritik begannn, endete in der abstrakten Negativfixierung an den „Deutschen" schlechthin.

In den 80er Jahren versteiften sich einige der heutigen Bellizisten auf eine ideologiekritische Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Sie beschrieben und kritisierten 1982/83 den nationalistischen Kurs von Grünen und Friedensbewegung. Der eindeutige Wechsel von links nach rechts war an der Friedensbewegung besonders deutlich feststellbar. Die Friedensbewegung mobilisierte hunderttausende Menschen gegen die Stationierung US-amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik. Sie verweigerte sich aber, den Forderungen der linken und autonomen Gruppen eine Nato-Macht wie die Bundesrepublik selbst und deren militärisch-industriellen Komplex in den Protest miteinzubeziehen. Die an den Faschismus gemahnende

Parole aus den fünfziger Jahren "Nie wieder Krieg" wurde dem neuen positiven Denken und dem geschichtslosen Slogan "Für den Frieden" geopfert. Der aufkommende Nationalismus fand in anti-amerikanischen Parolen seinen Ausdruck und reduzierte die Rolle der Bundesrepublik auf den Status eines besetzten Landes. Partei-, Gewerkschafts- und Kirchenfunktionäre dominierten die Organisation der Friedensbewegung und verhinderten beispielsweise, daß der vorletzte, acht Jahre tobende Golfkrieg zwischen Iran und Irak Gegenstand von Reflexion und Protest wurde. Die überwiegend national orientierte Friedensbewegung bezeichneten Pohrt und mit ihm andere Linke als die „Endstation" der Neuen Linken.

Anti-militaristische und nicht-nationalistische Proteste, wie sie in den 80ern beispielsweise nach der öffentlichen Rekrutenvereidigung in Bremen überall in der Republik stattfanden, und die sozialen Proteste — wie Punk oder Häuserkampfbewegung — entschwanden aus dem Blickfeld der wieder akademischen Theoretiker. Bestenfalls als „das anti-reflexive Moment" fanden diese Bewegungen Erwähnung in den Spalten dieser linken Intellektuellen, die jede Gelegenheit nutzten, um sich vom sozialen Protest weiter zu entfernen. Sie vermißten „die Höhe der Kritik", womit der glanzvolle Jugendtraum, der vergangenen Zeiten des SDS und der Folgebewegungen gemeint war. Über das Desaster in den 70ern herrschte Schweigen. Sie vertraten immer elitärere Positionen, ihr aktionsorientierter Nachwuchs wurde von Jahr zu Jahr sprachloser. Eine Szene aus einer Hamburger Podiumsdiskussion anläßlich des Golfkrieges ist symptomatisch für die Spaltung: Aus dem Publikum beschimpft jemand Eike Geisel als Kaffeehaus-Zionist; Geisel kontert mit Analphabet.

Die autonomen Bewegungen haben es in den 80ern versäumt, sich der Gängelung der frustrierten 68er zu entziehen, um eigene übergreifende Diskussions- und Kommunikationsstrukturen herauszubilden, die eine politische Gegenmacht und Ersatz für die nach „rechts" abdriftenden Projekte der 68er hätte sein können. Außer dem ewigen „Verratsvorwurf" an abtrünnige Alt-Linke brachten autonome Bewegungen aber auf diesem Gebiet zuwenig zustande. Den Preis bezahlt diese Linke heute mit intellektueller Verödung, personeller Schrumpfung und politischer Harmlosigkeit.

Diejenigen der alten 68er-Linken, die den Gang zu den Grünen und deren Presseagentur *taz* verweigerten, beschrieben in kleinen, aber feinen, Zeitungen die Re-Nationalisierung Deutschlands, ohne sich um eine soziale Basis, die Adressaten und Träger, durch die eine Kritik erst emanzipatorisch wirkt, zu kümmern. Ohne Hoffnung auf eine Veränderung haben sie sich in ihren Schreibstuben eingebunkert und befinden sich geistig bereits im Exilzustand. Ihr Wissen um die Gesellschaft ist auf dem Stand Ende 70 festgefroren. Und so werden ideologiekritische Schemata von vor 10 Jahren einfach noch einmal abgezockt. Mit dem Unterschied, daß sie damals schon nicht ganz richtig waren und unter dem nach dem Anschluß der DDR vorgenommenen Perspektivenwechsel der Bellizisten katastrophal falsch sind. Häufig sind sie von CDU-Positionen zum Golfkrieg nicht mehr zu unterscheiden. Die linken Bellizisten können die braunen Gruhls (von der CDU zu den Grünen, von den Grünen zur ÖDP) von 1980 nicht mehr von einer gegen den Golfkrieg 1991 protestierenden Jugend unterscheiden. Hätten sie einmal nur den kleinen Zeh vor die Haustür gesetzt, die Szenerie genauso eifrig wie die Kriegssendungen im Fernsehen beobachtet, sie wüßten um die Unterschiede. Stattdessen findet sich zum Beispiel das Autorengespann Geisel/Broder nun im Generalsstand wieder. Sie erklärten den Lesern und Leserinnen der *taz*: „allein die Bellizisten haben jetzt das Recht, die amerikanische Politik zu kritisieren." Kriegsgegner dürften ihrer Meinung nach nicht gegen die Vertreibung und Massakrierung der kurdischen Bevölkerung im Irak demonstrieren. Eine Logik, nach der die kurdischen Emigranten in der Bundesrepublik allein hätten auf die Straße gehen sollen. In Frankfurt war von einem Aufruf der Bellizisten für eine Kurdistan-Demonstration nichts zu sehen. An beiden Demonstrationen nahmen sie nicht teil.

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

Hintergrund zum Golfkrieg und zu Nahost

Nr. 10/11: F. Ernst, „Das Palästina-Problem und die Entstehung der PLO"
Nr. 12: A. Schölch, „Ein neues Pfingstwunder im Vorderen Orient?"
Nr. 12: W. Rotholz, „Politisch-religiöse Bewegungen in Nahost"
Nr. 18/19: Th. Scheffler, „Staat und Kommunalismus im Nahen und Mittleren Osten"
Nr. 18/19: R. Schulze, „Islamische Kultur und soziale Bewegung"
Nr. 18/19: K. Ekbal, „Islam, Nationalismus und Identitätsfragen. Historische, ideologische und soziale Dimensionen des Irakisch-Iranischen Krieges"
Nr. 29: M. Massarrat, „Der Gottesstaat auf dem Kriegsschauplatz"
Nr. 37: H. Lutz, „Die 'orientalische' Frau in westlichen Diskursen"
Nr. 39/40: M. Massarrat, „Die Krise am persischen Golf. Dimensionen einer Regionalkrise nach dem Ende der Bipolarität"
Nr. 41: R. Schulze, „Der Kuwait-Krieg: Eine Fortschreibung des Ost-West-Konflikts"
Nr. 42: Schwerpunkt: Der zweite Golfkrieg (erscheint Sommer 1991)

Aktuelles Angebot:
Die Hefte 10/11, 12, 18/19 und 29 (Gesamtumfang 655 S.) können zum Preis von DM 30,– beim Vertrieb bestellt werden

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112 S.)
Einzelheft DM 10,– / Doppelheft DM 18,–
Abo Einzelperson DM 35,–
Abo Institutionen DM 70,–

III

Nach den mißlungenen Emanzipationsversuchen in der Bundesrepublik in den 70er Jahren bauten viele Linke auf die staatliche Macht der Sowjetunion gegen die befürchtete Re-Nationalisierung Deutschlands. Die Sowjetunion schien der Garant für die stabile Nachkriegsordnung in Europa, die Zweiteilung Deutschlands. Die offenkundige Schwäche des Sowjetimperiums, verbunden mit allenthalben sich im Osten zeigenden reaktionären Tendenzen und dem deutlich vernehmbaren Wunsch der DDR-Bevölkerung, sich an die Bundesrepublik anzuschließen, machte für die Linke auch diese Illusion zunichte. Nach dem als nationalistischen Verrat empfundenen Übergang der antiautoritären Linken zur Öko- und Friedensbewegung im Westen, folgte nun der nationalistische Verrat der angeblich etwas antifaschistischeren und sozialistischeren Massen der DDR: Feinde ringsum. Die linke Katastrophe war komplett.

Ohne das geringste Verständnis dafür, daß jeder nationale Mythos eine Konstruktion ist, der jeweils spezifisch historischen Bedingungen unterliegt, folglich durch Intervention auch dekonstruiert werden kann, spricht die Hamburger *konkret* seitdem vom „Vierten Reich". Das Antinationale ist hier lediglich die Spiegelung des Nationalen und unterscheidet sich irgendwann auch nicht mehr davon. Zumindest treffen sich die vermeintlich so gegensätzlichen Positionen in der Mystifizierung

des „Deutschen", ohne dessen Konstruktion im jeweiligen Herrschafts- und Ausbeutungskontext begrifflich aufzulösen.

Von „Verrätern und Feiglingen" (Pohrt) umgeben, exterritorialisiert sich diese am deutschen Nationalmythos erblindete Linke und hat die Kritik von gestern, an dem, was man heute bereits den „aufgeklärten Kapitalismus" nennt, den USA, vergessen. Mit dem Kriegseintritt der USA konnte in der Allianz mit der Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug, das nationalsozialistische Deutschland besiegt und gestoppt werden.

Es kann aber nicht vergessen werden, daß die machtpolitisch an der Spitze der kapitalistischen Weltordnung stehende USA ein zweifelhafter Garant für die Befriedung von sozialen und nationalen Konflikten oder gar für soziale Emanzipation sind. In ganz Lateinamerika dient die militärische Interventionspraxis der Stabilisierung autoritären Regimen, die den politisch-ökonomischen Interessen der USA unterworfen sind.

Der Anti-Imperialismus der 70er Jahre schlug längst vor dem Golfkrieg in sein Gegenteil um. Die übereifrige Identifizierung in den 70ern mit Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt", die die Widersprüche in der Peripherie auf die Auswirkung des Imperialismus der Metropolen reduzierte, führte geradewegs zum heute propagierten Metropolenchauvinismus. Als Pol Pot doch nicht der gute Mensch war, nach dem sich die westdeutsche Linke — möglichst weit weg — sehnte, schwor sie schleunigst ab und schob ihren Irrtum — möglichst weit weg — dem bösen Pol Pot in die Schuhe. Pol Pot blieb dabei immer derselbe, die westdeutsche Linke jedoch nicht. An allen mißglückten Befreiungsversuchen sollte nach und nach die „Dritte Welt" fortan selber Schuld sein. Verallgemeinernd gesagt: Vereinnahmung oder Abgrenzung bezeichnen die Regel, eine kritische Distanz fordernde selbstreflexive Solidarität die Ausnahme.

Die irakische Führung hat mit der Besetzung Kuwaits einen verheerenden Fehler gemacht: Sie hat die universalistischen Werte der westlich-kapitalistischen Zivilisation nicht ernst genommen. Das Baath-Regime hatte die Kurden von Halabja ohne Protest vergasen dürfen. Kuwait aber hätte vom Irak erst politisch destabilisiert werden müssen; sodann hätte mit Unterstützung des irakischen Geheimdienstes und ein paar Eliteeinheiten eine dem Irak genehme kuwaitische Marionettenregierung installiert werden können. Die Integrität des kuwaitischen Territoriums wäre unangetastet geblieben, die Werte der Neuen Weltordnung wären wie zuletzt bei den US-Interventionen in Panama oder Grenada gewahrt worden. Der Irak hätte am kuwaitischen Öl mitverdienen können, würde über einen militärstrategisch ungeheuer wichtigen Marinestützpunkt am Persischen Golf verfügen und hätte so eine politisch-ökonomische Hegemonialstellung im Vorderen Orient erlangt. Und wehe, einem westdeutschen Linken wäre dann eingefallen, dies Imperialismus zu nennen.

IV

Peter Glotz schrieb kürzlich in der *Zeit* „Wider den Feuilleton-Nationalismus" der „Neuen rechten Intelligenzija". In einigen seiner Betrachtungen ist ihm zuzustimmen. Etwa in der Polemik gegen Hans-Magnus Enzensberger. Dieser Mann ist wirklich nicht erst seit gestern völlig „meschugge", so Glotz. Auch die Charakterisierung des nationalistischen *Merkur*-Herausgebers Karl Heinz Bohrer dürfte zutreffend sein: „Nervöse deutsche Intellektuelle gehen gelegentlich los wie Granaten". „Den Bohrers oder Syberbergs" und ihrem „Kreis der geisteswissenschaftlichen Eliten aus dem Feuilleton" versucht Glotz allerdings gleich noch Wolfgang Pohrt unterzujubeln. Damit wird er aber weder den Linken noch den Rechten gerecht, höchstens sich selbst. Und so gab Glotz zum Besten, was er nach der Vereinigung Deutschlands als ein sicheres „Bollwerk" gegen den deutschen Nationalismus: „Solche (nationalistischen) Flausen werden zuschanden am unzerstörbaren Materialismus und Realismus des vielzitierten kleinen Mannes, der zielstrebig und zäh an der Abzahlung seiner Eigentumswohnung arbeitet." Es sind nicht zuletzt diese von Glotz beschriebenen Verhältnisse, die die ausgebürgerte linke Intelligenzija in Deutschland um den Verstand brachte. 1968 stellte sie sich allein und überdies 20 Jahre zu spät der Aufgabe, die versäumte Ent-Nazifizierung nachzuholen. Glotz hat als SPDler den Zusammenhang in seinem *Zeit*-Aufsatz nicht vergessen. Pohrts Kriegsartikel, meinte er, „sei so schlimm wie das Gerülpse eines studentischen Mescalero, der sich im deutschen Herbst 1977 ‚klammheimlich' über die Ermordung Schleyers freute"[1]. Das stimmt natürlich nicht, auch wenn es Glotz nicht verwinden kann. Die Neue Linke — und mit ihr Wolfgang Pohrt — war damals kritischer als heute. Zumindest der sozialdemokratischen Ideologie des geringeren Übels, den Knechtsgesängen eines Peter Glotz an die jeweils existierenden Staatsmacht hatte Pohrt sich 1977 verweigert. Und dennoch ist es möglich von ihm heute folgende Sätze zu lesen: „Ich schließe mit einer Huldigung an Präsident Bush. Wenn er von einer Neuen Weltordnung spricht, kann ich mir nicht denken, daß er nicht analysiert hat, was dieser Begriff für ihn persönlich und seine Administration bedeutet. Aber vielleicht haben seine Worte eine instinktive Berechtigung: die Idee, daß die Zeit gekommen ist, um an eine sicherere und bessere Welt zu denken. Vielleicht verdanken wir ihm mehr als wir denken." Nein, diese rührenden Zeilen kann nicht Pohrt geschrieben haben. Auch nicht die BellizistInnen Cora Stephan, Klaus Leggewie, Eike Geisel oder Henryk M. Broder. Dan Diner und Micha Brumlik genauso wenig wie Hermann L. Gremliza oder Wolfgang Schneider. Sie sind auch nicht in dem neuesten Bändchen der Edition Tiamat (Titel: „Liebesgrüße aus Bagdad. Die ‚edlen Seelen' der Friedensbewegung und der Krieg am Golf"; AutorInnen: Enzensberger u.a.) festgehalten, sondern diese Sätze verfaßte der US-amerikanische Patriot John Kenneth Galbraith. Die *taz* versah die Ausführungen des Harvarder Wirtschaftsprofessors mit dem Titel „Zeit der Reife". Galbraith befindet sich voll auf der Höhe des Erkenntnisstandes der re-nationalisierten Bellizisten: „Leider hat der militärische Erfolg am Golf die Moral und die finanziellen Ambitionen unserer unbeugsamsten Krieger gestärkt. Es gibt jedoch eine Chance. Sie leitet sich weder aus der Ökonomie noch aus der Außenpolitik ab, sondern aus der Völkerkunde: Wenn im benachbarten Wald die Trommeln schlagen, reagiert der Stamm zuerst mit Gewalt. Aber dies dauert nicht an. Zum Schluß behält doch die Vernunft die Oberhand, und dies ist wohl auch der Grund, warum es die Menschen noch gibt." — Musik in meinen Ohren.

Andreas Fanizadeh

1 Dem von der RAF ermordeten SS-Mann Schleyer, der nur durch Zufall einem Attentat des tschechischen Widerstands während des Zweiten Weltkriegs entgangen war, weinte in der Linken damals tatsächlich niemand eine Träne nach. Jener berühmt-berüchtigte Mescallero-Artikel war der willkommene Anlaß für eine ausgiebige Linkenhatz, dessen bekanntestes Opfer der von der Universität relegierte und bald darauf verstorbene Peter Brückner wurde. Der Mescalero-Artikel fing übrigens nur mit der klammheimlichen Freude an, um im folgenden Strategie, Politik und Moral der RAF zu kritisieren. Pohrt schrieb damals den Aufsatz „Stammheim — Mogadischu" im *diskus*.

LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
6 Ffm 1, Tel. 069/443095

Die Verteidigung universeller Werte

Eine feministische Analyse kriegerischer Diskurse

Der Krieg am Golf scheint zu Ende zu sein. „Das Recht hat über das Unrecht gesiegt", so die erste Reaktion von Bundeskanzler Kohl. Über die Rechtmäßigkeit dieses Krieges ist man sich ebenso in der „Linken" — auch unter Intellektuellen — weitgehend einig, Gegenstimmen sind dünn gesät. Diejenigen, die hier ihre Glaubenssätze verteidigen, sind — mit wenigen Ausnahmen — Männer. Der größte Protest von Frauen war die von Berlinerinnen initiierte „Scheherazade-Aktion", die in der *taz* ihr Medienorgan hatte. Das Ganze war eine Aktion *gegen* den Krieg. Doch wenn man sich den Aufruf dazu genauer ansieht, treten dieselben Denkmuster zutage, die den männlichen Protagonisten zur Legitimation des Krieges dienen: Es geht um Demokratie, Recht und Freiheit. Es geht um ein Gutes, das als universal erstrebenswert gesetzt wird. Wer hier, wie Axel Honneth im Februar in der *taz*, Wertneutralität fordert, lügt sich selbst in die Tasche. Die Definition des „Guten" liegt selbstredend bei denen, die von sich annehmen, auf einer imaginierten Leiter der Zivilisation am weitesten oben zu stehen. So ist es kaum verwunderlich, daß sich diese Stimmen, die seit der „Feuerpause" erstaunlicherweise verstummt sind, allmählich wieder zu Wort melden. Einer der ersten war Benny Peiser, der angesichts des Völkermordes an den Kurden und des langen Zögerns des Westens, eine „moralische Niederlage" und eine damit verbundene „Krise der westlichen Zivilisation" heraufziehen sieht (*taz*, 6. April). Doch kaum eineR stellt diese Werte und Normen, über die sich KriegsbefürworterInnen als auch KriegsgegnerInnen so seltsam einig sind, in Frage. Ein Tabu?

Der Krieg und die Männer

In seinen Reden an die amerikanische Nation Ende Januar proklamierte George Bush, es gehe ihm und den mit ihm verbündeten Nationen bei der „Neuen Weltordnung" um die weltweite Durchsetzung der „universellen Hoffnungen der Menschheit", die da wären Frieden, Sicherheit, Freiheit und Rechtstaatlichkeit. Prinzipien, auf denen bürgerliche Staaten aufgebaut sind. Die „Herrschaft des Gesetzes" solle endlich über die „Herrschaft des Dschungels" und des Chaos siegen. Die einzige Nation, die in der „internationalen Staatengemeinschaft" — womit wohl die UNO gemeint ist — zur Führungsrolle legitimiert sei, seien die USA. Denn: „Seit zweihundert Jahren dient Amerika der Welt als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie." Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der damit verbundene „Triumph demokratischer Ideen" ist für Bush nur eine weitere historische Bestätigung für die Weisheit der amerikanischen Gründerväter. Es ist keineswegs Nostalgie, daß er sich hier auf die alten Siedler bezieht und nebenbei den Genozid an den Indianern vergißt.'Er erinnert damit an die Anfänge der bürgerlichen Gesellschaft, an die Anfänge des Staates, der als erster bürgerlicher Staat Eingang in die Geschichte gefunden hat und an die tugendhaften Männer, die den demokratischen Ideen zum Durchbruch verholfen haben.

Heute geht es wieder um eine Staatsgründung, diesmal im Weltmaßstab. Es geht darum, weltweit die gleichen Prinzipien durchzusetzen. Und die USA verfügen — so George Bush — als einzige „über die moralische

Standfestigkeit und die Mittel zu ihrer Durchsetzung". Ob sie das Gewaltmonopol in dieser neuen Weltordnung (oder auch Weltstaat) ausüben sollen, darüber wird noch gestritten. Daß es aber eine solche Weltpolizei oder „Exekutivgewalt" (Honneth) geben muß, darüber sind sich viele einig. Das Recht, das es zu verteidigen oder dem es zum Durchbruch zu verhelfen gilt, ist das Völkerrecht. Die Legislative dazu wäre eine „demokratisch verfahrende UNO" (Honneth), die „Bürger" dieser Ordnung wären die Nationen als „Völkerrechtssubjekte". Daß es bei der Durchsetzung des Völkerrechts darum geht, Normen zu verteidigen, wird schon im kleinsten gemeinsamen Nenner der Kriegsbefürworter deutlich: es geht ganz simpel darum, daß ein Staat nicht einfach zu einem anderen sagen kann: Du bist jetzt kein Staat mehr, weil Du jetzt zu mir gehörst. Denn ein Staat darf die Grenzen eines anderen nicht verletzen, ein anderes Land nicht überfallen.

Die Prinzipien, denen hier das Wort geredet wird, sind westliche Werte, Normen und Maßstäbe. Es geht nicht darum, diese Denkweise an sich zu verwerfen oder gutzuheißen, sondern darum, zu verdeutlichen, mit welcher Selbstverständlichkeit euro-zentristische Wertvorstellungen universelle Geltung beanspruchen.

Diese Prinzipien sind nicht erst bei Ausbruch des Krieges laut geworden. Es sind die Normen und Werte, auf denen jeder bürgerliche, patriarchale Staat aufgebaut ist. Michel Foucault sagt über diesen bürgerlichen Staat, daß der Krieg seine „Geburt geleitet" hat, daß „das Recht, der Frieden, die Rechte (...) im Blut und im Schlamm der Schlachten geboren worden" sind. (Foucault 1986: 11) Mehr noch: die gesamt Gesellschaft ist „durchgängig und andauernd" von einer Schlachtlinie durchquert. (Foucault 1986: 12) Der Krieg bedeutet keinen Bruch mit der Politik, kein Ende derselben. Denn die Politik unserer Gesellschaften besteht aus einem permanenten Kampf, aus Machtbeziehungen. Sie ist „Sanktion und Erhaltung des Ungleichgewichts der Kräfte, wie es sich im Krieg offenbart hat" (Foucault 1978: 72). Wenn als Bereich der Politik nicht nur das Handeln der Mächtigen, sondern auch das „Private" verstanden wird, „spricht man von einer Allgegenwart der Kräfteverhältnisse und ihrer Immanenz in einem politischen Feld" (Foucault 1978: 113). Der Staat kann nur auf der Grundlage dieser bestehenden Machtbeziehungen funktionieren, er ist der Überbau zu diesen Netzen der Macht. (Foucault 1978: 39) Hier sollen nicht gesellschaftliche Machtverhältnisse mit dem Bombardement der alliierten Truppen am Persischen Golf gleichgesetzt werden. Es geht vielmehr darum, zu zeigen, daß die Politik aus strukturell den gleichen Kräfteverhältnissen besteht wie der Krieg, daß der Krieg in der Politik mit anderen Mitteln weitergeht. „Und wenn es zutrifft, daß die politische Macht den Krieg beendet und in der zivilen Gesellschaft Frieden herrschen läßt oder zu herrschen lassen versucht, dann geschieht dies keineswegs um die Wirkungen des Krieges zu beseitigen oder das Ungleichgewicht aufzuheben, das sich in der letzten Schlacht hergestellt hat; in dieser Hypothese hätte die politische Macht die Aufgabe, dieses Kräfteverhältnis mittels einer Art stillen Krieges beständig von neuem in die Institutionen, die ökonomischen Ungleichheiten, in die Sprache und bis hinein in die Körper der Einzelnen einzumeißeln." (Foucault 1978: 71f.)

„Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere" und somit auch die Konstitution des Subjekts, des bürgerlichen Subjekts. Dieses Subjekt ist vernunftbegabt, autonom, frei — und männlich. Es verfolgt die Moral eines zuvor von ihm selbst definierten Guten, welches nur durch Herrschaft über sich selbst, durch Selbstdisziplinierung, zu erreichen ist. Diszipliniert man sich selbst nach den Prinzipien eines solchen Guten, hat man das Böse, die Triebe, die Lüste beherrscht und ist somit frei. Foucault beschreibt diese von Männern für Männer gemachte Moral folgendermaßen: „Im antagonistischen Zweikampf mit sich selber und im Kampf um die Beherrschung der Begierden ist danach zu streben, daß das Verhältnis zu sich isomorph mit dem Herrschafts-, Hierarchie- und Autoritätsverhältnis wird, das man als Mann, als freier Mann, über seine Untergebenen herzustellen beansprucht." (Foucault 1989: 110) Die Herrschaft des Mannes über sich läuft parallel zur Herrschaft über andere. Über andere kann herrschen, wer sich nach den moralischen Regeln und Pflichten am besten selbst diszipliniert und so die legitime Macht hat, das Gute auch durchzusetzen; wenn's sein muß mit Gewalt.

Zurück zur Neuen Weltordnung und ihren Prinzipien, die es am Golf in die Köpfe der irakischen Bevölkerung zu bomben galt. Dieser Krieg wurde nicht zuletzt mit Hilfe der medialen Konstruktion Saddam Husseins als Inkarnation der Irrationalität gerechtfertigt: der „Irre aus Bagdad" war der (westlichen) Vernunft — der Grundlage der Neuen Weltordnung — nicht zugänglich. Denn nur den Staaten wird der Status als Völkerrechtssubjekte zugesprochen, deren Regierungen als ‚vernunftbegabt' anerkannt werden — analog dem bürgerlichen Subjekt. Die Bescheinigung für westliche Rationalität und damit für „Vertragsfähigkeit" (Dan Diner) in der „Herrschaft des Rechts über den Dschungel" stellt der Westen — unter Führung der USA — aus; es handelt sich schließlich um seine universellen Werte und Normen. Der Westen beansprucht allein zu wissen, welche Kriterien ein (Völkerrechts-) Subjekt erfüllen muß, damit es als ein moralisch vollwertiges Subjekt gilt, das auf die Einhaltung des Völkerrechts um seinetwillen hoffen darf. So hatte anscheinend Nicaragua Anfang der 80er Jahre diese Kriterien nicht erfüllt, als es nach der Verminung seiner Häfen durch die USA vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zog — die USA erkannten die im Urteil festgestellte Völkerrechtsverletzung nicht an. Auch Panama, Grenada oder die von Israel besetzten Gebiete sind Beleg dafür, daß es offenbar insbesondere den USA gegeben ist, das Völkerrecht in adäquater Weise auszulegen. Dieses Recht ist Auslegungssache des Stärkeren: desjenigen, der von sich behauptet, durch Gründerväter, zweihundertjährige „harte Arbeit an der Freiheit" (Bush) und einen innenpolitischen „Aufruf zur Erneuerung" nach denselben Prinzipien, sich so selbstdiszipliniert zu haben, daß er dazu legitimiert ist, die weltweite moralische Führungsrolle zur Durchsetzung des Guten, das heißt Demokratie, Freiheit, Sicherheit und Rechtstaatlichkeit, zu übernehmen.

Die als universell proklamierten Prinzipien, die heute von rechts wie links als unbedingt zu verteidigende gelten, sind weder metaphysisch noch gottgegeben. Sie sind im Abendland in bestimmten historischen Kontexten entstanden und untrennbar verbunden mit einer von Männer konstruierten Herrschaft über sich selbst und über andere, einer Herrschaft über alles Fremde, nicht zuletzt über Frauen.

Der Krieg und die Frauen

Dieser Krieg war alles andere als „millionenfach verrückt" (Scheherazade-Aufruf). Er wurde mit der gleichen Logik, mit derselben Vernunft geführt und gerechtfertigt, die konstitutiv ist für bürgerliche, demokratische Gesellschaften. Die Konsequenz hieraus wäre, die Voraussetzungen, denen Krieg immanent ist, in Frage zu stellen und nicht eurozentrische Denkweisen in Positionen gegen den Krieg zu affirmieren (so geschehen im Berliner Scheherazade-Aufruf).

Der Aufruf fordert eine Welturabstimmung, das heißt alle Menschen dieser Welt sollen zu diesem Krieg „Ja" oder „Nein" sagen. Eine solche Forderung setzt voraus, daß alle Menschen die Entscheidungsmöglichkeit zu einem Entweder/Oder haben. Die Vorstellung, daß jedeR zu einer freien Entscheidung in der Lage ist, das heiß, daß das einzelne Individuum in Abgrenzung seiner selbst vom anderen entscheidet, ist die des bürgerlichen, autonomen, freien Subjekts. Verstärkt wird die Affirmation des westlichen Diskurses durch den Satz in der zweiten Fassung des Aufrufs: „Jeder einzelne Mensch auf dieser Welt muß in dieser Entscheidung über Leben und Tod angehört werden — dies ist unser natürlichstes und elementarstes demokratisches Recht!" (*taz*, 23 Januar) Hier wird impliziert, daß jeder Mensch die Möglichkeit hat, demokratische Rechte einzuklagen, daß also weltweit Demokratie herrscht. Da das nicht der Fall ist, kann lediglich ein Teil der Menschen dieses Recht für sich beanspruchen, nämlich diejenigen, die in demokratischen Rechtsstaaten leben. Ist dieses Recht das „natürlichste und

elementarste", so ist es ein genuines Menschenrecht. Die Regierungsformen, die die Möglichkeit vorsehen, es einzuklagen, die dieses Recht überhaupt als ein demokratisches erkannt haben, sind demzufolge die am zivilisatorisch weitest gereiftesten. Die Aufforderung zu einer Welturabstimmung über Leben und Tod als demokratisches Recht universalisiert nicht nur sogenannte westlich-zivilisierte Politik- und Subjektformen, eine solche Aufforderung generalisiert auch die symbolische Ordnung des Westens. Sie setzt voraus, daß eine Entscheidung für oder gegen den Krieg weltweit die gleichen Implikationen hat, und daß die, die „unten" sind, sich schon gegen die Kriegslust derjenigen, die „oben" sind, entscheiden werden. Eine differenzierte Betrachtung auf die historisch-politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ist so nicht mehr möglich.

Sicherlich hat der Scheherazade-Aufruf den Anstoß gegeben zu einem mittlerweile weltweit bestehenden und zu begrüßenden Netz zwischen Frauen, die gegen den Krieg sind. Doch dies geschieht offensichtlich zu den Bedingungen von westlich-bürgerlichen Feministinnen.

Dies soll kein Plädoyer generell gegen westliche Werte und Normen, gegen Demokratie und Freiheit überhaupt sein. Es geht allerdings darum, dieses Denken von seinem Sockel zu stoßen und zu fragen, wie es dahin gekommen ist. Es geht darum, das Tabu zu brechen, dieses Denken infrage zu stellen. Dazu gehört, daß weiße, westliche Mittelstandsfrauen aufhören, sich grundsätzlich auf der anderen Seite der Macht als Opfer zu positionieren. Dieser Krieg scheint besonders hierzulande dazu zu verleiten, eine weltweite Opferkoalition mit allen Geknechteten und Entrechteten aufzumachen. Frauen stehen in diesen Gesellschaften nicht außerhalb männlich-bürgerlicher Machtverhältnisse, sondern sie haben sie internalisiert. Die Machtverhältnisse gehen durch sie durch, sie sind ein Teil von ihnen, jedoch mit anderen Konsequenzen als beim Mann. Frauen internalisieren männliche Herrschaftsformen über sich und andere nicht als Herrschende, sondern als Beherrschte. Und doch ist daraus keine Opferposition weltweit aller Frauen abzuleiten, sondern zu berücksichtigen, daß die Position einer weißen mitteleuropäischen Frau als Beherrschte keine genuine ist, sondern „nur" das Verhältnis zwischen Mann und Frau als eine Herrschaftsbeziehung beschreibt. Im Verhältnis zu Frauen aus anderen Kulturen gehört die weiße mitteleuropäische Frau zum bürgerlich-patriarchalen System und kann so die Position der Herrschenden einnehmen. Das tut sie auch meistens — nur oft unreflektiert. Die Vorstellung, daß es Macht nur in einer einzigen Form gibt, nämlich ausschließlich von oben, von den „Herren Präsidenten und Generälen" (Aufruf) kommend, greift sicherlich zu kurz und erschwert die Analyse von Macht- und Gewaltverhältnissen.

Der Krieg am Golf war nicht Auslöser von neuen Spannungen, die *„selbst unter weiblichen Mittlerinnen* schier unauflösbar werden", wie *taz*-Redakteurin Ute Scheub am 9. Februar schreibt. Dieser Krieg bringt die Spannungen, die zwischen Orient und Okzident — auch auf feministischer Seite — längst bestehen, lediglich brutaler und ungeschminkter zum Ausdruck. Ein Beispiel dafür ist der *taz*-Bericht über die Konferenz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit Anfang Februar in Genf. Arabische Frauen — liest man da — seien nicht rational, sondern „emotionsgeladen" gewesen, „unter Tränen" habe eine Irakerin die Versammlung „beschworen", alles zu tun, damit dem Massaker an ihrem Volk bald ein Ende gesetzt werde und „tränenüberströmte Araberinnen" hätten mit Auszug aus dem Treffen „gedroht". Eine „Spaltung zwischen der arabischen und der westlich-israelischen Welt" habe es gegeben, die angesichts dieses Krieges zum „Abgrund", zum Vulkan werde, „aus dem die Emotionen jahre- und jahrhundertelanger Demütigung der verschiedenen Völker der Region wie Lava hervorsprudelten". Sie beschwören, drohen, sind nicht rational und sprudeln unberechenbar hervor wie Lava. Das ist das Bild, das sich der Westen von „den" AraberInnen macht, das Bild, mit dem die eigene übergeordnete Stellung und das legitime Vorgehen im Krieg am Golf erklärt wird. Es ist ein rassistisches Bild. Es ist nicht neu, es darf nur wieder offener gemalt und getragen werden.

Dieser Konferenzbericht zeigt unverhohlen die Denkweise, die sich schon im Aufruf der Scheherazade-Aktion abzeichnet. Das Beharren auf einer weltweiten „sisterhood" ist da nur ein weiteres Beispiel für das Bedürfnis einiger Feministinnen, alles unter einer universalen Wolke zu vernebeln, von der die weißen Mittelstandsfrauen aus dem Westen die Farbe bestimmen. Differente Stimmen werden nicht mehr gehört.

Solange weiße mitteleuropäische Frauen nicht sensibel dafür werden, wo sie männliche Denkstrukturen — besonders im Umgang mit Frauen aus anderen Kulturen — reproduzieren, werden sie immer wieder vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Ansprüche stehen. bis jetzt werden ihnen solche Positionen von den derart bevormundeten und mittlerweile zu recht ziemlich genervten Frauen noch um die Ohren gehauen. Die Frage ist, wie lange noch.

Isabell Lorey

LITERATUR:

Michel Foucault (1978), *Dispositive der Macht*, Berlin

Michel Foucault (1986), *Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, Berlin*

Michel Foucault (1989), Der Gebrauch der Lüste, Frankfurt/Main

Sonderausgabe zum Golf-Krieg

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Das Golf Inferno

Weltkrieg für die »Wohltaten der Freiheit«

Aus dem Inhalt

★ **Chronik eines angekündigten Krieges:** Zur Geschichte des Golf-Konfliktes

★ **Zwischen den Fronten:** Kurdische und palästinensische Befreiungsbewegungen

★ **Husseins Diktatur:** Fakten und Interviews mit linken Oppositionellen

★ **Jonny reitet wieder:** Die USA und ihre „neue Weltordnung"

★ **Germans to the Front:** BRD: Vom „Pappsoldaten" zum Weltpolizisten

★ **Das verheimlichte Inferno:** Bomben gegen Zivilisten, auf AKW's und Chemiefabriken

★ **Zur Diskussion:** Friedensbewegung: Kopflos? Antiamerikanisch? Antisemitisch?

Preis: DM 5,– (für Wiederverkäufer: 3,50 DM, ab 5 Ex.)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg
(Bei Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse plus 1,– Porto)

Wenn die Mark stimmen soll, müssen die Menschenrechte geschützt werden

Asylsuchende flüchten in Deutschland

Asylsuchenden wird in Deutschland das Grundrecht der Freizügigkeit verwehrt. Sie bekommen den Bezirk, in dem sie sich aufhalten müssen ebenso angewiesen wie die Unterkunft. Auf dieser Grundlage werden Aufnahmequoten für AsylbewerberInnen zwischen den Bundesländern vereinbart. In den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin und in Hessen stellen weit mehr Flüchtlinge Asylanträge als diese Länder aufzunehmen verpflichtet sind. Nachdem sie in zentralen Sammellagern behördlich erfaßt werden sind, verteilt man sie auf die übrigen Bundesländer.
Seit der Wiedervereinigung sind auch Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in diese Regelung einbezogen. Diese Länder müssen laut Einigungsvertrag seit dem 1. Dezember 1990 20 Prozent der Flüchtlinge, die Deutschland erreichen, aufnehmen, etwa 3500 bis 4000 monatlich. Da in den neuen Bundesländern selbst kaum Asylanträge gestellt werden, ist die Umverteilung der Flüchtlinge vor allem eine von West nach Ost. Etwa die Hälfte der Flüchtlinge, die in Hessen einen Asylantrag stellen und zunächst in der „Hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge" (HGU) in Schwalbach untergebracht sind, werden in die neuen Bundesländer „transferiert". So finden sich Menschen, die in der Bundesrepublik Asyl suchen, unvermittelt in der Ex-DDR wieder.

Am 11. Dezember letzten Jahres erreichten die ersten Busse mit AsylbewerberInnen die Lager in Rostock, Chemnitz und Halberstadt. Als Unterkünfte fanden sie und die ihnen folgenden ehemalige Kasernen oder Baracken vor. Die leerstehenden Gebäude wurden kurzerhand umgewidmet, in den knapp zwei Monaten seit der Vereinigung aber nicht für ihre neue Verwendung hergerichtet. Die betroffenen Gemeinden waren von den Landesregierungen angewiesen worden, kurzfristig Lager zur Verfügung zu stellen. Die Behörden, die die Aufnahme der Flüchtlinge vorbereiten sollten existierten allenfalls auf dem Papier, waren personell kaum oder gar nicht besetzt. So fanden die Ankommenden defekte Heizungen, völlig unzureichende sanitäre Einrichtungen und mangelnde medizinische Versorgung vor. Außer deutsch verstanden die allzu wenigen „BetreuerInnen" nichts, Dolmetscher gab es ebensowenig wie Anwälte, die die Flüchtlinge bei ihren Asylverfahren betreuen oder arbeitsfähige Verwaltungsgerichte, bei denen sie Einspruch gegen Entscheidungen in ihrem Verfahren einlegen könnten.
Anfang März setzte eine Gruppe von etwa 30 Flüchtlingen aus Leisnig-Döbeln und Delitzsch in Sachsen ihre vorübergehende Aufnahme in der HGU Schwalbach durch, weigerte sich, das Lager wieder zu verlassen und protestierte gegen den angedrohten Lagerausschluß mit einer gemeinsamen Demonstration. Der Vorfall und das, was die Flüchtlinge berichteten erregte Aufsehen: Die Unterkunft in Leisnig-Döbeln war in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar von etwa 30 bewaffneten Jugendlichen überfallen, mehrere der im Schlaf überraschten Menschen schwer verletzt worden. Verfolgung und Diskriminierung gehören zum ganz normalen Umgang der ehemaligen DDR-Bürger mit AusländerInnen: Autos machen Jagd auf Menschen, die am Straßenrand in die nächste Ortschaft laufen, in Geschäften wird ihnen nichts verkauft, Postschalter schließen, AusländerInnen werden auf der Straße im Vorbeigehen angerempelt oder zusammengeschlagen.
Als die „Abschiebung" der Flüchtlinge schließlich doch drohte, weitere Flüchtlingsfamilien vor dem Tor der HGU standen, fuhren Leute vom AStA der Frankfurter Universität und vom Autonomen Zentrum Frankfurt nach Schwalbach und brachten die in der Kälte wartenden Familien nach Frankfurt. Während die Presse berichtete, der Frankfurter Multi-Kulti Dezernent hätte bewirkt, daß die Flüchtlinge in Frankfurt bleiben konnten, wurden diese in den Räumen der evangelischen Studentengemeinde betreut. Allein die Universität hat in der „multikulturellen Metropole" freien Raum für Flüchtlinge.
Das gemeinsame Handeln von Flüchtlingen und Linken und der Druck der Berichterstattung bewirkten schließlich, daß die Flüchtlinge dieser Gruppe vorläufig in der Schwalbach aufgenommen wurden bzw. dort bleiben konnten - bis zum Regierungswechsel am 5. April. Die Hoffnung auf eine politische Lösung durch die neue Ministerin für Familie und Gesundheit, Iris Blaul (Die Grünen) verging mit dem Datum. Weiterhin werden nur die Flüchtlinge mit offensichtlichen Verletzungen aufgenommen.
So ist das von AStA, Autonomem Zentrum und Flüchtlingsbeirat bereitgestellte Notquartier auch weiterhin voll, wöchentlich kommen neue Flüchtlinge dazu. Bei Redaktionsschluß, Ende April, sollten 37 aus der ehemaligen DDR zurückgekehrte Flüchtlinge aus dem Lager Schwalbach ausgeschlossen und zum zweiten Mal „nach Drüben" geschickt werden.
Rainer Kreuzer und Gerhard Fischer befragten für den diskus die beiden „Fluchthelfer" Andreas Wittek und Karl Kopp vom AStA der Universität Frankfurt.

diskus: Wie findet Ihr es, daß die „Gemeinschaftsunterkunft des Landes Hessen für ausländische Flüchtlinge" in Schwalbach heute den Eindruck erweckt, die beste aller möglichen „Asyl-Welten" zu sein, weil so viele der auf die neuen Bundesländer verteilten Flüchtlinge dorthin zurück fliehen?
Karl Kopp: Sicherlich können sich diese Menschen angenehmere Orte als Schwalbach vorstellen, aber nach den schlagenden Erfahrungen im Osten bedeutet ihnen dieser triste aber vertraute Ort ein Mindestmaß an zivilisatorischen

Standards, vor allem Schutz. Allerdings sind die meisten Geflohenen derart verunsichert, daß sie, um nicht in die Ex-DDR zurückzumüssen, untertauchen. Sie fliegen dann über kurz oder lang aus dem Asylverfahren raus, weil sie die Behördenpost nicht mehr erreicht, sie Anhörungstermine und Einspruchsfristen versäumen. Sie sind so zur Abschiebung freigegeben; ein Nebenaspekt, der staatlicherseits zumindest billigend in Kauf genommen wird.

Andreas Wittek: Wenn die Leute nach Schwalbach zurückkommen, werden sie mit dem normalen Rassismus westdeutscher Ausländerbehörden konfrontiert. Die Asylsuchenden sind einem anderen Bezirk zugewiesen, damit ist Schwalbach nicht mehr zuständig und das Tor bleibt geschlossen. Das Rassistische daran ist, daß die Flüchtlinge sich ausschließlich in so einem System von Bürokratie, Lagern, Gängelung und Kontrolle bewegen dürfen. Da wird dann den Leuten fast notwendig unterstellt, daß ihr einziges Interesse ist, die Kontrollmechanismen auszutricksen - was ihr gutes Recht wäre - ihnen wird strukturell unterstellt, daß sie lügen, wenn sie den Mund aufmachen.

Es sind z.B. ein Palästinenser mit gebrochenem Arm und zwei Marrockaner aus Halberstadt zurückgekommen. Lagerleiter Möser hat sie mit Hilfe von zwei vereidigten Dolmetschern interviewt und dann abgelehnt. Sie hätten erzählt, die Verletzung sei bei Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen entstanden, was kein Grund zur Aufnahme in Hessen ist. Später, als sie herausgekriegt hätten, womit man Chancen hat durchzukommen, hätten sie erzählt, sie seien von Skinheads angegriffen worden. Als wir dann mit den Flüchtlingen gesprochen haben, verstanden wir relativ schnell, daß der Palästinenser tatsächlich bei lagerinternen Auseinandersetzungen verletzt wurde, die drei Flüchtlinge aber am nächsten Tag außerdem von Skinheads attakiert worden sind. Dann sind wir nochmal zu Möser und haben ihm die Geschichte erzählt: und die Flüchtlinge sind wenigstens vorübergehend aufgenommen worden.

So können wir im Lager eine gewisse Kontrollfunktion ausüben - vermutlich auch deshalb, weil man uns glaubt, einfach weil wir Deutsche sind. Das führt zu dem Problem, daß wir zum Teil als die Väter von unmündigen Kindern erscheinen. Tatsächlich aber hat sich die Flüchtlingsgruppe aus Leisnig selbst organisiert, wußte immer genau, was sie wollte und hat das präzise artikuliert - und damit auch Erfolg gehabt. Wir haben nur unterstützt, was die Flüchtlinge gemacht haben. Das ist für uns ein wichtiges Moment von Flüchtlingspolitik, zusammenarbeiten statt bevormunden. Die Gruppe aus Leisnig ist freilich eine Ausnahme.

Das Asylverfahren ist auf individuelle Fälle ausgerichtet, legt den Leuten Einzelkämpfertum als Strategie nahe, die Hoffnung, als Einzelner doch noch durchzurutschen. In den Lagern kommen die Flüchtlinge zufällig zusammen aus verschiedenen Ländern, mit verschiedenen Sprachen, mit verschiedenen persönlichen Hintergründen. Das sind Faktoren, die der Möglichkeit von Solidarität und Selbstorganisation erstmal im Weg stehen.

diskus: Iris Blaul, zuständige Ministerin der neuen rot-grünen Landesregierung in Wiesbaden, hat jetzt verfügt, daß alle Flüchtlinge, die in den neuen Bundesländern bei rassistischen Angriffen verletzt wurden, nach Hessen zurück und dort für die Dauer ihres Asylverfahrens bleiben dürfen. Was bedeutet das in der Praxis?

Karl Kopp: Worauf die Anweisung spekuliert, also die humanitäre Geste, daß die Verletzten hierbleiben können, ist ja nur die eine Seite. Mal abgesehen davon, daß man erst was abgekriegt haben muß, um hier in Sicherheit zu sein, werden ja nach wie vor die Leute rübergeschickt - für jeden Verletzten einer, der es noch nicht ist. Die rot-grüne Regierung betreibt damit ein bloßes Nullsummenspiel. Statt den Konflikt zu lösen, oder wenigstens in Richtung einer Lösung nachzudenken, verschafft sich die Politik das Alibi gehandelt zu haben, indem sie das Problem einfach anders aussehen läßt, nur um dabei besser auszusehen. In der Konsequenz weist sie das Problem wieder der Lagerbürokratie zu.

Die Praxis ist nämlich, daß die Flüchtlinge Menschenrechtsverletzungen nachweisen müssen, was kaum möglich sein dürfte. Also deckt die Anweisung diesen „Tatbestand" in Wirklichkeit gar nicht ab. Lediglich Menschen mit sichtbaren Verletzungen haben eine Chance. Und zum zweiten gibt sie überhaupt keine Vorgabe, von wem denn darüber entschieden werden soll, wer hierbleiben kann und wer nicht. Im Zweifelsfall spielt dann der diensthabende Schließer „Schicksal", und in der Regel der Lagerleiter, der die Vorgabe der Poliker selbst nicht für praktikabel erachtet.

Unterm Strich hat sich für unsere Arbeit durch diesen halbgaren Erlaß nichts geändert. Wir müssen immer noch das Notquartier bereitstellen - für eine ständig wachsende Zahl von Leuten -, uns um die medizinische Versorgung und rechtliche Betreuung der Flüchtlinge kümmern. Durch dieses „humanitäre" Angebot entsteht für die Flüchtlinge erst eine Wahlmöglichkeit, die anderes zuläßt als die Verschickung in die neuen Bundesländer, vor der viele einfach Angst haben. Auf dieser Basis können sie ihren Protest, der dann politisch ist, artikulieren.

diskus: Es scheint, daß die Grünen nicht viel mehr anzubieten haben als der vormalige Sozialminister von der CDU, Trageser. Existieren Vorstellungen, die über das hinaus gehen?

Karl Kopp: Was die Grünen als weitergehende „Lösung" präsentieren, gar als Gegenstrategie gegen den Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR, ist die Bewachung der Flüchtlings-Lager durch den Bundesgrenzschutz. Die Unterkünfte bekämen den Charakter von Internierungslagern. Das wäre ein weiterer Schritt in der Logik der Abschreckung und Asylverhinderung.

Wir unterstützen zuallererst die Forderung der Flüchtlinge, die schlicht Notwehr ist. Nämlich keine weiteren Transfers in die neuen Bundesländer, Bleiberecht in Hessen bzw. im Westen.

diskus: Das heißt dann aber, daß die neuen Bundesländer ausländerfrei werden und die Rechtsradikalen gewonnen haben, oder?

Andreas Wittek: Den politischen Sieg haben die Rechtsradikalen schon errungen, wenn es für Ausländer nicht mehr möglich ist, in den neuen Bundesländern zu leben, ohne ständig bedroht und verprügelt zu werden. Daran ändert man dann auch nichts mehr, wenn man trotzdem noch Flüchtlinge zwangsweise hinschickt und ihnen die Köpfe einschlagen läßt.

Eine wichtige Dimension des Konfliktes ist aber die Kritik an der Verwaltung der Menschen, an dem institutionellen Rassismus. Wir stellen nicht die Forderung, Verteilung nur in den alten Bundesländern - das bezieht sich ja nochmal affirmativ auf dieses rassistische System von Ausgrenzung der Flüchtlinge durch Lager, Arbeitsverbot, Quotierung etc. Wir unterstützen die Forderung der Flüchtlinge, hierbleiben zu können, weil sie das wollen, nicht weil es eine Verwaltungsvorschrift sagt. Das ist bescheidener und zugleich weitergehend. Damit ändert sich freilich gar nichts an der Dominanz der Rechtsradikalen in den neuen Bundesländern, daran daß die da zur Zeit machen können was sie wollen.

„Es gibt kein Leben außerhalb der Revolution“

In Cuba morden sie!
Nun haben sie Jesús Menéndez sicher
in einem soeben gekauften Sarg.
Er trat hervor, ein König des Volkes,
und schritt, auf den Grund der Dinge sehend, einher.
Er hielt den Vorübergehenden an,
pochte an des Schlafenden Brust,
gründete das Zeitalter unser
richtete auf die gebrochene Seele
und hob aus dem Zucker
das blutige Röhricht ans Licht,
den Schweiß, der Steine zum modern bringt,
und fragte in die ärmlichen
Küchen hinein: wer bist du, was hast du zu essen?
und diesen Arm, diese Wunde berührend,
faßte er dieses Schweigen all zusammen
zu einer einzigen Stimme, der rauhen
durchgeschnittenen Stimme Kubas.

Ihn mordete ein unbedeutender Hauptmann,
ein Zwerg von General: in einem Eisenbahnzug
sagte der zu ihm: folge, und hinterrücks
gab jenes Generälchen Feuer,
auf das verstumme die rauhe
Stimme der Zuckerrohrfelder.

Pablo Neruda
Der verratene Kampfplatz

Die von Pablo Neruda skizzierte Szene des „verratenen Kampfplatzes“ Lateinamerika kann noch immer — Jahrzehnte nach ihrer Niederschrift — gelesen werden als Metapher der neokolonialen Ausbeutungsverhältnisse, die bis auf den heutigen Tag auf dem gesamten Kontinent festgeschrieben wurden. Indiz der Konsequenzen der über internationale Finanzinstitutionen organisierten und durch nationale Oligarchien verfestigten Herrschaftsordnung ist die sich unkontrollierbar ausbreitende Cholera-Epidemie, welche ganze Gegenden zu entvölkern droht. Die Gesundheitsversorgung ist wieder auf dem Stand von vor zwei Jahrhunderten angelangt.

Doch die totalisierende Metropolen-Perspektive *lateinamerikanischer Geschichte* (schon das Konzept impliziert den Beginn der Geschichte in dem Augenblick als — frei nach Hegel — der europäische Geist dem indianischen das Leben aushauchte) verschleiert nicht selten eine Komponente der Historie des Kontinents, auf die Pablo Neruda im Titel seiner Zeilen anspielt: wenn schon von lateinamerikanischer Geschichte die Rede ist, dann kann diese nur rekonstruiert werden als eine des fünfhundertjährigen Kampfes gegen westliche Unterdrückung und Invasion. Dazu zählen die Kämpfe der mexikanischen Azteken unter Cuauhtémoc gegen Hernán Cortéz, wie der mehr als drei Jahrhunderte währende bewaffnete Widerstand der Araukaner im Süden des Kontinents. Der Inka-Sohn Atahualpa heizte den Besetzern unter dem spanischen Schweinebauern und Analphabeten Francisco Pizarro jahrzehntelang ein, die in den Anden versteckten Städte und Rückzugsburgen entdeckten die Spanier auf keiner ihrer zahlreichen Strafexpeditionen. Die (ungeschriebene) Geschichte der *Palenques* genannten Wehrdörfer entflohener afrikanischer Sklaven besonders in Brasilien bildet ein weiteres Kapitel militanten Widerstandes.

In der Zeit der *independencia*, den Bewegungen der nationalen Unabhängigkeit von den spanischen und portugiesischen Kolonialherren zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts verschieben sich die Interessen derjenigen, die zur Befreiung der Nation aufrufen. Unter dem Eindruck der großen Französischen Revolution mobilisieren bürgerliche Kräfte den Widerstand gegen die maroden Feudalsysteme mit importierten Slogans, um sich nach erreichter „Unabhängigkeit“ selbst in der Macht zu etablieren. Soziale Gegensätze, Rassismus und Unterdrückung gegen die einheimischen AmerikanerInnen und die AfroamerikanerInnen und ein System nicht entwickelten Kapitalismus mit feudalen Strukturen sind die Momente, auf denen die neuen bürgerlichen Staaten gründen.

Im heftigen Kampf um die Hegemonie im ehemals spanischen Herrschaftsbereich sicherten sich die Vereinigten Staaten von Amerika gegen britische Interessen mit militärischer Gewalt das Vorrecht auf den Reichtum der nicht mehr ‚neuen Welt‘.

Weil die in der Regel parlamentarisch ver-

faßten Herrschaftssysteme bürgerlichen Zuschnittes die drängenden sozialen Widersprüche in den lateinamerikanischen Staaten auch nicht nur annähernd zu lösen vermochten, setzten sich die bewaffneten Klassenauseinandersetzungen fort. Zunächst in Mexiko, wo 1910 die erste soziale Revolution des Kontinents erfolgreich war, aber die Zwangsverhältnisse ökonomischer Dependenz und innerer Repression nicht zum zentralen Thema machte und so in ihrer eigenen Institutionalisierung versandete. Andere Modelle der Emanzipation wurden sämtlich mit Waffengewalt vernichtet, so die bolivianischen StudentInnen- und Arbeiterkongresse von 1968 vom Militär des Landes oder der gewählte sozialistische Präsident Chiles Salvador Allende durch rechtsradikale Armeeinheiten mit US-amerikanischer Unterstützung. Selbst das im revolutionärem Kampf durchgesetzte parteienpluralistische System gemischter Ökonomie in Nicaragua erlebte seinen 12. Jahrestag nicht mehr.

Einzig die cubanische Revolution aus dem Jahre 1959 überdauerte die Hegemonialattacken der Großmacht im Norden über drei Jahrzehnte hinweg und bei der weitreichenden Integration Lateinamerikas in den US-amerikanischen Herrschaftsbereich drängt sich angesichts des Projektes vom karibischen Sozialismus das Bild des bekannten kleinen gallischen Dorfes auf, das den Cäsaren-Armeen trotzt.

Und auch hier wird das nahe Ende nationaler Unabhängigkeit von den bürgerlichen Medien im Ausland allenthalben vorweggenommen. 85% des Außenhandels wickelte die Insel von der Größe der Ex-DDR mit den realsozialistischen Genossen in Osteuropa ab — wegen eines 32jährigen Wirtschaftsembargos der USA gegen den Zwergstaat. Nach dem Zusammenbruch der Parteidiktaturen im Osten Europas ist die Lage in Cuba desolater denn je. Auch wenn man sich seit 1984/85 wieder zaghaft der eigenen Tradition marxistischer DenkerInnen besinnt und sich bewußt von sowjetischer Dogmatik zu emanzipieren suchte, so blieb die wirtschaftliche Anbindung an den RGW mehr als eng.

Dabei ist die Tatsache, daß die cubanische Revolution der sozialistischen Lösung folgte nicht einer inneren Logik der politischen Entscheidungen von Revolutionsführung oder Fidel Castro zu verdanken, sondern ist nur aus den nationalen und internationalen Bedingungen der Auseinandersetzungen heraus verständlich. Noch am 21. Mai des Jahres 1959 hatte Castro auf einer Rede in Havanna erklärt:

„Unsere Revolution ist weder kapitalistisch noch kommunistisch! .... Uns, die wir einer humanistischen Doktrin anhängen, kommt es auf das Volk an, und wir mobilisieren alle unsere Kräfte zum Besten der Mehrheit. Wir wollen den Menschen von jedem Dogma befreien; wir wollen Wirtschaft und Gesellschaft frei machen, ohne irgend jemanden zu terrorisieren oder zu knebeln. Die heutige Weltlage stellt uns vor die Wahl zwischen dem Kapitalismus, der die Menschen aushungert, und dem Kommunismus, der ihre wirtschaftlichen Probleme löst, aber dafür die Freiheiten unterdrückt, die ihnen teuer sind ... Der Kapitalismus gibt den Menschen preis, der Kommunismus mit seinen totalitären Vorstellungen opfert seine Rechte auf. Wir sind weder mit dem einen noch mit dem anderen einverstanden ... Unsere Revolution ist nicht rot, sondern olivgrün. Sie trägt die Farbe der Rebellenarmee aus der Sierra Maestra."

Die Befreiungsbewegung des 26. Juli war mit dem Programm einer radikalen Sozialdemokratie und nationaler Unabhängigkeit angetreten, den fünf revolutionären Forderungen, die Castro in seiner legendären Verteidigungsrede („Die Geschichte wird mich freisprechen") als 25jähriger formulierte: Volkssouveränität und liberale Verfassung, Landreform, Arbeiterbeteiligung an Industriegewinnen, Bauernbeteiligung an Gewinnen aus dem Zuckerverkauf und Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Auch Ernesto Guevara erklärte später, daß es in der Konzeption der radikalen Bewegung keineswegs eine konsistente Theorie, sondern lediglich „Ansätze zum Sozialismus gab". Zentraler Beweggrund für den Schritt zum bewaffneten Kampf war die moralische Empörung über die cubanischen Verhältnisse angesichts von 30% Analphabetismus, über 20% Arbeitslosigkeit und elender Armut in den Slumvierteln der Hauptstadt Havanna, die unter US-amerikanischen Touristen wegen der 100000 Prostituierten als „Bordell der Karibik" bekannt war.

So orientierte sich die theoretisch konfuse Konzeption der Befreiungsbewegung an den Forderungen nationaler Unabhängigkeit und politischer Authentizität, die schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der cubanische Revolutionär José Martí angesichts der „hemmungslosen Herrschsucht der USA" eingeklagt hatte: „Die europäische Universität muß der amerikanischen weichen. Die Geschichte Amerikas von den Inkas bis heute muß in allen Einzelheiten vermittelt werden ... Den Interessen der Nation verpflichtete Politiker müssen die am Ausland orientierten ersetzen." Bereits Martí formulierte an dieser Stelle zwei Motive emanzipatorischen cubanischen Selbstverständnisses, die sich als politische Konstanten durchgehalten haben: eine negative Definition politischer Emanzipation, die sich in erster Linie *gegen* den „vor Gewalt und Eroberungslust berstenden Staatskörper" im Norden (Martí) durchsetzen muß und der Gedanke von nationaler Unabhängigkeit als einzigem Zustand, der „das freien Menschen gehörende Wohlbefinden inmitten gerechter Arbeit gewährleisten" kann (Martí).

In dieser Traditon stehen Argumentationsmuster eines hermetischen Antiimperialismus, die gelegentlich zu absurden Entscheidungen führen, mit denen — wie zuletzt bei der Abstimmung Cubas gegen die UNO-Resolution 688 zum Schutz der kurdischen Bevölkerung — sich die politische Führung Sympathien auch innerhalb der undogmatischen Linken und regionalen Befreiungsbewegungen verscherzt. Der cubanische UN-Botschafter berief sich noch vor wenigen Wochen bei seiner Entscheidung darauf, daß der Schutz der Kurden durch US-amerikanische Truppen einen „gefährlichen Präzedenzfall für andere Länder" und eine „offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak" bedeute. Spätestens hier wird deutlich, daß der cubanische Antiimperialimus samt seiner Denkschemata zwar noch taugt, ein Unrechtsverhältnis zwischen Nord und Süd zu bezeichnen, aber für regionale Konflikte innerhalb der Staaten der sogenannten Dritten Welt kaum noch über Erklärungskraft verfügt.

Präzise an diesem Punkt setzt auch die aktuelle Debatte innerhalb Cubas an. Im März dieses Jahres forderte der Herausgeber der einflußreichen Zeitung *Juventud Rebelde*, Bruno Rodríguez, ein Mehr an diskursiver Pluralität und wandte sich gegen den „politischen Pamphletismus" der dazu führe, daß „die Yankees ... Vorwand für dogmatische Verrenkungen, neues Sektierertum ±und[den Schrecken der Intoleranz" seien.

Die Ambivalenzen cubanischer Gesellschaftskonzeption und einer revolutionären Führung, die sich zunächst mehr oder minder pragmatisch marxistischer Ansätze bediente, bevor es zur blinden Kopie vieler sowjetischer Wirtschafts- und Lehrmodelle kam; und die dennoch — nicht nur für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlich — solidarische, gewaltfreie und fürsorgliche Lebensverhältnisse schuf, läßt sich anhand von drei Entwicklungslinien in der cubanischen Geschichte nachzeichnen.

Die ohnmächtige Einheitspartei

Die PCC (*Partido Comunista de Cuba*) war weder Kaderpartei noch treibende Kraft der Revolution, sie wurde sieben Jahre nach der Machtübernahme der Bewegung des 26. Juli gegründet, die ehemalige Kommunistische Partei Cubas hatte der Guerilla-Bewegung eher kritisch gegenübergestanden.

Das Macht- und Organisationsvakuum auf politischer Ebene nach der Revolution bot den Verantwortlichen zwei Möglichkeiten der Reaktion. Denkbar war entweder die Selbstorganisation der Bevölkerung von der Basis oder die Entwicklung der Partei von oben herab. Fidel Castro entschied sich für die zweite Spielart.

Ideologisches Fundament der Partei waren und sind die (durchaus widersprüchlichen) Reden Castros, die im Kontext der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit neuerdings unter dem Titel „Das Denken Fidel Castros" publiziert werden. Die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse krankte zumindest in den

ersten Jahren der Revolution ganz erheblich und die „sehr harte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit", die Ernesto Guevara 1965 eingefordert hatte, stand lange Zeit hinter der Ideologisierung des Klassenkampfes unter Absehung der Analyse der Produktionsverhältnisse im Land zurück. Natürlich waren die permanenten ökonomischen Zwänge und die schwierige politische Lage Cubas mitverantwortlich für die problematische Realitätswahrnehmung einer Partei, in deren frühen Verlautbarungen sozioökonomische Argumentationen mit großer Konsequenz umgangen wurden und die Vulgarisierung marxistischer Begriffe Einzug hielt. Viele Texte der Partei haben rein appellatorischen, moralisierenden Charakter und kümmern sich nicht um das, was ist.

Selbst Guevara vertraute bei der Mobilisierung der Bevölkerung auf ein „Instrument, das grundsätzlich moralischer Art sein muß", und die gesellschaftsverändernde Praxis hatte eher aufklärerischen Impetus: „Diese Gesellschaft als Ganzes muß sich in eine riesige Schule verwandeln" (Guevara). Doch sah der Präsident der Nationalbank Ernesto Guevara deutlich die konzeptionellen Defizite der Regierung: „Die Richtungslosigkeit ist groß, und die Probleme des materiellen Aufbaus nehmen uns völlig in Anspruch."

Dem gebrochenen Verhältnis zur Theorie gab Fidel Castro in einer Rede am 30. Oktober des Jahres 1963 Ausdruck, in der er forderte: „Schluß mit den Theoretikern der Revolution! Schluß mit diesen marxistischen Theoretikern! Der Marxist-Leninist, der immerzu Theorien entwickelt, liegt nur der Gesellschaft auf der Tasche". Dennoch mußte der nationale und antiimperialistische Charakter der Revolution in dem Maße antikapitalistisch werden, wie der cubanische Kapitalismus als Brückenkopf imperialistischer Interessen funktionierte. Nach der Invasion von Exilcubanern mit US-amerikanischer Unterstützung im Jahre 1962 kommt es zwangsläufig zu einer weiteren Radikalisierung der demokratisch-nationalen Bewegung, Castro deklariert in Havanna den sozialistischen Charakter der Revolution. Auch die historischen Wurzeln der Theoriefeindlichkeit reichen in die Zeit einer durch koloniale Ausbeutung geprägten und von okzidental ausgerichteten Oligarchen dominierte Gesellschaft. Allerdings stellt sich heute — trotz und wegen Castros Regierung — die Situation, wie noch ausgeführt wird, gänzlich anders dar.

Lange Zeit war die den Entscheidungen des *máximo lider* völlig untergeordnete Partei kein politischer Machtfaktor, sondern eher Instrument sozialer Integration, besonders auf dem Land. Dank der erklärten Politik Castros gegen Korruption und Bürokratisierung existiert keine breite, materiell privilegierte Schicht von Parteifunktionären, wie dies in vielen anderen, sich sozialistisch nennenden Staaten der Fall gewesen ist. Doch der Funktionswandel der Partei ist offensichtlich, nicht nur weil die kommunistische Jugendorganisation der Partei zu einem der Zentren der theoretischen Auseinandersetzung mit den Problemen des cubanischen Sozialismus geworden ist. In der Vorbereitungsphase des vierten Kongresses der Partei, auf dem die brennenden wirtschaftlichen und politischen Probleme zur Sprache kommen sollen, rief die PCC die Bevölkerung dazu auf, in Kooperativen, Institutionen und anderen Gruppen die Kritik am status quo zu formulieren. Mehr als eine Million schriftlicher Beiträge gingen in der Parteizentrale bisher ein, auf deren Grundlage im Spätsommer '91 debattiert werden soll.

Das Problem der politischen Ökonomie

Häufig wird unter jungen Intellektuellen auf eine öffentliche Auseinandersetzung verwiesen, welche die Geschichte der cubanischen Revolution nicht unwesentlich beeinflußte. In den Jahren 1964/65 entbrannte ein Streit zwischen Ernesto Guevara und dem belgischen Ökonom Ernest Mandel auf der einen und dem französischen Ökonom Charles Bettelheim auf der anderen Seite, in dem es um die künftige Organisation der Wirtschaft des Landes ging. 1961 war die dritte Phase der wirtschaftlichen Umstrukturierung unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen begonnen worden, die Regierung prognostizierte Wachstumsraten von bis zu 26 % in bestimmten Bereichen der Wirtschaft. Doch waren bereits 1963 Anzeichen einer ökonomischen Krise deutlich erkennbar, die nur bedingt dem Handelsembargo und von den USA aus organisierten Sabotageakten zuzuschreiben ist. Politische Fehler in der schematischen Übernahme osteuropäischer Organisationsmodelle spielten — wie Guevara selbst eingestand — eine entscheidende Rolle. Eine aufgedunsene Bürokratie, große Diversifizierung in der Produktion und fehlende Effizienz waren und sind die Kernprobleme. Guevara machte für die fehlende Motivation vieler ArbeiterInnen das „mangelnde Interesse des Individuums, dem Staat einen Dienst zu erweisen" verantwortlich, dessen Ursache in einem „Mangel an revolutionärem Bewußtsein" liege. Guevara vertraute auf die Möglichkeit der Entwicklung sozialistischer Produktionsformen im Rahmen eines neuen Humanismus und lehnte es ab, auf „individuelles und materielles Interesse [des Einzelnen] als [ökonomische] Hebelkraft" zu setzen. Revolutionäres Bewußtsein müsse sich deshalb einstellen, weil die Chancen des Menschen „im Sozialismus sich zu äußern und im gesellschaftlichen Apparat bemerkbar zu machen, unendlich viel größer" seien als im Kapitalismus. Die Produktionsstruktur im Lande stand dieser These allerdings genauso entgegen wie die Unfähigkeit der Partei, als gesellschaftspolitische Kraft eventuell auch spezifische Interessen der Bevölkerung innerhalb der Regierung zu vertreten.

Der folgende Streit der Ökonomen drehte sich vor allem um die Frage, ob das von Guevara favorisierte planwirtschaftliche Verfahren einer haushaltsmäßigen Finanzierung Chancen habe oder Arbeitsleistungen der Einzelnen gewürdigt und wirtschaftliche Rechnungsführung praktiziert werden solle. Guevara bestritt die Notwendigkeit materieller Anreize zwar nicht grundsätzlich, widersetzte sich aber ihrer Anwendung als grundlegender Antriebskraft: „Direkter materieller Anreiz und Bewußtsein sind ... widersprechende Termini ... deshalb kämpfen wir gegen die Vorherrschaft [des materiellen Anreizes, *M.W*], denn sie bedeutet den Verzug der Entwicklung der sozialistischen Moral." An dieser letztinstanzlichen Entkoppelung von Lohn und Leistung setzt auch heute die — noch nicht in aller Offenheit geführte — Debatte um die notwendige Effizienzsteigerung der eigenen Produktion nach dem Desaster des Realsozialismus an.

Charles Bettelheim begründete im Juni 1964 in einer Entgegnung auf Guevara sein Eintreten für autonome Produktionseinheiten und einer Entlohnung nach Quantität und Qualität der Arbeit damit, daß verschiedene Eigentumsformen nicht auf einen einheitlichen Begriff von Staatseigentum reduziert werden könnten, schon gar nicht in Cuba, wo der „juristische Ausdruck der sozialistischen Verhältnisse nicht deren wirklicher Natur" entspreche. Er wirft der idealistisch argumentierenden Position Guevaras einen abstrakten Voluntarismus vor, der sich nicht an den realen Verhältnissen im Lande orientiere.

Bereits ein Jahr früher hatte Guevara, der in der Debatte mit Bettelheim die zentralisierte Planung als Wesenskern der sozialistischen Gesellschaft bezeichnete, deutlich gemacht, wie sehr er die Entwicklung eines emanzipativen Bewußtseins mit der Einführung neuer ökonomischer Formen analogisierte. Damals hatte er erklärt, daß der „ökonomische Sozialismus ohne kommunistische Moral" ihn nicht interessiere, weil „wir gegen das Elend kämpfen, aber gleichzeitig kämpfen wir gegen die Entäußerung". An diesem Punkt wird das Spannungsverhältnis deutlich, in dem sich die Bewegung befand, die sich als eine authentisch lateinamerikanische versteht (und sich de facto in den Traditionen nationaler Befreiung und Unabhängigkeit wiederfindet), sich jedoch in der Erklärung spezifischer Verhältnisse nicht auf die Tradtitionen des lateinamerikanischen Marxismus bezieht, sondern vielmehr bemüht ist, die cubanische Entwicklung der „verfrühten" Revolution in Anlehnung an europäische Marxauffassungen in theoretischen Gewaltakten einzuholen. So erklärte Guevara den Erfolg der sozialen Revolution auf der spärlich industrialisierten Karibikinsel retrospektiv dadurch, daß „die Avantgarde der revolutionären Bewegung ... in ihrem Bewußtsein eine Reihe zu realisie-

render Schritte voraussieht und den Verlauf der Ereignisse innerhalb des objektiv Möglichen forciert."

Die quasi-religiöse Überhöhung der charismatischen Führungspersönlichkeiten, der *caudillos*, und ein undifferenzierter Import eurozentrischer Theoriemuster zur Rekonstruktion lateinamerikanischer Realität vermag innerhalb einer solch mechanischen Interpretation interne Widersprüche nicht mehr plausibel zu machen, sondern trägt zu deren Verschleierung bei. Es scheint, als ob die fortgeschittene Form der cubanischen Revolution ihre eigenen Voraussetzungen verdeckt, ohne die sie nicht zu begreifen ist.

Daß es so zu zweifelhaften Einschätzungen kommen kann, deren prognostischer Wert sich in Grenzen hält, zeigt selbst Fidel Castro, der 1985 US-amerikanischen Journalisten soziale Auseinandersetzungen innerhalb Lateinamerikas prophezeihte, wenn das Problem der Außenverschuldung nicht gelöst würde. Auf die Frage hin, wie sich die Auseinandersetzungen artikulieren würden, erklärte Castro, daß es „ganz allgemein sozialrevolutionäre Umbrüche" sein würden.

Dennoch ist die politische Funktion Cubas besonders in dieser internationalen Auseinandersetzung nicht zu unterschätzen. Es ist das einzige Land Lateinamerikas, dessen Regierung sich die Forderung nach einem allgemeinen Schuldenerlaß zu eigen gemacht hat (in Perú unter Präsident Alan Garcia scheiterte ein ähnlicher Versuch an der repressiven IWF-Politik) und in der Lage ist, eine solche Position nach außen zu vertreten. Hatte selbst Salvador Allende auf einer UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*)-Sitzung im April 1972 eingefordert, daß den Staaten der sogenannten Dritten Welt die Gelegenheit gegeben werden müsse, „die Verstümmelungen der Jahrhunderte der Ausbeutung zu überwinden", so sind die cubanischen Forderungen nach allgemeinem Schuldenerlaß und der Neustrukturierung weitaus radikaler. 1988 formulierte Fidel Castro gegenüber dem italienischen Journalisten Gianna Miná die aussichtslose Lage der Entwicklungsstaaten im kapitalistisch organisierten Weltmarkt: „Die Länder sind nicht nur darauf angewiesen, daß die Verschuldung annulliert wird, sondern benötigen darüber hinaus frisches Geld, oder die Krise wird sich weiter verschärfen. Aber ich glaube, daß die Welt heute davon überzeugt ist, daß diese Verschuldung unbezahlbar und nicht einzufordern ist. Wie sollte man auch die Verschuldung einfordern: durch den Mord an Menschen ...? Es gibt keinen Weg, diese Verschuldung einzufordern."

1991, im 32. Jahr der Revolution, stellen sich die Probleme der alten Auseinandersetzungen in anderem Kontext neu. Der zentralistisch verwaltete Dollar-Tourismus zur Einnahme dringend benötigter Devisen droht eine Spaltung der cubanischen Gesellschaft in diejenigen, die (illegal) über Devisen verfügen

und andere, denen mit ihren erarbeiteten Pesos der Zugang zum Billig-Konsum verwehrt ist. Trotz der politischen Brisanz der Entwicklung steht die staatskapitalistische Organisation westlichen Tourismus durch das sozialistische Monopolunternehmen *Cubatur* nicht zur Debatte. Und das, obwohl die Regierung Kooperationsverträgen für *joint-ventures* in der Tourismusbranche zunehmend aufgeschlossen gegenübersteht. Um die rigorose Abschottung der Tourismus-Burgen und den Zwang für AusländerInnen, alle Ausgaben in US-Dollars bestreiten zu müssen, wird im Vorfeld des Parteitages allerdings heftig gestritten.

Zum anderen ist die von Castro geforderte Steigerung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion (bei einigen Produkten um das Dreifache) und eine größere Effizienz vor allem im Dienstleistungssektor nicht allein mit freiwilligen (etwa studentischen) Arbeitseinsätzen auf dem Feld und Appellen an die sozialistische Moral zu bewältigen. Die Planungsdebatte der frühen 60er Jahre wird nicht ohne Grund immer häufiger in die Diskussion um die wirtschaftliche Zukunft der Insel ins Gespräch gebracht.

Revolution ohne „Verrat des Kampfplatzes"

Aller unumgänglichen Treue zur Sowjetunion zum Trotz, ist der cubanische Sozialismus immer eigenständiger, diskursiver und offener gewesen als anderswo. Spätestens in der Kulturpolitik bewiesen sich schnell die Grenzen der formalsozialistischen Völkerfreundschaft, als im Rahmen des Kulturexportes aus den osteuropäischen Bruderländern beispielsweise Großkonzerte mit ost-

deutscher Volksmusik inszeniert wurden: Sie fanden vor leeren Sälen statt.

Die heterogene, afrocubanisch inspirierte Kunst und Kultur war vor allem in den 60er Jahren Garant und Bollwerk gegen den „sozialistischen Realismus". Besonders in der Musik bewies sich Cubas Authentizität immer von neuem — auch gegen den Willen der Funktionäre. Kritische Musiker wie Pablo Milanes oder Silvio Rodriguez — beide vertreten Cuba heute auf Konzerten in aller Welt und gelten in Lateinamerika als die „Sänger der Revolution — litten in dieser Zeit durchaus unter obrigkeitsstaatlichen Behinderungen, doch osteuropäischer Rigorismus preußischer Prägung hatte selbst unter Cubas Funktionären keine Chance.

Obwohl die avantgardistische Praxis der revolutionären Regierung über viele Jahre hinweg keine konsistente Theorie der Revolution entwickeln konnte und so eine marxistische Kritik der lateinamerikanischen Gesellschaften zeitweilig behinderte, so hat doch die Regierung Castro erst die Voraussetzungen geschaffen für die Diskussionen einer hochpolitisierten jungen Generation — mehr als die Hälfte der CubanerInnen sind jünger als 30 Jahre — die genau an den Defiziten der Vergangenheit ansetzen. Und diese aktuelle Auseinandersetzung ist, bei aller Kritik an dem Bestehenden, mehrheitlich geprägt von dem Vertrauen in die Integrität der politischen Führung des Landes, in welche zunehmend junge Frauen und Männer vorstoßen.

Der Prozeß radikaler Reflexion über das Verhältnis der Revolution zu den Dogmatisierungen des Marxismus-Leninismus wird inzwischen selbst von staatlichen Stellen betrieben. Ende vergangenen Jahres publizierte das Kultusministerium in seiner Quartalsschrift *temas* einen Text des in Mexiko lebenden Philosophen Adolfo Sánchez Vázquez, in dem eine radikale „Lateinamerikanisierung des Marxismus" gefordert wird. Dazu gehöre, sich vom ideologischen Ballast der 2. Internationale (die sich auf die „eurozentristischsten Texte von Marx und Engels stützte" — Sánchez Vázquez) und der 3. Internationale („Indifferenz gegenüber lateinamerikanischen Problemen" — Sánchez Vázquez) zu befreien. Wenn die Cubaner eine Revolution ohne Partei realisiert hätten, so der Autor, „waren sie zwar den Buchstaben eines bestimmten Marxismus untreu, jedoch nicht dem Geist des originären Marx". Für die lateinamerikanische Realität sei es notwendig, theoretisch produktiv zu werden und auf Arbeiten aufzubauen, die sich durchaus „vom ideologischen Monolithismus vergangener Zeiten unterscheiden".

Die Verabschiedung von osteuropäischen Dogmen, die mit dem Schritt zu größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit im Jahre 1985 einhergeht, ist offenkundig. Bruno Rodríguez formulierte in dem bereits erwähnten Zeitungsartikel programmatisch, wie mit dem Konflikt der Generationen in Cuba umgegangen werden sollte: „Der plurale Dialog nutzt uns, weil er, neben der Stimulation des akademischen Lebens . . . die Gedanken und die Ausdrucksformen eines Volkes trainiert, das sich in seiner Mehrheit für das Programm Fidels entschieden hat und das daran interessiert ist, in all seiner Unterschiedlichkeit und Vielschichtigkeit zu diskutieren." Rodríguez fordert weiter „Freiräume für den Streit zwischen Revolutionären" zu ertragen, um in „einer Welt Wege zu finden, die verkehrt ist".

Auf wissenschaftlichem Gebiet zeigt sich die neue Politik in der Abschaffung sämtlicher (sowjetischer) Lehrhandbücher in der Universität. An der philosophischen Fakultät halten — neben den Marxschen Quellentexten — Marcuse, der peruanische Marxist der 20er Jahre José Carlos Mariátegui und in der Debatte um die Modernisierungsstrategien in Lateinamerika die sogenannte *Frankfurter Schule* Einzug. So wird die Fakultät einer Kritik gerecht, die schon 1966 von Aurelio Alonso, einem Professor der Philosophie geäußert wurde: daß die Lehrbücher predigen, die Philosophie des Marxismus sei eine der Praxis und lasse keine Dogmen zu, aber gleichzeitig die parteipolitische Betrachtungsweise der Marxschen Theorie eine ahistorische ist.

In der legendären Zeitschrift der *Casa de las Américas* entwerfen Theoretiker, wie der Dekan der Psychologie-Fakultät Fernando Gonzáles Rey, Konzeptionen einer neuen Theorie des autonomen Subjekts im Sozialismus, während der Philosoph Iván de la Nuez im Rahmen einer neuen, entideologisierten Geschichtsschreibung des Kontinents entlang der emanzipatorischen Traditionen sich vom bisher affirmativen Blick auf die Zeit der *independencia* abwendet. Er fordert vielmehr eine „doppelte emanzipatorische Perspektive", denn: „Wenn wir von Befreiung ‚nach außen' sprechen, vergessen wir — zuweilen absichtlich — das Zurückbleiben der spezifischen und regionalen Emanzipation im Inneren in jedem der lateinamerikanischen Länder." De la Nuez klagt somit genau die radikale politische Kritik innerer Verhältnisse ein, die allzulange umgangen wurde: „In unserem konkreten Abhängigkeitsverhältnis die Systeme der Dominanz zu ignorieren, die sich im Inneren unserer Gesellschaft verzweigen, ist so schädlich, wie das Leben in der Unmittelbarkeit unserer bürokratischen Ordnungen — während wir sie ein ums andere Mal reproduzieren — ohne die externen Kontrollsysteme zu berücksichtigen, die unsere Ideen, Ökonomien, Kulturen und Gewohnheiten gefangen halten."

Für diesen Prozeß der Reflexion sind die Bedingungen in Cuba durchaus zwiespältig. Das Ende der wirtschaftlichen Katastrophe durch den ausfallenden Osthandel ist nicht auszumachen. Obwohl die Läden täglich leerer und die Warteschlangen davor länger werden, sind sich die meisten CubanerInnen darüber im Klaren, daß nicht viele Staaten der Hemisphäre kostenlose Gesundheitsfürsorge und Ausbildung garantieren. Sie wissen zu schätzen, daß weißer Rassedünkel und Rassismus zumindest in der jungen Generation (im krassen Gegensatz zum Rest des Kontinentes) keine zentralen Probleme mehr sind und daß der Staat eine Zweierbeziehung juristisch als Ehe anerkennt, sobald zwei ZeugInnen bekunden, daß die entsprechenden Personen liiert sind. Auch die Tatsache, daß mehr als dreiviertel der an der juristischen Fakultät Studierenden Frauen sind, und darum Cubas Richter in Zukunft eher Richterinnen sein werden, wirft ein Licht darauf, daß sich das Konzept gesellschaftlicher Entwicklung Cubas nicht ausschließlich in Import- und Exportquoten bemessen läßt.

Ob noch Zeit bleibt, das, was der Präsident des SchriftstellerInnen-Verbandes Abel Prieto „bittere aber notwendige Erfahrungen" nennt, konstruktiv in eine cubanische Zukunft (ohne Fidel Castro) einzubringen, oder ob die unabhängige Palmeninsel mit ihrem Gerechtigkeitsprojekt dem ökonomischen Würgegriff zum Opfer fällt, ist eine offene Frage. Daß die Kritik der Revolutionäre an der Revolution spät kommt, ist nicht unbedingt verwerflich — Hauptsache ist, sie wird überhaupt geleistet. Und auf die Frage, weshalb die schleichende „Russifizierung" der cubanischen Gesellschaft in den späten 60er und frühen 70er Jahren den Prozeß innerer Befreiung so lange bremste, bedient sich Esther Pérez Pérez, Vizepräsidentin der *Casa de las Americas*, einer historischen Anleihe: „Ihr in der BRD müßtet doch eigentlich wissen", erklärt sie, „daß die Hilfspakete nicht alleine kommen".

Michael Werz

LITERATUR:

Bettelheim, Castro, Guevara, Mandel, Mora, *Wertgesetz, Planung und Bewußtsein — Die Planungsdebatte in Cuba*, Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritk 1969.

Kursbuch 18 — Cuba, Frankfurt/M. 1969.

Iván de la Nuez, *Democrates Alter? Zum halben Jahrtausend und den 500 kommenden Jahren*, *Perspektiven* No. 9, Frankfurt/M. 1991.

Régis Debray, *Revolution in der Revolution*, München: Trikont Verlag 1967.

Adolfo Sánchez Vázquez, *La situación de la filosofía en el mundo hispánico: El Marxismo en América Latina*, in: Temas. Estudios de la Cultura, No. 20, Revista Trimestral del Ministerio de la Cultura, La Haban, Cuba 1990.

Fernando Mires, *Die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika*, in: Lateinamerika — Analysen und Berichte 1, Berlin 1980.

Fidel Castro, div. in: *El pensamiento de Fidel Castro*, La Habana, Cuba 1990.

Gianna Miná, *Un encuentro con Fidel* (Entrevista), La Habana, Cuba 1987.

Carlos Tablada Pérez, *El pensamiento económico der Ernesto Che Guevara*, La Habana, Cuba 1987.

Fidel Aguirre (Ed.), Encuentro Continental sobre la deuda externa de América Latina, La Habana, Cuba 1989.

Fernando Gonzáles Rey, *El individuo y su lugar en la sociedad socialista*, in: Revista Casa, Publicación de la Casa de las Américas, La Habana, Cuba 1990.

Angel Rama (Hg.), Der lange Kampf Lateinamerikas, Frankfurt 1982.

Sozial-ökologische Forschung

„Wer möchte aber einem Prügelmeister trauen, der Beherrschung der Kinder durch die Erwachsenen für den Sinn der Erziehung erklären würde? Ist nicht Erziehung vor allem die unerläßliche Ordnung des Verhältnisses zwischen den Generationen und also, wenn man von Beherrschung reden will, Beherrschung der Generationenverhältnisse und nicht der Kinder? Und so auch Technik nicht Naturbeherrschung: Beherrschung vom Verhältnis von Natur und Menschheit."

Diese Einsicht, die Walter Benjamin 1928 in der „Einbahnstraße" eher im Vorübergehen festhielt, kann als Leitmotiv angesehen werden, das die verschiedenen Beiträge des „Jahrbuchs für sozial-ökologische Forschung" durchzieht. Nicht in systematischer Form, sondern anhand vielfältiger Themenbereiche wird die „Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse" in den einzelnen Beiträgen beleuchtet. Gemeinsam ist den VerfasserInnen ihre Zugehörigkeit zum Institut für Soziale Ökologie (ISOE), das 1989 von Mitgliedern der seit Mitte der 80er Jahre bestehenden Arbeitsgruppe Soziale Ökologie als gemeinnützige GmbH begründet wurde, nachdem die Einrichtung eines unabhängigen hessischen Landesinstituts am Einspruch der CDU/FDP-Landesregierung unter Walter Wallmann gescheitert war. Die interdisziplinär ausgerichtete Arbeit des ISOE vereint WissenschaftlerInnen mit sozial-, kultur- und naturwissenschaftlicher Ausbildung.

Einen Schwerpunkt des Jahrbuchs bilden Studien zu aktuellen sozial-ökologischen Krisenlagen, wie Wasser und Müll, aber auch eine Problematisierung der verbreiteten Grenzwert- und Risikodiskussion. Ein weiterer Akzent liegt auf dem Versuch, aus den Defiziten gängiger Sozialwissenschaften Kriterien für eine angemessene Beschreibung gegenwärtiger gesellschaftlicher Krisenerfahrungen zu gewinnen, die auch die zwiespältige Rolle von Wissenschaft berücksichtigt. Daneben finden sich Beiträge zum Zusammenhang von Ökologie, Evolution und Erziehung in der „Dritten Welt", eine Untersuchung zu Ansätzen einer Ökologie von rechts und eine medienanalytische Studie zu Leitbildern in der Frauenbewegung.

Die Buntheit der versammelten Texte trifft ein Charakteristikum des Projekts Soziale Ökologie: Beharrliche Durcharbeitung des Materials steht an Stelle voreiliger Systematisierung und spektakulärer Großtheorien. Sozial-ökologische Forschung ist ein interdisziplinäres, arbeitsteiliges, längerfristiges, auf Kommunikation angelegtes Projekt. In der Einleitung schreibt Egon Becker: „Soziale Ökologie kann nicht mit der Einheit eines Gegenstandsbereichs argumentieren und darüber sich selbst als Wissenschaft begründen; sie muß vielmehr durch heterogene Problemfelder, ein breites Spektrum wissenschaftlicher und politischer Perspektiven — von der feministischen Kritik bis zur naturwissenschaftlichen Laborforschung — nach und nach Konturen eines Krisenzusammenhangs herausarbeiten — eben jener Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse . . ." (13/14)

Schon dem Titel nach nährt das Jahrbuch einen Verdacht, der sich beim ersten Durchblättern rasch bestätigt: Es ist ein Recycling-Produkt im besten Sinne. Teilweise in überarbeiteter Form sind hier Beiträge zusammengestellt, die im Zuge sozial-ökologischer Forschungstätigkeit angefertigt wurden. Bis auf wenige Ausnahmen entstanden die Texte im vergangenen Jahr. Das Spektrum reicht vom publizierten Aufsatz über Vorträge bis hin zum Projektantrag. So dokumentieren diese Texte die Themenvielfalt sozial-ökologischer Forschung ebenso, wie sie auch einen Einblick in die Arbeitsweise eines außeruniversitären, unter dem Zwang völliger Drittmittelfinanzierung stehenden Instituts zulassen. Im folgenden möchte ich drei Beiträge näher vorstellen.

In seinem Beitrag zum „Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung" bemüht sich Thomas Jahn um eine Klärung der theoretischen Voraussetzungen sozial-ökologischer Forschung. Zugleich läßt seine Darstellung die Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse erkennbar werden. In Abgrenzung zu anderen Zugangsweisen führt Thomas Jahn die Wahl der Natur/Gesellschaftsdifferenz als „Leitdifferenz" sozial-ökologischer Forschung aus. Mit dieser Formulierung soll deutlich gemacht werden, daß es nicht um das Verhältnis zweier selbständiger Bereiche geht, sondern daß die erkannte und angeeignete Natur vielfältigen gesellschaftlichen Ausdeutungen unterworfen ist, wie auch das gesellschaftliche Leben auf der gelungenen Regulierung basaler Naturverhältnisse wie Ernährung, Sicherung der Gesundheit, Fortpflanzung und Arbeit beruht. Die Beschreibung ökologischer Gefährdungslagen als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist von der Absicht getragen, diese Verhältnisse sowohl nach der Seite der kulturellen Symbolisierung als auch nach der der materiellen und sozialen Regulierung hin in den Blick zu bekommen. Überwunden werden soll so einerseits der Naturalismus ökosystemtheoretischer Ansätze, denen Natur zum überhistorischen Meta-Subjekt gerät, andererseits die Verkürzung sozialwissenschaftlicher Beschreibungen, die krisenhafte Erscheinungen nur innergesellschaftlich auf der Ebene der Symbolisierungen (Kommunikation, System oder Differenzierung) fassen kann. Für das Vorgehen sozial-ökologischer Forschung ergibt sich daraus, daß neben die interdisziplinäre Bearbeitung aktueller sozial-ökologischer Problemlagen auch eine rekonstruktive Wissenschaftsforschung treten muß, die die vorwiegend in Natur- und Technikwissenschaften eingelassenen hegemonialen Naturbilder freilegt und einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung zugänglich

macht.

Zudem gilt es festzuhalten, daß den wissenschaftlichen Krisenbeschreibungen immer auch gesellschaftliche Krisenerfahrungen gegenüberstehen, die diesen in der Regel sogar vorausgehen. Allerdings zerschellt bislang der aus diesen Erfahrungen resultierende Protest an der „technologischen, selbstbezüglichen Abschottung" von „Politik, Wissenschaft und Ökonomie" (23). Die politische Perspektive sozial-ökologischer Forschung besteht daher in der Ausarbeitung neuartiger Verfahrensweisen und der Ausbildung politischer Allianzen im Zwischenbereich von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, die dazu geeignet sind, hegemoniale wissenschaftliche Deutungsmonopole aufzubrechen.

Egon Becker entwirft in seinem Beitrag „Transformationskern und kulturelle Hülle" das schöne Bild einer gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik, die im „scientific-industrial-bureaucratic complex" Elemente der verschiedensten Wissenschaften und gesellschaftlichen (Sub-)Systeme zu einem Kern verschmilzt. Daß dieses Bild gängigen Beschreibungen Hohn spricht, die die Welt als Funktionsdifferenzierung begreifen wollen, sei nur am Rande erwähnt. Egon Becker führt aus, wie dieser Kern sich quer durch die Institution Hochschule frißt und Aufspaltungen bis in die einzelnen Fächer hinein bewirkt. Im Inneren des Kerns entsteht ein neues hegemoniales Wissenschaftskonzept, das auch die Basis neuer gesellschaftlicher Naturverhältnisse abgibt. Brisant ist dabei, daß nicht mehr nur die Anwendung wissenschaftlichen Wissens unter der Herrschaft ökonomischer Interessen steht, sondern dieser Prozeß auf eine „Technisierung und Ökonomisierung der Grundlagen moderner ‚Innovationswissenschaften' (wie Molekularbiologie oder Informatik) und der damit festgelegten selektiven Praxisbezüge" hinausläuft (197).

Peter Wehlings Beitrag beschäftigt sich mit der brisanten Frage, wie über die Koppelung von Ökologie und Nation rechtsextreme Deutungsmuster in den Ökologiediskurs Eingang finden können. Über die Konstruktionen von Nation als „ökologischer Schicksalsgemeinschaft" bzw. „Umweltschutz als nationaler Aufgabe" wird Ökologie zur „naturalistischen Krisen- und Ordnungsmetapher" (144). Die Verschiebung von Ökologie auf die kulturelle und nationale Identität und die Konzeption von Volk als Öko-System schafft den Raum für einen aggressiven Rassismus. Dabei gelingt es dem ‚modernisierten' Rechtsradikalismus, „aktuellen gesellschaftlichen Krisenerfahrungen einen sprachlichen und politischen Ausdruck in rechten Deutungsmustern zu verleihen, ohne unmittelbar an die stigmatisierten Traditionsbestände des Nationalsozialsmus anzuknüpfen" (146). Über die unmittelbaren Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und Gruppierungen hinaus bietet die politische Verbindung von Ökologie und Nation einen Ansatzpunkt für eine Rekonstruktion und Sinngebung des Nationalen. Die Transformation des ökologischen Krisendiskurses in einen ethisch-kulturellen Verantwortungsdiskurs bezeichnet eine Einbruchstelle durch die autoritäre Legitimationsmuster in den Bereich der politischen Mehrheitskultur eindringen können.

Immanuel Stieß

Egon Becker (Hrsg.), Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990, Frankfurt (Verlag für Interkulturelle Kommunikation) 1991, 214 Seiten.
Erhältlich über IKO-Verlag, Postfach 900965, 6000 Frankfurt/Main 90

Brief aus Leipzig

Abwicklung, die 2te

Endlich zieht wieder Zucht und Ordnung ein an der Leipziger Uni. Noch selbst vollbracht worden ist im Februar ein emanzipatorischer Akt: die Befreiung vom 28 Jahre lang nur mit grimmiger Begeisterung ertragenen Namen „Karl Marx". Mal sehen, ob es belohnt wird von der westdeutschen Besatzungsmacht.

Diese schickt erstmal solche Offiziere, die mit angemessener Deutlichkeit die neue Linie vermitteln. Etwa Prof. Krause von der Uni Trier zum Neuaufbau der Leipziger Juristenfakultät. Sinnfällig spricht der von zu erwartenden „Hinrichtungen" mit Blick auf den 30. Juni, dem Auslaufen der Zeitverträge der MitarbeiterInnen.

Wohl um nicht über Gebühr Verständigungsschwierigkeiten zu provozieren, wurde mit Krause ein Mann entsandt, der fachlich nicht allzuviel drauf hat. In der Literatur ist er kaum vertreten und in Trier trägt er unter StudentInnen den Beinamen „das Ekel". In Seminaren hat er die Eigenart, unbeherrscht und intolerant zu reagieren. Da wirft Krause schon mal mit Büchern nach Leuten, die nicht seiner Meinung sind. Das ist der richtige Mann für die nach neuen Autoritäten lechzenden Ossis.

So ertrugen denn auch die Leipziger Juralehrkräfte demütig das einleitende Tribunal unter dem Vorsitzenden Richter Krause, der auch gleich die Anklage übernommen hatte. Bezugnehmend auf eine Doktorandin sprach er von „Weibern, die mit ihren zwei Kindern hier ja doch nur faulenzen". Eine Mitarbeiterin der Fakultät, die mit einem Russen verheiratet ist, soll seit einem Wortwechsel mit dem Gründungsdekan darüber nachdenken, was sie hier an einer deutschen Universität überhaupt wolle.

Verteidigung gibt's nur im Rechtsstaat, und die Angeklagten zeigten, daß sie begriffen haben, wo sie leben, indem sie auf solche verzichteten. Außerdem schätzten sie wohl auch ihre Fähigkeiten realistisch ein. Hatten sie es doch seinerzeit noch nicht mal fertiggebracht, die sich aus der Feststellungsklage gegen die Abwicklung ergebende aufschiebende Wirkung durchzusetzen, geschweige denn, beim Verwaltungsgericht eine Verhandlung zu erwirken. Die protestierenden StudentInnen waren damals fast geneigt, sich der *FAZ* anzuschließen: „Lieber abwickeln".

Schwierig nun nur der Umgang mit einem solchen Gründungsdekan für Leute, die schon länger eher zur Aufmüpfigkeit neigen. Durch einen administrativen Akt war das Institut für Internationale Studien (IIS) der Konkursmasse der realsozialistischen Leipziger Juristerei zugeschlagen worden. Die Verbindung zwischen beiden stellt sich eher mühsam nur über das Völkerrecht her. Folglich hatte Krause keine Ahnung, wer da vor ihm sitzt in der MitarbeiterInnen-VV des IIS. Seit Jahren arbeiten etwa die Professoren Poeggel und Kleinwächter für die UNO und UNESCO. Poeggel war bereits vor zwölf Monaten durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft „positiv" begutachtet worden und nahm 1990 eine Gastprofessur in Bochum wahr.

Doch beflügelt durch die Zahmheit der JuristInnen tags zuvor und ungetrübt von Sachkenntnis bezeichnete Krause das Institut als eine „Leiche". Dessen international anerkannte Friedensforschung ginge ihn „einen Dreck an". Poeggel wiederum wollte das Schmeckerchen dieser Brandrede der Nachwelt erhalten. Als Krause das auf der Hörsaalbank stehende Diktiergerät bemerkte, ging er mit den Worten „Das sind ja Stasi-Methoden!" (bei der Stasi waren die Aufnahmegeräte allerdings selten sichtbar) und „Sie sind ein Nichts!" auf Poeggel los. Für ein kleines Handgemenge war er sich nicht zu fein. Dann hatte er das beweislastige Gerät in seiner Hand. Den Widerstand der international-reputierten Professoren kommentierte er mit „Aufstand der Zwerge". Sämtlichen MitarbeiterInnen sprach er kurzerhand „Leistungswillen und Leistungsfähigkeit" ab.

Inzwischen wurde deutlich, daß zumindest Sachkenntnis nicht die Grundlage seiner Einschätzungen ist. Auf Journalistennachfrage kündigte er plötzlich maßvolles Vorgehen an: Er wolle niemandem Unfähigkeit vorwerfen, denn für solch eine Beurteilung müsse er erst einmal etwas von den Leuten hier lesen.

Peer Pasternack (Leipzig)

Feminisierung des Ghettos oder Ghettoisierung des Feminismus?

Zur politischen Analyse feministischer Strategien an der Universität

Nina Chruschtschowa, Dr. der Sozialwissenschaften, 1964 im Kreis französischer Mannequins.

Anfang des Jahres fand in Frankfurt der vom AStA/Linke Liste veranstaltete Kongreß „Hochschule und Gesellschaft" statt.

Die Absage, die der Konvent dem Frauenförderplan erteilt hatte, und die wiederauflebende Diskussion um feministische Strategien an der Universität waren der Anlaß, im Frauenforum des Kongresses das Verhältnis der Forderung nach einem gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen und radikaler, feministisch inspirierter Institutionenkritik zu debattieren.

Ohne die Gleichheitsforderung vorab zu diffamieren, sollten ihre Grenzen ins Auge gefaßt werden: Die Organisatorinnen des Forums hatten die Mitarbeiterin einer universitären feministischen Forschungsgruppe gebeten, die Chancen, die die Institutionalisierung feministischer Forschung möglicherweise bietet, darzulegen. Sie sagte nach der Lektüre der Forumsankündigung wieder ab.

Einzige Referentin des Frauenforums war somit Ilse Bindseil. Ihre Kritik am akademischen Feminismus, der, gerade in seinem Bestreben, die Universität zu feminisieren, sich deren Regeln gehörig füge, der ein Beispiel für „künstliche Produktdifferenzierung" auch innerhalb der Wissenschaften sei, löste bei den Zuhörerinnen — zunächst — weder Empörung noch emphatische Zustimmung aus. Die Reaktionen waren verhalten: Leise Verblüffung, vorsichtige Zustimmung charakterisierten die anschließende Diskussion.

Nachmittags hatte sich die Zahl der Teilnehmerinnen fast verdoppelt. Die Kontroverse entzündete sich nun an der Frage, ob das am Vorabend über dem Golfkrieg brütende Podium durch einen feministischen Beitrag des bloßen akademischen Raisonnements hätte überführt werden können. Zwei Positionen kristallisierten sich heraus: die einen betrachteten die Nicht-Teilnahme von Feministinnen als ein Zeichen der Schwäche und erkannten darin das verinnerlichte Gebot, daß Frauen in der Öffentlichkeit zu schweigen hätten. Die anderen bezweifelten, ob eine feministische Kritik, vom Podium, also in diesem Fall: dem Ort der Macht, aus vorgetragen, die Form der Veranstaltung, die den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern den Status von Experten, den Zuhörerinnen und Zuhörern den Status von zu Belehrenden zuweist, hätte sprengen können.

Diese beiden Positionen erwiesen sich im weiteren Verlauf der Diskussion als exemplarisch. Ihnen liegen kontroverse Einschätzungen dessen zugrunde, was feministische Inhalte, einmal in gesellschaftlich vorgegebene Formen gegossen, dort noch anrichten können.

Den Vortrag Ilse Bindseils wollen wir unseren LeserInnen nicht vorenthalten:

Meine Erfahrung mit der Universität ist eher sporadisch und theoretisch als routiniert und empiriegesättigt. Ich bin Lehrerin an einer Berliner Gesamtschule, die das Abitur keineswegs als einziges Bildungsziel und die Vorbereitung auf die Universität durchaus nicht als einzige Aufgabe kennt. Daneben beschäftige ich mich mit Gesellschaftstheorie und schreibe sogenannte schöne Literatur. Ungeachtet geradezu utopischer Studienbedingungen und Lehrmöglichkeiten im elfenbeinernen Turm des religionswissenschaftlichen Instituts der Freien Universität Berlin ist die Universität für mich immer eher ein Gegenstand als ein Ort der Reflexion gewesen. Indem ich meine drei jüngsten Begegnungen mit ihr und dem Thema Frauen und Universität zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen nehme, will ich versuchen, meinen Reflexionsmodus nachvollziehbar oder, sagen wir es einmal so, die Nahtstelle zwischen Aversion und Erfahrung sichtbar zu machen, die für mein Verhältnis zur Universität konstitutiv ist. Denn anders als beispielsweise in meinem ebenfalls äußerst idiosynkratischen Verhältnis zum Feminismus, wo jede Abgrenzung mich zwangsläufig dazu treibt, meinen eigenen Feminismus zu entdecken und dagegenzusetzen, habe ich im Fall der Universität — von frühen halluzinativen Verirrungen der höheren Tochter einmal abgesehen — nie einen Augenblick daran gezweifelt, daß sie nicht meine Sache ist, daß sie zum Denken keineswegs so unvermeidlich gehört wie zur Geschlechtsbestimmung weiblich die Frau. Und es mag vielleicht diese im endlosen Balancierungsakt erlebte und realisierte, gewissermaßen komplementäre Doppelerfahrung sein, die mich für das Kongreßthema ein wenig legitimiert.

Daß ich bei der Einladung so selbstverständlich ja sagte, geschah nicht zuletzt auf Grund einer Verwechslung, einer unwillkürlichen Ineinsetzung dieses Ereignisses hier mit einem anderen, nicht zustande gekommenen in Berlin: der geplanten Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Frauenförderungsstelle an der Freien Universität im vergangenen Sommer. Auf ihr — daran war einen Moment lang gedacht worden — sollte, anstatt immer nur für akademische Frauenkarrieren zu kämpfen, über den Nutzen dieses Kampfes für Karrierefrauen wenigstens einen besinnungsträchtigen Augenblick lang nachgedacht werden. Die Veranstaltung kam dann nicht beziehungsweise nur in Form einer ‚stummen' Ausstellung zustande, und mein Vortrag blieb auf dem Papier. Es war mir nichts Besseres eingefallen, als unter dem Titel „Frauen und Gleichstellung" ein Pastiche auf Virginia Woolfs Vortrag „Frauen und Fiction" — dargestellt in ihrem Buch „ Ein Zimmer für sich allein" — zu machen, wobei ich die lautmalende Pornographie des von ihr eher weitläufig umwanderten als konkret bearbeiteten Themas „Frauen und *Fiction*" und zugleich die krude Obszönität von „Frauen und *Gleichstellung*" gehörig herauszuarbeiten suchte und ansonsten — typisch Frau — peremptorische Souveränität und Autonomie demonstrierte, wo sachlicher Ernst, tiefgründige Beschränkung aufs Mögliche am Platz gewesen wäre. Daß die Veranstaltung nicht in einer Weise stattfand, auf der meine feierlich formulierte Absage an sie Verwendung finden konnte, empfand ich, obwohl ich sie niemandem zur Kenntnis gebracht hatte, innerlich doch als gehörige Zurechtweisung. Bedeutete die Tatsache, daß ich mich über ein Thema, zu dem mir nichts einfiel, immerhin lustig machen konnte, offensichtlich noch lange nicht, daß andere nach dem Sich-lustig-Machen als nach dem entscheidenden befreienden Ausweg verlangten.

Das war meine vorletzte Begegnung mit der Universität. Meine vorvorletzte fand — im Wortsinn — 1989 auf dem Kongreß von Literaturwissenschaftlerinnen in Paderborn statt, auf dessen Schlußveranstaltung es zum einen zu einer Peinlichkeit und zum andern zu einem Eklat kam. Beide Vorfälle — und deshalb übergehe ich auch den einen nicht, um nur den anderen in voller Breite zu würdigen —, bei aller Verschiedenheit zeugten beide Vorfälle doch von der gleichen Blindheit gegenüber den Determinanten des eigenen Geschlechts beziehungsweise des eigenen Tuns. Die — im Prinzip sicherlich nicht selten auftretende — Peinlichkeit bestand darin, daß in der Hitze der Diskussion und im Eifer um den Platz auf der Rednerinnenliste eine sorgfältig gestylte Frau mit dem empörten Ruf „Typen raus" vom Mikrophon und aus dem Saal gescheucht werden sollte. Das kollektive Erschrecken gleich darauf, der Ruck, der durch die zahlreiche, ausnahmslos weibliche Zuhörerschaft ging, bewies, daß für einen Augenblick wie durch einen Blitz die Abgründe der Frauenbewegung ausgeleuchtet worden waren, traf das Verdikt „Mann" doch die von letzterer zum „Coming out" allererst ermutigte, ja als Leitfigur installierte lesbische Frau. Soviel zur Peinlichkeit. Der Eklat seinerseits entstand, als eine Gruppe unzufriedener Studentinnen, die sich in der Nacht zuvor in der Paderborner Jugendherberge zusammengerottet hatten, in einer mit Empörung, aber in makellosem Theoriedeutsch vorgetragenen Resolution gegen das angeblich akademische und autoritäre Gehabe der Kongreßleitung protestierte. Der von ihnen inszenierte, von den Adressatinnen auch bereitwillig so empfundene Skandal enthüllte nichts anderes als den fatalen Wiederholungszwang, der den Rhythmus von Protest und Affirmation bestimmt. Bereits nach der ersten Gegenattacke räumten die Studentinnen bereitwillig ein, daß es natürlich einen immensen Erfahrungs-, einen immensen Wissensabstand zwischen der ersten Generation akademischer Feministinnen und ihrer eigenen gäbe, und verlangten lediglich, dafür ultimativ, eine pädagogisch angemessenere Behandlung. Keine von ihnen kam auf die Idee, den Spieß umzudrehen und den Vorsprung an Wissen und Erfahrung, den die Kongreßveranstalterinnen gegenüber den studentischen Teilnehmerinnen reklamierten, als einen schlagenden Beweis für die notwendigerweise stattgehabte Unterwerfung, Verdummung, Versteinerung, den notwendig vorauszusetzenden verächtlichen Kotau vor den Schranken der Institutionen, den Schranken der Wirklichkeit zu werten, für ‚kriminellen Bankrott', schlechterdings nicht zu rechtfertigende Selbstbeschränkung, Selbstverstümmelung, für Revolutionsunfähigkeit, hartnäckigen Klassendünkel, Anpassung, theoretische und praktische. Kurz: Integration in das, was man früher das herrschende System nannte und wozu es dem herrschenden Denken zufolge allenfalls noch eine, dazu als Leerstelle ausgewiesene geheimnisvolle Differenz gibt. Keine von ihnen kam auf die Idee, aus dem bloßen Legitimitätsanspruch der ‚gestandenen', das heißt in der Auseinandersetzung mit den Institutionen erprobten Frauen ihre Illegitimität abzuleiten, sie, aus dem simplen Grund ihres Gestandenseins, das heißt der von ihnen unvermeidlich vollzogenen Kompromisse, innerlichen und äußerlichen Vorleistungen, zumindest rhetorisch ‚in die Wüste zu schicken'. Eine deprimierende Sekunde lang, bevor sie in die Rolle des schlecht behandelten Kindes zurückschlüpften, sah man das nackte Gesicht der künftigen Professorinnen. Sie hatten eben nicht nur ihre kritische Lektion gut gelernt, sondern vor allem das Lektionenlernen verinnerlicht. Sie würden es mit ‚ihren' Studentinnen einmal genauso machen. Wie man es macht, das wurde ihnen freilich exemplarisch vorgeführt, forderten die aktuellen Inhaberinnen professoraler Macht — und darin zeigte sich ihr wirklicher Vorsprung — doch nicht nur pädagogischen Gehorsam, sondern beriefen sich ausdrücklich auf den geschlossenen Pakt: mitgehangen, mitgefangen. Ihr habt den Lehrstuhl erkämpft, für euch machen wir doch die Arbeit, und nun fallt ihr uns in den Rücken![1]

Meine jüngste Begenung mit dem institutionalisierten Denken stellt die Lektüre von „Töchterfragen. NS-Frauen-Geschichte", herausgegeben von Lerke Gravenhorst und Carmen Tatschmurat, aus der Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie dar, einem höchst lesenswerten akademischen Wälzer, dessen ‚Wälzernatur', nämlich das Thema im wahrsten Sinne des Wortes hin und herwälzende Natur, genau das ist, worauf ich eingehen will, unternehmen erklärte Feministinnen hier doch den von ihnen selbst als gewagt und bedrohlich empfundenen Versuch, im Angesicht der sogenannten nationalsozialistischen Barbarei und des unvermeidlichen Anteils der Frauen an ihr patriarchale Sünden an die zweite Stelle auf der Unrechtsskala zu rücken beziehungsweise — in unverstelltem SoziologInnendeutsch — „feministisch naheliegenden Prioritäten ... einen

zweiten Platz zuzuweisen" (Gravenhorst, 19). Diese Anstrengung hat zugleich etwas von der Steinrollbewegung des Sisyphus und der leerlaufenden Eirollbewegung der Graugans. Mit der ersteren teilt sie den existentialistischen, mit der letzten eher den parodistischen Ernst, diese schattenspielhafte Auseinandersetzung mit einem — wie sagt der speziell von uns Frauen hochverehrte Walter Benjamin? — „unwiederbringlich verlorenen" Objekt, in die die Wissenschaft gerade da, wo sie über ihren ideologischen und ökonomischen Schatten zu springen versucht, so gern verfällt. Unbedingt sisyphushaft, daß einem der Schweiß noch bei der Lektüre auf der Stirn perlt, ist die Arbeit des Hinaufstemmens oder des Sichdurchringens bis zu jenem Punkt, wo die Einsicht möglich und das Eingeständnis unvermeidlich ist, daß — und ich bitte auf die Formulierung zu achten, die zeigt, daß die Wissenschaft wieder einmal eher als Absicherungs- denn als Erkenntnisinstrument herhalten muß —, die also zeigt, daß „im engeren oder weiteren Geschichtszusammenhang der NS-Verbrechen ... die Bedeutung ... der Schuld der Gruppe der Frauen ... zentraler sein (muß) als die Bedeutung des patriarchal organisierten Schuldunterschiedes zwischen den Geschlechtern, das heißt, der relativ geringeren Schuld von Frauen" (Gravenhorst). Oben angekommen, vor der allerdings blendenden, aber weniger befreienden als zutiefst beklemmenden Aussicht auf die Folgen, die der tapfer geleistete, dabei merkwürdig verklausulierte, nicht geradezu rückgängig, aber nahezu unkenntlich gemachte Durchbruch, die mutige, dabei merkwürdig entfremdete Selbstüberwindung für den Feminismus im Ganzen, die Einschätzung seiner von nun an im Grunde nicht mehr auszublendenden ideologischen, auf Rechtfertigung und Beschönigung, nicht nur auf Entlarvung und Wahrheitsfindung gerichteten Charakters hat, vor dieser Aussicht — und das wirft ein interessantes Licht auch auf Sisyphus — bleibt im Grunde gar nichts anderes übrig, als den Stein wieder hinunterzurollen. Nicht, um es sich im behaglichen Nest des Feminismus erneut gemütlich zu machen — o nein, verloren ist verloren —, sondern um ihn in jener charakteristischen Anstrengung, die im Existentialismus Karriere gemacht hat, wieder hinaufzustemmen. Das heißt, den Feminismus erneut und mit dem ganzen Aplomb dessen, der über seinen Schatten springen muß, in die Schranken von Wissenschaft und Moral zu weisen. An dieser Stelle wird das Bild des Sisyphus unversehens von dem der Graugans überblendet, die die an sich selbstverständliche und sinnvolle Bewegung, mit der sie das vom Hinausfallen bedrohte Ei ins Zentrum des Nestes zurückzurollen pflegt, auch im denkbar unsinnigsten Zusammenhang noch, nachdem nämlich das Ei längst hinausgerollt ist, vollzieht: Feministische „Prioritäten" in Zweifel zu ziehen, sie in unverstellte Konkurrenz mit anderen, unmittelbar als solche empfundenen „Prioritäten" treten zu lassen, hat ja nur dann einen Sinn, wenn jeweils das Ganze des Prius infrage steht. Hier dagegen wurde, was durch die offene Konkurrenz der Prioritäten tatsächlich an relationalem Zusammenhang gewonnen wird, längst bereits mit einer um so systematischeren Abtrennung und Abgrenzung an anderer Stelle bezahlt: Ausdrücklich nur im Ausnahmefall des Nationalsozialismus wird für eine Verschiebung der Prioritäten plädiert. Die als Ausnahmefall stilisierte Konzession aber hat nicht mehr und nicht weniger zur Folge, als daß der Nationalsozialismus ebenso ausdrücklich aus dem Erkenntniszusammenhang herausgenommen wird, wie er zuvor durch die wissenschaftliche Fragestellung doch in ihn hineingestellt werden sollte. Die Konsequenz ist Enthistorisierung auf der ganzen Linie ihrer Erscheinungsformen: Auschwitz wird als das „existentiellste Ergebnis der NS-Geschichte" (Gravenhorst, 27), die Relativierung feministischer Prioritäten durch Auschwitz als ein „moralisches" Muß, der aufzudeckende Anteil der Frauen am Nationalsozialismus vorrangig als „Schuld" deklariert. Nicht um die Radikalisierung einer ansonsten eher moderaten wissenschaftlichen Haltung geht es dabei offenbar, sondern darum, zu verhindern, daß die Anstrengung Folgen hat, die den Mut übersteigen; möchte es doch nicht unmöglich sein, daß, so wie der Nationalsozialismus samt Auschwitz in einen historischen Zusammenhang gehört, der mit Bruch allein nicht, sondern ebenso mit Kontinuität zu erklären ist, auch die nationalsozialistischen Frauen in einen übergreifenden historischen Zusammenhang gehören, der nur durch eine wissenschaftlich und lebenspraktisch ruinöse Verdrängungshaltung aus dem Bewußtsein ausgeschlossen werden kann. Mir will es nämlich scheinen, als wenn das Eingeständnis einer wie immer auch punktuellen, lediglich am extremen Beispiel von Auschwitz vollzogenen Umkehrung der „Prioritäten" notwendig einen Scherbenhaufen an der gesamten feministischen „Forschungsfront" produziert, den — bei allem Mut zur Revision — *nicht* als solchen ins Auge zu fassen erst die unmenschliche Anstrengung, jenes schier übermenschliche Quantum an Pein und Mühe und auch unverkennbar Mut verlangt, von dem „Töchterfragen ..." speziell in seinen programmatischen Teilen zeugt. Diese Anstrengung, die es kostet, *nicht* weiterzufragen, und also etwa zu fragen, worin — gesetzt den Fall, die Bundesrepublik, was ja rein genealogisch unvermeidlich ist, wäre in gewisser Weise der Erbe des Nationalsozialismus — die mögliche und möglicherweise ebenso unvermeidliche Kollaboration der Frauen mit dem Nachfolgestaat des Dritten Reichs und worin, weiter, aber nicht weniger zwangsläufig gefragt — da die bundesrepublikanischen Frauen seit zwanzig Jahren wesentlich vom Feminismus geprägt sind — etwa die mit dem Nachfolgestaat des Nationalsozialismus kollaborierende Leistung des Feminismus steckt ..., all diese, sich zwangsläufig anschließenden Fragen — dem erklärten Bekenntnisanspruch, dem Nun-muß-die-Wahrheit-auf-den-Tisch-Pathos zum Trotz — gerade *nicht* zu stellen, geschweige denn zu beantworten. Also an der Vergangenheit Kritik zu üben, ohne die Illusion über die Gegenwart zu zerstören, die Aufbruchswonne unserer Mütter zu geißeln, ohne die eigene Aufbruchswonne madig zu machen, das kostet eine Anstrengung, die auf die Wissenschaftspraxis zurückschlägt: hat es doch den Anschein, als hätte der immer noch vergleichsweise junge Feminismus es in aberwitzig kurzer Zeit geschafft, genauso viele Denkhindernisse, Denkhemmnisse, einen solchen turmhohen Berg von Geröll, Wissenschaftsgeröll, Denkschrott aufzutürmen, wie die patriarchalische Wissenschaft vor allem im letzten Jahrhundert. Durch die in lediglich zwanzig Jahren aufgetürmten feministischen Denkhindernisse hindurch, streng wissenschaftlich, aber nicht ohne Zuhilfenahme moralischer Kriterien zu einer so ungeheuer simplen, im feierlichen Deklarieren im Gegenteil schon wieder verdächtig werdenden These zu kommen wie der, daß das geschlechtsunspezifische Verbrechen im Nationalsozialismus schwerer wiege als das geschlechtsspezifische, erfordert im Grunde eine nicht geringere Anstrengung als die, der Germanistikstudenten damals in der Blütezeit der APO sich unterzogen, als sie es im Rahmen der Kritischen Universität unter-

aufruhr

widerstand gegen repression und §129a

Zusammengestellt und bearbeitet von der Gruppe *wüster haufen*

Mit Beiträgen von:
Falco Werkentin, Heinz Giehring, Josef Gräßle-Münscher, Peter Zinke, Nikolaus Tiling, Dieter Hummel, Fritz Storim, Ruth Stiasny, Antifa-Soligruppe Hamburg, Antifa-Prozeßgruppe Hamburg, Andrea Sievering, Christian Kluth, Luitgard Hornstein, Rico Prauss, Eberhard Schultz, Oliver Tolmein, Bunte Hilfe Nürnberg

300 Seiten, DM 26,–

Herausgeber:
ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam

Bestellungen an:
AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorferstraße 8
1000 Berlin 19
030-322 71 17

Desweiteren zum Thema erschienen:
Schwarze Texte, Politische Zensur in der BRD von 68 bis heute. Zensur gegen linke Buchläden, Verlage, Zeitschriften etc.
168 Seiten (A4), DM 18,–

nahmen, die wissenschaftliche Kleistliteratur seit der Reichsgründung einer kritischen Lektüre zu unterziehen und zu dem Ergebnis kamen, daß die Germanistik, wenn sie mit immer dem gleichen Brustton sich bald liberal, bald national, bald nationalliberal, bald preußisch, nationalsozialistisch, existentialistisch, bald heroisch, bald introvertiert, bald christlich geriert, nichts anderes als ein getreues Abbild des jeweils herrschenden Zeitgeists, nichts als der Kammerdiener der Herrschenden ist. An dieses Projekt von damals mußte ich bei der Lektüre von „Töchterfragen . . ." denken. Was für ein Schrotthaufen muß der wissenschaftliche Feminismus sein, sagte ich mir, wie im Kern destruktiv muß er sein, wenn es eine solch mörderische Anstrengung, eine solche Selbstverleugnung, ja innerliche Verbiegung, soviel lutherische Standfestigkeit und persönlichen Mut, soviel Angstschweiß statt Denkschweiß verlangt, gegen ihn auch nur das Geringste vorzubringen!

Dabei geht die Parallele zur APO noch weiter. Unser Fehler damals war ja die Blindheit für die eigene elitäre Verblendung. Sicherlich war das Bedürfnis, neben der vernichtenden Kritik des Wissenschaftsbetriebs das Bild einer idealen, von uns selbst — das Wort „Seminarmarxisten" wurde nicht durch Zufall zu einem der beliebtesten Schimpfworte — ins Werk zu setzenden Wissenschaft zu konservieren, erheblich. Uff, haben wir gestöhnt, wenn wir wieder einen Wissenschaftler überführt hatten. Uff, seufzen kritische Feministinnen, wenn sie es endlich geschafft haben, trotz der leicht zu antizipierenden Buhrufe, der unübersehbaren Konsternierung der feministischen Öffentlichkeit, einer an sich selbstverständlichen Einsicht, noch dazu unter einem gewaltigen Zoll an feministisch-wissenschaftskonformer Zurichtung und Deformation, dennoch Gehör zu verschaffen. Wenn sie es schon nicht aushalten, die Folgen ihrer teils naiv, teils unglaublich verklausuliert vorgetragenen Einsichten, und das heißt den gesamten Scherbenhaufen feministischer Theorie, ins Auge zu fassen, dann sollten sie wenigstens den fatalen Rhythmus, der die feministische Debatte ebenso wie alle anderen bürgerlichen Debatten beherrscht, vermerken: Nachdem der Feminismus seine — im Vergleich mit dem Zustand der Gesellschaft allerdings skandalöse — Aufbruchseuphorie hat austoben dürfen, kommt jetzt die Phase der Kritik: nicht eifernd, aber unerbittlich, die selbstgesetzten Schranken nie übersteigend, wird zum Rückzug geblasen, immer noch euphorisch ausgedrückt: das abstrakte Denken zur Vermittlung gezwungen. Wenn aber die Phase der abstrakten Negation — ‚frauentypisch' ins Gewand unbedingter Positivität gekleidet — so zwanghaft oder wahnhaft war, daß sie alles andere als Befreiung oder Wahrheit meinen konnte, dann können wir die anschließende Phase von Reue und Kritik doch unmöglich so ernst nehmen, wie sie daherkommt. Schließlich, was machen wir mit der dritten Phase, wenn sie kommt?

Sie ist bereits gekommen, und so will ich auf sie noch einen kurzen, und ich gebe zu ressentimentgeladenen Blick werfen; denn hier ist für mich die Grenze der ‚Begegnungen'. Um einem vielleicht sehr naheliegenden Irrtum vorzubeugen: Es geht nicht um das längst pluralistisch zurechtgebogene Argument, daß die Wissenschaft und also auch der akademische Feminismus, gar nicht anders kann, als auch ein Reflex seiner Zeit zu sein — und denk doch mal bitte darüber nach, liebe Frau, inwiefern das, was du sagst, selbst ein Reflex ist! —, so daß es also auf gut pluralistisch nur noch darauf ankäme, dies Reflexhafte, damit man es mitdenken kann, möglichst ungeniert zum Ausdruck zu bringen. Vielmehr geht es darum, daß die Wissenschaft und, wie mir scheint, auch der akademische Feminismus, in der Tat zu hundert Prozent aus Reflex, früher hätte man gesagt Ideologie, bestehen und exakt jenes Quentchen Reflexion vermissen lassen, das über die bloße eigene Reproduktion und Reproduktion des Zeitgeists hinaus erlaubt, einen Blick *auf* das eigene Tun, die eigene Zeit zu werfen. Bleibt dieses Quentchen aus, dann findet eben nicht recht und schlecht Wissenschaft, sondern bloß mehr oder weniger gutes Geldverdienen statt, erschöpft sich der atemberaubende Ablauf der Phasen in den Rhythmen von Buch- und Stellenmarkt, selbst das lutherische „Hier-stehe-ich" entpuppt sich allzuleicht als ein Antichambrieren vor den Toren der stellenbewehrten Institution. Nicht wird die Sache der Frauen schlecht vertreten — dann könnte man sie ja besser vertreten —, sondern streng nach dem modernen Vertretungsbegriff, wie die Reklame ihn in Reinform verkörpert, wird schlechthin alles, bloß keine Sache vertreten, kommt — unbedingte Anpassung, Mitmachen um jeden Lohn, die Grundorientierung auf Teilhabe, kommunikative und finanzielle Partizipation, einmal vorausgesetzt — jede spezifische Orientierung, jede Besonderung in Projekte, Forschungsprojekte und Sonderforschungsprojekte, gleichermaßen zupaß.

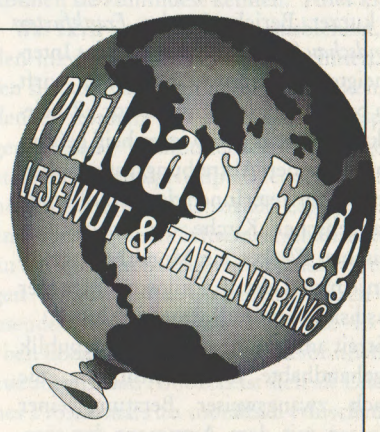
Und diese allgemeine Bereitschaft, die dank einer horizontalen Orientierung aufs Geld, das heißt in unserem Fall auf Teilhabe an der reproduktionssichernden Institution Universität, scheinbar keiner geschichtlichen Verankerung und inhaltlich-ideologischen Besonderung mehr bedarf, hat noch ihre spezifische Ideologie, ihren spezifischen Reflexcharakter, ihre spezifische Modernität: ist nicht das Allgemeine schlechthin, sondern Postmoderne, spezielle Strömung, nämlich das, was nach der Moderne kommt, ist dezidiert nicht mehr Marxismus — denn der war offenbar ‚modern' —, sondern Lacanismus, nicht mehr Klassen-, sondern Differenztheorie. Kann ich mich verständlich machen, wenn ich behaupte, daß ungleich mehr, als mich als Marxistin die Abkehr von Marx irritiert, dies Zugleich von äußerster Allgemeinheit und auch Prinzipienlosigkeit und engster, esoterischster, im wirklichen Sinn des Wortes Schmalspurphilosophie mich irritiert? Daß ich es, wenn ich, was nur in größeren Abständen geschieht, zu einem wissenschaftlichen Periodikum, einem echten Spiegel der Wissenschaft greife, es einfach nicht fassen kann, wenn ich sehe, daß der große, solidarische, umfassende, weltumspannende, klassenkampfübergreifende, wahrhaft universale Aufbruch der Frauen seine theoretische Heimat ausgerechnet im Differenzdenken gefunden hat, im Lacanismus, den, von allen anderen Lächerlichkeiten einmal abgesehen, doch gar niemand versteht — aber darauf komme ich noch —, der also, und hier kippt die Lächerlichkeit um, zur reinen Manövriermase wird, zum blanken Ausweis von Wissenschaftlichkeit, zum Entreebillet jener Geheimgesellschaft, als die die Universität sich, um ihre grenzenlose Vernutzungsbereitschaft gleichzeitig zu demonstrieren und zu bemänteln, sich noch immer präsentiert. So ging es mir, als ich das zweite Heft der akademischen Zeitschrift *Die Philosophin* vom Oktober 1990 durchblätterte, mehr auf der Suche nach Abwechslung übrigens als um mich ‚richtig' zu bilden, und auf ein ebenso entfaltetes wie von jeder Erinnerung, jeder geschichtlichen Erfahrung abgeschnittenes Panorama weniger weiblichen als vielmehr unbefangenen und unbelasteten wissenschaftlichen Denkens stieß, in dem scheinbar alles, aber auch alles — nur nicht die politische Ökonomie! — koexistiert, ja auf gar nicht so intrikate Weise zusammenhängt, und zwar vor allem die Hohlbegriffe des Poststrukturalismus mit den Hohlbegriffen der kritischen bürgerlichen Theorie: „So nehmen wir", heißt es in einem Bericht über die Frankfurter Frauenschule, „das Weibliche gewissermaßen als Verfahrensweise, welche dasjenige zum Sprechen bringen will/kann, was im Diskurs immer schon ausgeschlossen ist, die Heterogenität der Materie, das Halboffene, das Vermischte, das Poröse, das Flüssige, der Verweis des Lebens auf den Tod, des Einen immer schon auf den Anderen" (113); das Nicht-Identische, füge ich diskret hinzu. Und wo das Nicht-Identische just ante portas der neuen Begriffsvielfalt eben für Nichtidentisches verbleibt, da darf der speziell von uns Frauen hochverehrte Benjamin eintreten. In unmißverständlicher Abgrenzung gegen eine mögliche „Reaktualisierung des (im übrigen Hegelschen) Begriffs der bestimmten Negation" (103) wird der „Standpunkt der gescheiterten Gelegenheiten" (102), „magische Mimesis" propagiert — mit der gleichen Selbstverständlichkeit übrigens, als wäre das ein Ding, was man im nächsten Edekaladen kaufen kann, und das kann man wohl auch —, die aber als etwas präsentiert wird, was sich „viel früher schon bei Benjamin findet", nämlich als „‚Innewerdung', durch die ‚das Ausgegrenzte hereingeholt wird'" (ebd.). All dies übrigens in einem Kongreßbericht, wo, in einer wahrhaft überpersönlichen, historischen Fehlleistung, die österreichische Autorin unter Berufung auf den Selbstmord

der Radikalfeministin Claire Démar 1933 von einer „wegweisenden Sackgasse" (ebd.) spricht — einen besseren Ausdruck für die Zurichtung, die Walter Benjamin, ebenfalls unter Zuhilfenahme seines Selbstmords 1940, angetan wurde, für das Ineins zugleich des weiblichen zynischen Fortschrittswollens und trauernd-sentimentalen Verharrens, gibt es, denke ich, nicht als den einer „wegweisenden Sackgasse". Bei dem Versuch, mir das für mich rätselhafte Zugleich von äußerster Prinzipienlosigkeit und Verflachung und äußerster Spezialisierung und förmlich esoterischer Wissenschaft klarzumachen — ich ahnte bereits, daß es eine der längst fälligen Nachhilfe- und Nachholstunden nicht nur in Poststrukturalismus, sondern bereits in Strukturalismus kosten würde —, bekam ich im selben Heft der *Philosophin* unerwartete Hilfe. „Flache Feminismen" heißt ein Essay Friederike Hassauers, dem ein ausführliches biographisch-philosophisches Gespräch der Herausgeberin mit der Autorin beigefügt ist. Ich will gern zugeben, daß ich den Titel zuerst im kritischen Sinn mißverstand und ihn, als kritischen Titel, gleichzeitig streng und ein wenig — wie soll ich sagen? — abgedroschen, kalauerhaft fand, wegen des Stabreims und des höchst undialektischen „flach". Daß er ein wissenschaftliches Desiderat beschreibt, darauf wäre ich im Traum nicht gekommen.

Ich könnte nun ein ganzes Referat, nach Belieben auch ein ganzes Seminar gebrauchen, um die ideologische Arbeit vorzuführen, die in diesem knapp sechsseitigen Artikelchen steckt, und damit die Wissenschaftskritik an vorderster Front zu leisten, die auf diesem Kongreß vielleicht von mir erwartet wurde. Bei dem Stand der Zeit begnüge ich mich damit, von Friederike Hassauers Argumentation das hervorzuheben, was mir den erwähnten Aufschluß über das Zugleich von esoterischer und — ich nenne es einmal so hart — käuflicher Wissenschaft und Wissenschaftstheorie gab. Auch Friederike Hassauer ist die Doppelstrategie der Frauen aufgefallen, die ich in meinem Artikel „Die Frauen und die Universität" zum Angelpunkt meiner Überlegungen gemacht hatte: im Allgemeinen aufgehen und im Besonderen verharren zu wollen, etwas kalt gesagt, Stellen von der Universität zu beanspruchen, einerseits, weil sie genausogut wie die Männer sind, und andererseits, weil sie etwas von den Männern nicht zu vertretendes Besonderes sind. Letzteres wird von Hassauer als „tiefer Diskurs" bezeichnet und als eine der letzten Bastionen der Romantik verworfen, ersteres — und nun wird es heikel — ist im Grunde der angestrebte „flache Diskurs", der als solcher aber weder bei den Feministinnen durchgesetzt noch vom herrschenden Allgemeinen überhaupt bemerkt werden könnte, da er, wie Hassauer ein wenig heuchlerisch einräumt, den „anderen Signifikantenstatus des weiblichen Körpers . . ., ebenso den anderen Signifikatenstatus der weiblichen Stimme gegenüber der männlichen im Raum der symbolischen Ordnung (vernachlässigt)" (55) und also genau jenes Moment von künstlicher Produktdifferenzierung entbehrt, ohne das Gleichheit nun mal nicht erfolgreich zu realisieren ist. Also muß, um als Entreebillet der Frauen in den allgemeinen, nicht nur einige magere Frauenforschungsstellen, sondern im Prinzip sämtliche C-4-Stellen umfassenden Hochschulbetrieb gelten zu können, in einem akrobatischen Akt, der sich sehen lassen kann, aber wiederum nicht ohne gute weibliche Tradition ist, schiere, nackte Gleichheit — denn wer auf jede Stelle will berufen werden können, muß in nackter, schnörkelloser Weise gleich sein, das ist nun mal so —, muß also nackte Gleichheit nicht nur als allgemeinen Wissenschaftsfortschritt vom tiefen zum flachen Diskurs präsentieren, sondern zugleich eine regelrechte Umarbeitung des spezifisch ‚tiefen' Feminismus zu einem originalen Moment ‚flacher' Diskurse, nicht nur die Eingliederung des Widerständigen, sondern seine regelrechte Umwertung leisten. Der Speer, der die Wunde schlug, soll sie heilen: Aus der Besonderheit der weiblichen Unterdrückung soll nicht das „respektable Spielfeld" einer „ringsum längst desavouierten Aufklärung" (52), sondern das Differenzierungsmaterial einer nicht mehr vertikal, analytisch, nämlich ‚tief', sondern horizontal, deskriptiv, nämlich ‚flach', mit „‚dichten Beschreibungen' (C. Geertz)" und mit „völlig unbekanntem Material" (54), „sinngedrosselten open-end Beschreibungen" (53) operierenden Wissenschaft werden. Das ist im Prinzip alles. Aufregend — im doppelten Sinn von spannend und ‚nervend', weil man hier Wissenschaft in action, ideologische Arbeit im zugespitzten Sinn, das heißt die von Freud beschriebene „Umwertung aller Werte" oder, politisch gesagt, Gehirnwäsche erlebt —, aufregend ist an dieser Konstruktion die Konfrontation feministischer ‚Romantik' mit wissenschaftlichem, als „Geschlechterrollenforschung" (53) mühsam bemänteltem Formalismus, die tatsächlich eine explizite Abkehr vom Projekt einer selbstbestimmten Gattungsgeschichte, eine zynische Verwerfung aller das Bestehende nicht nur zum Schauplatz, sondern zum Gegenstand machenden Reflexion verlangt. Letzteres wird denn auch mit Hilfe ‚systemischer' Begriffe integriert, als „Sinnplätze" mit „legitimer Pathosfähigkeit", eben „tiefe Diskurse" (51) denunziert, die — was eigentlich magisch gedacht ist — per modum ihrer systemischen Benennung ihre kriterielle, über die Grenzen eben dieser Begrifflichkeit hinausreichende Funktion verlieren sollen. Abgesichert wird das Ganze durch eine scheinökonomische Reflexion, in der, basierend auf den ausdrücklich noch als solche hervorgehobenen „Prämissen alten Wirtschaftens" (52), die Milchmädchenrechnung von den ruinösen Kosten ökologischer und feministischer Projekte aufgemacht wird und in der diese Projekte als „monetäre Naivitäten, Heilsversprechungen mit Kollapswirkung" (52) erscheinen. Weist die Autorin ihre wissenschaftliche Qualifikation dadurch aus, daß sie die Prämissen ihrer ökonomischen Urteile als die „Prämissen alten Wirtschaftens" wohl zu identifizieren versteht, so ihre ideologische durch die Entschlossenheit, mit der sie nun nicht diese „Prämissen" einer theoretischen Argumentation unterzieht, sondern die dazu erforderliche Energie in die Naturalisierung dieser Prämissen durch Substantiierung ihrer Folgen steckt. „Unter den Prämissen des alten Wirtschaftens bringen Ökologie wie Feminismus das Soziotop zum Umkippen: Sie sind nicht finanzierbar — bei Strafe des Untergangs." (52)

Abgesehen davon, daß hier Revolutionstheorie mit anderen Vorzeichen, also theoretische Konterrevolution betrieben wird, sticht der Modus der Spiegelfechterei hervor. Natürlich werden niemals „Ökologie wie Feminismus das Soziotop zum Umkippen (bringen)", sind sie beide doch streng bürgerliche Bewegungen und haben mit Kippmodellen schon deshalb nicht das geringste zu tun. Ihre Todsünde — in den Augen Friederike Hassauers — ist vielmehr jene von ihr unbarmherzig als ‚Tiefe' kritisierte Reservatio, jene Besonderheit oder Sektiererei, die schon immer ein Kennzeichen bürgerlichen Insich- oder Aussichherausgehens war, die jene Bewegungen aber zugunsten anderer bürgerlicher Fraktio-

Lesewut
· Reiseliteratur und Landkarten
Tatendrang
Toronto ab 799.-
Trinidad ab 1420.-
Tokyo ab 1950.-



Reisebüro und Buchladen
Philcas Fogg
Homburger Straße 26 · 6000 Frankfurt 90 · Telefon 7074512-3

nen von den Geldtöpfen des Wissenschaftsbetriebs recht effektiv fernhält.

Durch ihre mangelnde Verwertungsbereitschaft weisen „Ökologie wie Feminismus" sich im übrigen als unverkennbare Erben jener „Studentenbewegung" aus, von der Friederike Hassauer im Gespräch mit Ursula Konnertz erklärt, daß sie „und die systematische Blindheit ihres Befreiungspathos ... zu einer ganz zentralen Enttäuschung in meiner Biographie geworden" sei. (59) Das Bekenntnis ist so unzweideutig wie ominös und offensichtlich überdeterminiert, gehen in der Kontamination von „blindem Befreiungspathos" und „zentraler Enttäuschung" doch zwei völlig verschiedene Sachverhalte durcheinander: einerseits die uns vertraute Enttäuschung über die nicht zustande gekommene, so wohl nicht einmal gemeinte Befreiung, die Enttäuschung also nicht über das blinde, sondern das hohle Befreiungspathos der elitären Studenten und andererseits die „zentrale Enttäuschung" der elitären Studentin über eine Bewegung, die die Verwirklichung der von ihr initiierten breiten Mitbestimmungs- und Karrieremöglichkeiten durch ihr „blindes Befreiungspathos" zugleich hintertrieb. Etwas von dieser Ambivalenz findet sich noch in der stromlinienförmigen Wissenschaftshaltung der arrivierten Akademikerin: einerseits eine Art „blindes Befreiungspathos", das allerdings blinde, dafür pathetisch empfundene Gefühl, endlich *zur* Wissenschaft befreit zu sein, und zugleich die förmlich allergische, idiosynkratische Abwehr einer mit der „Altlast" (71) ‚Sinn' beladenen Befreiung. Man sollte sich deshalb von der vertrauten Protesthaltung, die auch arrivierte Frauen kultivieren, der speziellen Minderheitenhaltung, mit der sie sozusagen auf dem zeitlichen Stand des *futur proche* beharren, auch auf dem C-4-Sessel noch mit dem berüchtigten weiblichen „Kein Ort. Nirgends" kokettieren, nicht täuschen lassen. Daß sie, wie F. Hassauer realistisch berichtet, in „Verteilungskämpfen" (52) die Konkurrenzgesellschaft zu spüren bekommen, daß diese „Verteilungskämpfe" vor gängigen sexistischen Vorurteilen nicht haltmachen, läßt keinen Rückschluß auf die Widerständigkeit der von ihnen vertretenen Wissenschaft zu. Im Gegenteil. Wenn einerseits, um die Frauen von den Fesseln ihrer bewegungsbedingten Selbstbeschränkung zu befreien, die Selbstaufhebung des Feminismus in der Gender-Theorie, der Geschlechterrollentheorie, gefordert und andererseits, um die angeblich einzige nicht kürzungsbedrohte Unipfründe Frauenforschung nicht zu gefährden, Feminismus als Tarnmaske für Geschlechterrollentheorie empfohlen wird, in Hassauers Formulierung „stellenpolitisch ... für ‚Frauenforschung', inhaltlich für Geschlechterrollenforschung optiert" (70) wird, dann ist nicht nur die Korruption perfekt, sondern auch nicht länger zu leugnen, daß die solchermaßen weiblich subversiv operierende List den Blick von innen, aus dem Inneren der immer noch wacker angegriffenen Institution, kompromißlos voraussetzt.

Ilse Bindseil

1 Ich war auf dem Kongreß übrigens fein raus, da ich lediglich zum Kulturprogramm gehörte. Ich genoß die Atmosphäre unverkrampfter Solidarität und Kompetenz, die sich der unvermeidlichen Konkurrenz, dem klirrenden Akademismus zum Trotz im Nu hergestellt hatte. Es war die Wiederauflage einer Erfahrung, die ich vor zehn Jahren gemacht hatte, als ich in den Schuldienst ging. So viele kompetente, zwanglos professionalisierte Frauen wie an einer einzigen Schule hatte ich in der ganzen Uni nicht gesehen. Jetzt waren sie auch dort nachgewachsen. Eine gewisse, massenweise Präsenz brauchte es eben doch, einen gewissen gewohnheitsmäßigen Umgang mit der Institution! Bei dieser Euphorie war es unvermeidlich, daß es bei der Lesung ebenfalls zu einer Peinlichkeit kam, vergleichbar der erwähnten, hielt der finstere Roman — die betretenen Mienen der Zuhörerinnen brachten es unverstellt zum Ausdruck — doch nicht, was der fröhliche Akademismus, die allgemeine Kooperationsbereitschaft zuvor an unverstellter Lebensfreude, gelungener Lebensform suggeriert hatten. Im Gefühl, so etwas wie eine Roßtäuscherin, im günstigsten Fall hochgradig gespalten zu sein, fuhr ich nach Hause.

Anton L. aus F.

Mein Schwanz gehört mir

Anton Leist lehrt als Privatdozent praktische Philosophie in der Frankfurter Dantestraße. Als ausgewiesener Kenner lebensweltlicher Zusammenhänge stellt er sich auch aktuellen Themen und Fragen der Zeit.

Ein kurzer Bericht in der *Frankfurter Rundschau* (18.3.1991) erweckt das Interesse geneigter LeserInnen: „Philosoph wirft Kirchen bei § 218 Widersprüche vor." Zu dieser seit knapp einem Jahr wieder heiß geführten Debatte um den Abtreibungsparagraphen diskutierten VertreterInnen der katholischen und evangelischen Kirche, der Caritas, des Diakonischen Werkes, ein Moraltheologe sowie eben Anton Leist als Philosoph auf einer Podiumsdiskussion im Karmeliterkloster.

Der Streit um die in der Bundesrepublik strikt gehandhabte Indikationslösung, die nur nach zwangsweiser Beratung einer Schwangeren mit dem Argument der sogenannten sozialen oder medizinischen Indikation in Härtefällen die Abtreibung zuläßt, ist durch die Vereinigung von BRD und DDR neu aufgeflammt. In den neuen Bundesländern gelten übergangsweise bis 1992 die DDR-Regelungen zum § 218, wonach Abtreibung bis zur 12. Woche einer Schwangerschaft straffrei möglich ist. — In die Auseinandersetzungen um eine mögliche Flexibilisierung bzw. Liberalisierung der Regelungen prescht nun Leist in besagter Podiumsdiskussion, indem er den Kirchen eine inkonsequente Haltung zum Schwangerschaftsabbruch vorwirft. Abbrüche aus sozialer Indikation seien in deren Argumentation nicht vereinbar mit der Unterstellung, dem Ungeborenen Lebensrecht und Gleichberechtigung gegenüber den Ansprüchen der Mutter zuzusprechen. Wenn das Ungeborene gleichberechtigt sei, wiege sein Leben immer schwerer als eine soziale Notlage der Frau, und die Kirchen würden sich aus der Verantwortung stehlen gegenüber ihren eigenen Dogmen, wenn sie die herrschende Abtreibungspraxis mit den kirchlich-moralischen Argumenten „unter einen Hut bringen". Es gehe darum, den Fötus als schützenswertes Leben anzusehen und ethische Kategorien zu suchen, die die Ausnahmen vom Tötungsverbot zuließen.

Schon nicht mehr ganz so geneigte LeserInnen greifen zur Klärung zu Leists Buch „Eine Frage des Lebens. Ethik der Abtreibung und künstlichen Befruchtung", seine Habilitationsschrift, die 1990 bei Campus erschienen ist. Darin geht es ihm eben genau um die eingeforderten ethischen Prinzipien, die zur Entscheidung über Abtreibungsfragen heranzuziehen sind. „Ziel der Ethik ist es, moralische Urteile zu begründen." (27) Dies geschehe seit einiger Zeit zunehmend im Rahmen der ‚angewandten Ethik', die sich an Einzelintuitionen und Moralprinzipien ‚mittlerer Reichweite' hält, also ohne den Rückgriff auf Supraprinzipien auszukommen versucht, und dieser Richtung der Ethikdiskussion schließt Leist sich an. — An dieser Stelle geht es mir um das (Selbst-)Verständnis, mit dem Fragen der Abtreibung und Reproduktionstechnik abgehandelt werden. Keinesfalls macht Leist nur akademische Diskussionsvorschläge, seinen Beitrag versteht er als „praktisch relevante Orientierung" (230). Die Relevanz werden die geneigten LeserInnen prüfen wollen.

Anton Leist beschäftigt sich mit der Frage, wie denn schließlich zwischen den gegnerischen Parteien eine Einigung zu erzielen sei,

wenn Argumente für und gegen die Abtreibung gefunden wurden. Ganz einfach: durch Toleranz. In der Überlegung, wem der Beteiligten bei einer solchen Entscheidung Schaden entstünde, hier dem Fötus oder der Schwangeren, sei auf Forschungsergebnisse zurückzugreifen, „die weltanschauungsfreie und mit unserer Moral insgesamt harmonisierende Überlegungen erkennen lassen, daß Föten während einer bestimmten Zeit ihrer Entwicklung kein Schaden entsteht, wenn man sie tötet" (234). Das sei ein idealisierendes Fazit, stellt er fest, zu dem einen Toleranzkonsens zu finden einige Schwierigkeiten bereitet. Sicherlich, und allemal, wenn der Toleranzbegriff außerordentlich schwammig ist: Der „Selbstbestätigung, missionarischer und ideologisierender Absicherung vorgefertigter Meinungen" (234) bezichtigt Leist diejenigen, die „die Auseinandersetzung mit Philosophen wie [Peter] Singer gewaltsam verhindern" — Elke Schmitter in der *taz*, wie er nicht zu erwähnen versäumt. Leist attestiert zudem einen „offenkundigen Nachholbedarf an medizinethischem Sachverstand" (12).

Wer jetzt doch noch genauer wissen will, was Sache ist, schlägt, wo er oder sie übersehen hat, an den Anfang des Buches zurück. Da versucht Leist, die Anfänge der Abtreibungsdebatte in der BRD zu rekonstruieren und macht zwei Parteien aus: Die einen, die sich aus einer Vorsichtshaltung heraus gegen Abtreibung aussprachen „im Unterschied zu oft aus Selbstinteresse gefällten Entscheidungen gegen Abtreibung" (14). Zu letzteren gehören vorwiegend Liberale, die, gestützt auf „das scheinbar so feste Fundament politischer Freiheit und weiblicher Emanzipation" (15) in den 70er Jahren, und natürlich die Frauenbewegung. All diese Argumente seien *bloß* politisch, hätten moralisch aber keine Überzeugungskraft.

Nach einigen Begriffsklärungen diskutiert Leist dann in einem Kapitel „Umgehungsstrategien" als erstes feministische Argumente der Debatte und kann von Anfang an seine mitschwingende latente Polemik kaum im Zaum halten. Die Parole der Anti-Abtreibungskampagne der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre, „Mein Bauch gehört mir", nimmt Leist zurecht als Forderung, und „übersetzt" sie unter anderem als Besitzrecht der Frauen auf ihren Körper. In Anwendung auf den Fötus sei das ein problematisches Argument, denn auch wenn man Besitzrecht über seinen Körper und damit alle seine Organe habe, so gelte das nicht für Föten. Nieren kann man etwa „spenden oder eine von ihnen verkaufen". Der Fötus ist aber darauf angelegt, „ohne die Schwangere leben zu können — ganz im Unterschied zu den Organen der Schwangeren". Auch wenn der Fötus innerhalb des Körpers der Schwangeren sei, so überzeugt Leist letzte ZweiflerInnen mit folgendem schlagenden Argument: „Ein verschluckter Diamant gehört nicht in jedem Fall derjenigen, in deren Magen er liegt. Ansonsten könnte man leicht zur Millionärin werden, indem man Juweliergeschäfte besucht und Diamanten verschluckt." (34)

Zurück zur Intuition. Bei der Abwägung über die Triftigkeit der Argumente von AbtreibungsgegnerInnen untersucht Leist, inwieweit eine Schwangerschaft eine einzigartige Erfahrung sei. Einerseits seien Schwangerschaften keine Erfahrungen, die „nur wenige Menschen machen, wie etwa einen Spaziergang auf dem Mond" (48) — gemeint sei dagegen eine mittlere Form der Einzigartigkeit. Und bei der Frage, ob Männer Schwangerschaftserfahrungen wirklich nicht nachvollziehen könnten, also die eigentümlich moralische Kompetenz der Frauen, die weibliche Ethiken angeblich beanspruchen, nicht teilen, kommt Leist zu dem Ergebnis: „Eine Reihe der körperlichen Begleiterscheinungen einer Schwangerschaft wie Übelkeit, Schwindelgefühle, Heißhunger, Verstopfung, Schlaflosigkeit, sind auch Männern bekannt, wenn auch nicht unbedingt in dieser Kombination. Männer kennen nicht die Schmerzen der Geburt; aber sie kennen ähnliche Schmerzen (z.B. die Schmerzen bei einer Darmspiegelung), oder können sie zumindest kennen." Alles klar?

Was Leist an Argumenten ausblendet, werden inzwischen zornesrote LeserInnen, sollten sie das Buch noch in Händen halten, sich denken können. Die von Leist in Anspruch genommene Verbindlichkeit grundlegender ethischer Moralprinzipien erweist sich als höchst parteilich. Die soziale Lage von Frauen, die über einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden haben, wird zynisch übergangen — Leist disqualifiziert sich durch seine pseudoobjektive Diskussionsform. Es gibt eben doch: zweierlei Moral. Bleibt noch hinzuzufügen, daß Anton Leist sich als Leiter eines Proseminars zu moralisch-ethischen Fragen feministische Diskussionsbeiträge verbeten hat. . . . Wohl bekomm's.

Katharina Pühl

Zur politischen Ökonomie der Frauenarbeit

Der folgende Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Ursula Beer im Februar 1989 im Rahmen einer Vortragsreihe zu Ehren des 80. Geburtstages von Leo Kofler, veranstaltet von den Roten Studies Bochum, gehalten hat. Er gründet sich weiterhin auf Überlegungen, die inzwischen unter dem Titel „Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses" im Campus-Verlag veröffentlicht wurde.

‚Politische Ökonomie' und ‚Frauenarbeit' — das war ein Thema der 70er und noch der frühen 80er Jahre und signalisierte in der Regel ein feministisches Interesse an historisch-materialistischem Denken insbesondere dann, wenn nicht lediglich Frauenerwerbs-, sondern eben auch Hausarbeit mit Marx analysiert werden sollte. Heute sind Beiträge mit Titeln wie „Politische Ökonomie der Hausarbeit" seltener anzutreffen. Damit ist keineswegs gesagt, daß Frauenforscherinnen das Interesse am marxistischen Theorietypus verloren hätten oder gar, daß er als ‚unbrauchbar' klassifiziert oder zur Seite gelegt worden wäre. Allerdings haben sich die Akzente verschoben. Die Analyse von Frauenarbeit in ihrer ‚doppelten Vergesellschaftung'[1] ist nach wie vor von hohem wissenschaftlichen und politischen Interesse, vielleicht mehr noch als vor 10, 15 Jahren angesichts des Strukturwandels durch die deutsche Einheit, die Entwicklung in Osteuropa und EG '92. Aber entschiedener als damals verfolgen Frauenforscherinnen gegenwärtig gesellschaftstheoretische Zielsetzungen, wenn sie auf Marx, seine Kritik der politischen Ökonomie und im übrigen auch sein Frühwerk zurückgreifen.[2] Es gilt, nicht lediglich geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen und deren gesellschaftliche Bedeutung zu erklären, sondern darüber hinaus die Konstitution des weiblichen, weniger des männlichen Subjekts[3], die individuellen Beziehungen der Geschlechter und dies alles im Rahmen eines übergreifenden Verhältnisses der Geschlechter. In dieser Perspektive bilden ‚Arbeit' und ‚Arbeitsteilung' nur einen, wenngleich zentralen Ausschnitt zu analysierender Vergesellschaftungen neben anderen wie der symbolisch-kulturellen Reproduktion dieses Verhältnisses im Denken, in der Sprache, im normativen Zuschreibungen und deren gesellschaftlichem Wandel.

Das Marxsche Theoriegebäude ist einer Erwartungshaltung seitens der Frauenforschung ausgesetzt, die weit über das hinausgeht, was in protestbewegten Zeiten sich die Neue Linke von ihm versprach: Aufschluß zu geben über die Ansatzpunkte gesellschaftsverändernden Handelns, diesmal aber nicht ausschließlich auf Klassen-, sondern eben auch auf Geschlechtergegensätze gerichtet. In der Frauenforschung der letzten Jahre artikulierte sich dieser Anspruch in der nicht lediglich von marxistisch inspirierten oder orientierten Sozialwissenschaftlerinnen vorgetragenen Auffassung, ‚Geschlecht' sei eine ‚Strukturkategorie'.

Gesellschaftstheoretische Begründungsversuche stammen allerdings ausschließlich von Frauenforscherinnen, die sich im Spektrum „Frankfurter Schule" und/oder „Marxismus" verorten. Gelegentlich wird anstelle von historisch-materialistischen Argumentationen auf die größere theoretische Ergiebigkeit der US-amerikanischen sex-gender-debate verwiesen, ein nachvollziehbarer Nachweis der Behauptung steht allerdings aus.

Soziale Strukturierung des Geschlechterverhältnisses

Inhaltlich-systematisch bleibt häufig vage, was jeweils unter der ‚Strukturkategorie Geschlecht' gemeint ist. Denkbar sind folgende

Bedeutungen: 1. daß menschliche Subjekte niemals geschlechtslos sind, sondern neben ihrem biologischen ein soziales Geschlecht besitzen (sex/gender); 2. und mit diesem Argument verbunden, daß neben individuellen kollektive Wahrnehmungs-, Verhaltens- und Handlungsmuster existieren, die geschlechtsspezifische Unterschiede aufweisen. Oder, diese Position vertreten eher Frauenforscherinnen aus dem marxistischen Spektrum, gemeint ist mit dem Hinweis auf die ‚Strukturkategorie Geschlecht' die Existenz eines sozialen Verhältnisses, das unabhängig vom Wollen der einzelnen Frau, des einzelnen Mannes vorfindbar ist und beide Geschlechter in spezifische soziale Gestaltungsprinzipien einbindet.

Selbst unter diesem Vorzeichen sind Unterschiede in der Anlage der Argumente feststellbar: Zum einen wird das Geschlechterverhältnis in seiner Eigenständigkeit von und gleichzeitiger Überlappung mit dem Klassenverhältnis betont mit einer Tendenz zur Gleich- oder Höhergewichtung des ersteren, zum anderen wird das Geschlechterverhältnis als Bestandteil der (originär marxistischen) Produktionsverhältnisse erklärt mit der vermutlich unbeabsichtigten Folge, daß sich auf diese Weise ein neues Nebenwiderspruchsdenken etabliert, ohne daß der Terminus selbst fällt. Die Differenz zwischen der ersten und der zweiten Position: in letzterer bleibt der Strukturbegriff und die Totalitätskonzeption unproblematisiert.

In gesellschaftstheoretischer Perspektive ergibt die Rede von der Strukturkategorie jedoch nur dann Sinn, wenn zum einen das übergreifende soziale Verhältnis der Geschlechter, zum anderen aber auch die individuellen Beziehungen von Frauen und Männern als gleich- und gegengeschlechtliche in ihrer historischen Bestimmtheit angesprochen sind. Erst in dieser Vermittlung lassen sich, gewissermaßen als dritter Aspekt, geschlechtsspezifische Individualitäts- oder Subjektivitätsformen herausarbeiten.

Aber auch mit diesen Präzisierungen einer Gegenstandsbestimmung sind gesellschaftstheoretische Problemstellungen keineswegs gelöst. Wir leben nach wie vor in einer Klassengesellschaft, das analytische Problem lautet infolgedessen: Wie hängen ‚Klasse' und ‚Geschlecht' begrifflich zusammen; wie überschneidet sich in der Empirie das Faktum der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse und zu einem bestimmten Geschlecht? Frauen und Männer sind niemals nur Klassen-, sondern eben auch Geschlechtssubjekte; Marx befaßte sich ausdrücklich nur mit ersterem.

Mit dieser Feststellung wird der Grund benennbar, warum die Frauenforscherinnen der 60er und 70er Jahre, damals ‚socialist feminists' oder ‚marxist feminists' geheißen, mit Vertretern der Neuen Linken immer wieder in heute bizarr anmutende Auseinandersetzungen über die richtige Marx-Exegese gerieten. Fest machte sich dies vor allem am Thema Hausarbeit: Besitzt sie Wert und wenn ja, welchen? Mehrwert? Gebrauchswert? Gesellschaftlichen Wert oder gar Geldwert? Politisch bedeuteten die Bestrebungen von Frauenforscherinnen, den mehrwertschaffenden Charakter von Hausarbeit nachzuweisen nichts anderes als den Versuch des Nachweises, die Frauenfrage sei kein Nebenwiderspruch, denn, so die Argumentation, Hausfrauen würden wie Lohnarbeiter vom Kapital oder dem Kapitalisten ‚ausgebeutet'.

In der Rückschau läßt sich festhalten, daß die ‚Hausarbeitsdebatte' als erster und noch unzulässiger Zugriff der Frauenforschung auf die ‚Strukturkategorie Geschlecht' betrachtet werden kann. Mit diesem wissenschaftlich und politisch höchst verständlichen ‚Zugriff' legten sich Frauenforschung und -bewegung jedoch unfreiwillig eine Fessel an. Sie verfingen sich in einer ‚Metaphysik der Arbeit', deklarierten alles und jedes zu ‚Arbeit' oder ‚Produktion' — nicht lediglich Hausarbeit, sondern auch ‚Beziehungsarbeit', ‚Gebärarbeit', gelegentlich auch ‚Tätigkeit', bis hin zum weiblichen Gegenstandsbezug in der Aneignung von Natur (vgl. Mies 1988). Selbst Erkenntnisfragen wurden dem Arbeitsbegriff subsumiert; wenn Marx von einer Trennung von Hand- und Kopfarbeit sprach, dann konstatierten Frauenforscherinnen noch eine zusätzliche Trennung der Kopfarbeit von weiblicher Produktivität und Erfahrung (vgl. Rose 1986).

Die materialistische Perspektive

Suchen wir uns der Strukturkateogrie Geschlecht innerhalb des historisch-materialistischen Theorietypus zu nähern, liegt es nahe, Geschlechterverhältnis und -beziehung, ebenso die (begrifflich) konkrete Existenz von Geschlechtern mit der Totalitätskategorie zu denken; das heißt, innerhalb der Vorstellung von Gesellschaft als widersprüchlicher Einheit in ihren Trennungen. Diesen Gedanken verfolgte ich zunächst im Anschluß an Adorno, gab diese Perspektive später jedoch auf.

Bedeutsam für diese Entscheidung sind zunächst ‚Anschlußstellen'; zum einen an den feministischen Stand der Diskussion, hier das feministische Materialismus-Postulat. Es knüpft an Marx' Feststellung an, wissenschaftliche Erkenntnis habe am materialen Lebensprozeß anzusetzen, von Frauenforscherinnen bereits zu Beginn der 70er Jahre aufgegriffen, um Hausarbeit, aber auch die Gebärtätigkeit von Frauen als „Produktion von Leben" auszuweisen. Zum anderen beinhaltet diese Vorgehensweise die vorgängige Entscheidung für eine aussichtsreich erscheinende ‚Anschlußstelle' bei Marx selbst. Anders formuliert: wo sind Argumente oder Begrifflichkeiten vorfindbar, die selbst Gegenstand neomarxistischer Weiterentwicklungen waren und an die das feministische Anliegen anknüpfen kann? Diese Problem- oder Fragestellung beinhaltet Festlegungen hinsichtlich der Reichweite eines solchen Totalitätsverständnisses. Geht es beispielsweise allein darum, den inneren und nach marxistischem Verständnis der unmittelbaren Wahrnehmung verborgenen Strukturzusammenhang von Gesellschaft herauszuarbeiten? Oder soll gleichzeitig ausgewiesen werden können, wie sich dieses Verborgene zur empirischen Wirklichkeit verhält?

Das ist eine ungelöste Frage auch der Frankfurter Schule, möglicherweise zurückzuführen auf Adornos geschichtsphilosophisch angeleitete Theoriebildung. Die Frauenforschung würde wiederum mit einer Gesellschaftstheorie wenig anfangen können, die sich einer empirischen Überprüfbarkeit entzieht. Ich will deshalb im folgenden die Theorie-Empirie-Problematik ein wenig näher verdeutlichen im Zusammenhang von ‚Totalität' und ‚Struktur'.

Ohne die empirische Existenz von Frauen und Männern gäbe es keine Gesellschaft, gleich welcher Art. In der Marxschen Gesellschaftstheorie, nehmen wir seine Kapitaltheorie einmal als solche, ‚gibt' es sie wiederum nicht. Sie führen eine begriffliche Existenz als Verkörperung eines ökonomischen, des Klassenverhältnisses. Wir können sagen: sie führen eine objektive oder objektivierte Existenz als Träger eines bestimmten sozialen Verhältnisses, bar aller Subjektivität. In dieser objektivierten (Träger-)Existenz können diese Frauen und Männer, das heißt selbst in ihrer Eigenschaft als Lohnarbeitskraft oder auch KapitalistInnen, eigentlich ‚nichts tun'. Sie können weder die Gesellschaft, in der sie leben, verändern, noch können sie das ‚tun', was Marx ihnen unterstellt — Mehrwert produzie-

Verlag Westfälisches Dampfboot

Rainer Gries
Die Rationen-Gesellschaft
Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege
440 S. - DM 45,00 - ISBN 3-924550-50-6

Rainer E. Zimmermann (Hrsg.)
Das Sartre-Jahrbuch Eins
ca. 150 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-52-2

Johannes Gröll
Das moralische bürgerliche Subjekt
ca. 190 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Hermann Kuhn
Bruch mit dem Kommunismus
Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland
325 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-45-X

Geoff Eley
Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus.
Zur historischen Kontinuität in Deutschland.
Vorwort von Alf Lüdtke und Adelheid von Saldern
(Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft Bd. 3)
320 S. - DM 62,00 - ISBN 3-924550-47-6

Elmar Altvater
Die Zukunft des Marktes
Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.
386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-48-4

Gesamtverzeichnisse beim Verlag:
4400 Münster - Achtermannstr. 10
0251/56268

ren oder aneignen. Die Träger von Verhältnissen bedürfen einer ganz empirischen Existenz als Subjekte, die sie in der originären Theorie in begrifflicher Fassung nicht besitzen. Eine Totalitätsperspektive ist allein aus diesem Grund unzulänglich, erfaßt nicht den wirklichen gesellschaftlichen ‚Zusammenhang'.

Fehlt in der Theorie das (männliche, weibliche) Subjekt in seiner begrifflichen Konkretion, sind schwerlich Aussagen oder Prognosen möglich über deren konkretes praktisches Handeln, um gesellschaftliche Strukturzusammenhänge zu verändern, sich aus Herrschaft zu befreien. Die Konsequenz der Vernachlässigung oder Nichterkenntnis dieses Kontextes: „Praxis" beziehungsweise „Gesellschaftsveränderung" wird von philosophischen Subjekten erwartet.

Empirische Subjekte müssen geboren, aufgezogen und zu Lohnarbeitskraft ‚gemacht' werden, ersteres schließt Marx aus seiner Betrachtung ausdrücklich aus. Diesen Sachverhalt stellte auch Oskar Negt (1985) einmal fest, indem er sagte, der Mensch werde bei Marx erst dann wirklich, wenn er Lohnarbeitskraft geworden ist. Läßt man aus der Betrachtung heraus, daß Lohnarbeitskräfte oder KapitalistInnen als Frauen und Männer geboren werden und als solche wiederum die nächste (Klassen-)Generation hervorbringen, liegt der Gedanke der Geschlechtsneutralität von Klassensubjekten nahe. Die Frage ist natürlich auch, inwieweit eine solche Vorgehensweise gerechtfertigt ist, weil die ‚Vermittlung' über den Produktionsprozeß von Waren und über den kapitalistischen Austausch geschieht — aber eben nicht ausschließlich.

Fragen wir also nach der inneren Systematik einer Marxschen Formbestimmung, stellen wir fest, daß Frauen und Männer nur in objektivierter ökonomischer Gestalt auftreten, daß von einer Subjekt-Objekt-Relation nur ein Aspekt begrifflich ausgeführt ist. Übertragen wir diese theoretische Problematik auf die feministische Fragestellung nach einer materialistischen Begründung der „Produktion von Leben", ‚fehlt' auch aus der Innensicht der originären Theorie ‚etwas' — wie gelangen wir zu einer begrifflich-konkreten Existenz von menschlichen Subjekten, die Lohnarbeitskraft, Kapitalist oder einfacher Warenproduzent sein können? Wir können das Problem auch politisch-ökonomisch reformulieren: Wie lassen sich menschliche Subjekte als ‚Produktivkraft' begreifen, wiederum eingebunden in die ‚Produktionsverhältnisse' einer Gesellschaftsformation auf der Grundlage einer spezifischen — nämlich der kapitalistischen — ‚Produktionsweise'?

Läßt sich diese Frage zufriedenstellend beantworten, können wir an einer Totalitätskonzeption festhalten, die mit den Begrifflichkeiten Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse/Produktionsweise arbeitet; löst diese Konzeption jedoch aus einer ökonomischen Verengung heraus.

Diese Möglichkeit bietet die ökonomische Anthropologie von Maurice Godelier, der die begriffliche Trias in Strukturbegriffe auflöst und damit die Chance eröffnet, Frauen und Männer in ihrer Gesamtexistenz (und nicht nur in ihrer Einbindung in eine kapitalistische Marktökonomie) in den Begriff einer Struktur der Produktivkräfte aufzunehmen, sie als „Produktivkraft Subjektivität" (Aulenbacher 1991) zu verstehen, die nicht lediglich Lohnarbeit ausübt oder sich ein Mehrprodukt aneignet, sondern auch sexuelle Beziehungen eingeht und sich fortpflanzt.

Eine derartige Sichtweise schließt nicht aus, menschliche Produktivkraft innerhalb bestimmter sozialer Verhältnisse (als deren Träger) zu verorten, wie von Marx in sozio-ökonomischer Hinsicht vorgenommen. Aber, und hier kommt die Theorie-Empirie-Problematik zum Tragen, Frauen und Männer führen auf diese Weise eine begrifflich-konkrete Existenz, aber immer innerhalb einer Struktur- und Totalitätskonzeption, die auf die Analyse des verborgenen Zusammenhangs von Gesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit von Einheit und Trennung abzielt.

Hier wird die Argumentation kompliziert. Denn: diesen verborgenen Zusammenhang zu konstatieren ist nichts anderes als ein Theoriemodell, das gesellschaftliche Wirklichkeit als empirische begreifen oder auch verfehlen kann. Es bedarf der empirischen Überprüfbarkeit. Doch zunächst ein anderer Gesichtspunkt. Theoriemodelle werden von empirisch (und nicht begrifflich) konkreten Menschen entwickelt. Dieses Erkenntnissubjekt lebt selbst in einer Vielfalt von Lebensbezügen, ist nicht lediglich philosophisches Subjekt. Was es schreibt oder sagt, ist von Befindlichkeiten, Interessen und Lebensbedingungen beeinflußt, selbst wenn es innerhalb einer bestimmten Theorietradition mit ihrer Methodologie und sonstigen Verfahrensweisen argumentiert. Die Frage der Überprüfbarkeit von Aussagen stellt sich insofern nicht erst am Modell, sondern bereits in seiner Konzeption. Sogenannte ‚Trägerreflexionen' sind zwar wissenschaftlich verpönt, wären jedoch ein Desiderat für ‚Erkenntnis'.

Doch zurück zur zuvor angeschnittenen Frage der empirischen Überprüfbarkeit theoretischer Konstrukte wie ‚Gesellschaftstheorie'. Versuchsweise schlage ich vor, den verborgenen Strukturzusammenhang auf der Grundlage der Trias von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Produktionsweise zu übertragen auf gesellschaftlich beobachtbare ‚Sozialstrukturen': Inwieweit artikuliert sie sich in gesellschaftlichen Teilstrukturen wie ‚Arbeitsmarkt' oder ‚Familie'? Sie führen in unserer Gesellschaft eine getrennte Existenz, dennoch behaupten wir, sie stünden in einem inneren Vermittlungszusammenhang, der über Kapitalakkumulation und -verwertung gestiftet wird.

Ich würde nicht so weit gehen wollen zu sagen, dies sei allein das dominante Prinzip. Sicherlich gilt diese Aussage für wirtschaftliche

Zusammenhänge, auf die ich mich denn auch zunächst beschränke. Doch selbst dann können wir bereits von einer Erweiterung der Totalitätsperspektive sprechen; nämlich dann, wenn wir argumentieren, daß unentgeltliche Hausarbeit, ebenso die Art und Weise der generativen Reproduktion, einen inneren Zusammenhang zu Kapitalakkumulation und -verwertung aufweisen. Letztere können sich nur dann ungestört entfalten, wenn gesellschaftliche Vorkehrungen existieren, die sie von all dem entlasten, was Mehrwertproduktion hinderlich ist: die zeitraubende und geldaufwendige Versorgung von Kindern, von alten Menschen, selbst die in ihren Kosten nicht bezifferbare Zerstörung von Umwelt durch industrielle Produktion und die damit verknüpfte Lebensweise der Menschen. Aus diesem Grund schlage ich vor, von einer doppelten Ökonomie zu sprechen, einer Markt- und einer Versorgungsökonomie, letztere lediglich auf menschliche Reproduktion bezogen. Die primär geschlechtsspezifische Zuweisung von Frauen und Männern zu jeweils einer dieser ‚Ökonomien' mit ihrer unterschiedlichen Gewährung von Lebens- und Existenzchancen macht eine Diskriminierungsform von Frauen aus.

Innerer Zusammenhang in seiner Widersprüchlichkeit hieße dann: Beide Ausprägungen von ‚Ökonomie' stehen in einem Zusammenhang und sind zu ihrer Existenz jeweils aufeinander verwiesen. Die sozialstrukturellen Teilbereiche ‚Arbeitsmarkt' und ‚Familie' ließen sich in dieser Perspektive als gesellschaftliche Organisationsformen auf der Grundlage eines verborgenen strukturellen Zusammenhangs begreifen; die in sie eingebundenen Frauen und Männer strukturell als Träger sozialer Verhältnisse — des Klassen- und des Geschlechterverhältnisses — und zugleich als gesellschaftliche Produktivkraft. Empirisch wiederum müßte sich dieser strukturelle Zusammenhang an ihren konkret gelebten ‚Lebenszusammenhängen' überprüfen lassen.

Sicherlich bleibt bei einer solchen ersten Annäherung vieles noch offen, so die Frage subjektiver Formen und geschlechtsspezifischer Vergesellschaftungen von Frauen und Männern mit ihren Grenzen und Optionen, unter anderem eine Frage psychischer Dispositionen, auf die Antworten mit ganz anderen theoretischen Mitteln zu finden wären. Offen bleibt weiterhin die Frage des Zusammenhangs von Kultur, Politik und Ökonomie in einer erweiterten Realitätskonzeption.

Klasse und Geschlecht in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Zu Beginn der Industrialisierung stand keineswegs fest, daß die neue — kapitalistische — Produktionsweise auf eine Abdrängung von Frauen in eine unentgeltliche Versorgungsökonomie hinauslaufen würde. Als Besitzlose waren gewissermaßen beide Geschlechter mit der Option konfrontiert, sich in die neuen Arbeits- und Lebensformen zu integrieren. Unter agrarisch-ständischen Bedingungen lebten sie unter weitgehend identischen Bedingungen, das heißt in Wirtschafts- und Familieneinheiten, die noch nicht getrennt waren. Frauendiskriminierung existierte auch damals, jedoch in anderer Ausprägung. Heiratsverbote für Besitzlose galten für beide Geschlechter, wenngleich regional unterschiedlich stark ausgeprägt.

War Besitz vorhanden, mußten beide Geschlechter eine Ehe eingehen und eine Familie gründen, für Frauen und Männer mit ganz unterschiedlichen Folgen. Eine Frau war gehalten, lebenslang und umsonst für einen Ehemann oder Vater zu arbeiten; ein Mann wiederum, die Arbeitskraft von Frau und Kinder verfügbar zu haben, gleichgültig, wie klein oder groß der Besitz war.

Mit der Entstehung des Industriekapitalismus hätte nun durchaus die Möglichkeit bestanden, daß Besitzlose ein anderes und gleichberechtigteres Lebensmodell entwickeln. Das war nicht der Fall. Beide Geschlechter übernahmen das patriarchalische Familien- und Lebensmodell. Frauen anerkannten offenbar durchgängig die von einem Mann beanspruchte soziale und ökonomische Überlegenheit, und Männer wirkten durchgängig darauf hin, daß Frauen im Erwerbsleben nur dort Fuß fassen konnten, wo es für sie selber uninteressant wurde: in Branchen des Niedergangs, am unteren Ende der Berufshierarchie und in Positionen mit schlechter Bezahlung.

Die Trennung von Familie und Erwerb als Folge kapitalistischen Wirtschaftens zog wiederum eine spezifische Transformation des ständisch-agrarischen Patriarchalismus nach sich. Der Primärpatriarchalismus der vorindustriellen Gesellschaft beruhte auf Eigentum an Grund und Boden, allerdings in sehr abgestufter Form. Er schloß die Verfügung über familiale Arbeitskraft ein, die blutsverwandt sein konnte, jedoch auch Lohnarbeitskraft ähnlich der heutigen Bedeutung sein mochte, mit dem Unterschied, daß sie in der ‚Familie' lebte und vorwiegend Naturalunterhalt als Entgelt bezog. Diese Ausprägung eines Patriarchalismus wurde mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft obsolet. Mit der Trennung von Familie und Erwerb etablierte sich ein Sekundärpatriarchalismus, seine besonderen Kennzeichen: Lohnabhängige Männer waren nicht mehr, wie bisher, als ehe- und familienlose dem patriarchalen Regime eines Gutsherrn oder zünftigen Handwerksmeisters unterworfen. Mit dem Erwerb der Ehe- und Familienfähigkeit erhielten sie die Chance, selbst zum Familienpatriarchen, allerdings lohnabhängig, zu avancieren. Denn der Unterhalt einer Familie war nun nicht mehr abhängig von der Verfügung über Grund und Boden, sondern der über Geldmittel. Sie wiederum wurden entweder mit abhängiger Lohnarbeit oder durch den industriell-gewerblichen Einsatz von Kapital erworben. In beiden Fällen begründete dieser Sachverhalt die Vorherrschaft des Mannes in der Familie, in proletarischen Familien unabhängig davon, ob und wieviel eine Frau selbst zum Unterhalt beitrug. Anderes galt für die bürgerliche Frau. Sie durfte nicht unentgeltlich erwerbstätig sein und befand sich in voller ökonomischer Abhängigkeit von einem Ehemann oder Vater, für die sie häufig genug unentgeltlich arbeitete.

Wichtig war an dieser industriegesellschaftlichen Entwicklung, daß unter kapitalistischen Bedingungen einem sehr viel größeren Kreis von Männern als je zuvor der Zugriff auf eine Frau und deren Arbeitskraft ermöglicht wurde. Analytisch formuliert: Mit der Verallgemeinerung von Lohnarbeit als Mittel der Existenzsicherung fand, historisch im übrigen zeitversetzt, auch eine Verallgemeinerung der kleinfamilialen Lebensweise statt. Sie band Frauen in vorher nicht gekanntem Ausmaß in Familie und Versorgungsarbeit ein — nicht lediglich für Kinder, Kranke und alte Menschen, sondern eben auch für gesunde und leistungsfähige Männer. Ich würde aus diesem Grund die von vielen Frauenforscherinnen geäußerte Vermutung teilen, daß mit der kapitalistischen Produktionsweise Geschlechterungleichheit und Frauendiskriminierung ein historisch bisher nicht gekanntes Ausmaß annahm. Diese Entwicklung brachte eine spezifische Seite des Sekundärpatriarchalismus hervor — ‚sekundär' im übrigen deshalb, weil er über ein besonderes Medium vermittelt ist: Geld als Mittel individueller und familialer Existenzsicherung, von dessen Er-

BRITISH BOOKSHOP

The widest selection of British books in Frankfurt. We specialize in books on English/American literary criticism, history, sociology, economics and philosophy. Special reduction for bulk orders. Books not in stock are available by order at no extra charge.

Come and visit us, we're only 2 minutes from the Hauptwache.

The British Bookshop GmbH
Börsenstraße 17
D-6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (0 69) 28 04 92

B B S

werb Familienhausfrauen ausgeschlossen sind.

Die andere Seite dieses Sekundärpatriarchalismus sehe ich im Aufkommen einer Geschlechterkonkurrenz um begehrte Erwerbschancen im Berufsleben selbst. Sie ging von Männern aus und wurde von ihnen kollektiv getragen; in Berufsverbänden, Gewerkschaften, im Ausbildungsbereich, der Frauen weitgehend verschlossen war — zum Beispiel Aufnahme in Gewerbeschulen — und im betrieblichen Einsatz weiblicher Arbeitskraft.

Beide ‚Mechanismen' wirkten als gegenseitige Verstärker. Man hielt Frauen von zukunftsträchtigen Berufen fern, versagte ihnen Aufstiegschancen und eine angemessene Bezahlung, verwies sie letztlich auf Erwerbsbereiche jenseits existenzsichernder Vollerwerbstätigkeit. Dieses männliche Verhalten, das schnell strukturierte Gestalt annahm über die Konstitution von ausschließlich Männern zugänglichen Berufen und Professionen, erhielt gewissermaßen zusätzliche Schubkraft durch die gesellschaftliche ‚Lösung' der Etablierung einer ‚Versorgungsökonomie', die, auf unentgeltlicher familialer oder ehrenamtlicher Grundlage, die Arbeitskraft von Frauen band — und für die sich Männer von jeder Verantwortung freihielten.

Abschließend einige Überlegungen zum Zusammenhang von Sekundärpatriarchalismus und der eingangs entwickelten theoretischen Perspektive. Das Phänomen ‚Sekundärpatriarchalismus' verliert tendenziell an Bedeutung im marktökonomischen Bereich. Indikatoren sind zum einen die zunehmende Berufsorientierung von Frauen, selbst noch so unzulängliche Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft, auch die Auflösungstendenzen des ‚Normalarbeitsverhältnisses' könnten einen Bedeutungsverlust dieses Phänomens beinhalten, als nunmehr auch Männer in ökonomische Gestaltungsprinzipien eingebunden werden, die über mehr als hundert Jahre ausschließliches ‚Privileg' von Frauenarbeit waren. Zum anderen befördert technischer Wandel eine Gleichstellung der Geschlechter nach ‚unten'. IuK-Techniken, Rationalisierungen im großen Maßstab könnten allerdings darauf hinwirken, daß geschlechtsspezifische Verteilungskämpfe im Erwerbsleben an Härte zunehmen, insbesondere in Verknüpfung mit der deutschen Einheit — auch das ostdeutsche Patriarchat bediente sich seiner Gesellschaftsform angemessener Ausschlußkriterien der Frauen; nicht aus dem Erwerbsleben als solchem, sondern aus Macht- und Einflußpositionen, die systemspezifische Privilegien beinhalteten.

Insofern könnte ein Bedeutungsverlust des Sekundärpatriarchalismus aufgrund zunehmender Berufsorientierung von Frauen konterkariert werden durch eine Verschärfung der Geschlechterkonkurrenz, könnte die Angleichung nach unten Geschlechtersolidarität geradezu verhindern. Der historische ‚Verstärker', der familiale Sekundärpatriarchalismus, könnte einen analogen Bedeutungsverlust erfahren — Stichwort Scheidungshäufigkeit, kinderlose Ehen, Single-Dasein beider Geschlechter, nichteheliche Lebensgemeinschaften — und ebenso konterkariert werden durch eine Verringerung existenzsichernder Erwerbsmöglichkeiten, zunehmenden Versorgungsbedarf von älteren Menschen und Kindern, was Frauen wiederum in der Familie hält oder gar in sie treibt.

Gegenwärtig ist eher zu vermuten, daß sich der Geschlechtergegensatz verschärft statt abnimmt. Es wäre jedoch ungerechtfertigt, eine solche Entwicklung allein der Kapitalakkumulation und -verwertung anzulasten. Die Beispiele zeigen, daß die gesellschaftliche Dynamik vielleicht sogar in ähnlichem Maße von dem ausgeht, was ich als ‚Versorgungsökonomie' bezeichne. Wenn der stillschweigende Konsens der Geschlechter aufbricht, daß der Mann in den Beruf, die Frau ins Haus gehört, gerät das prekäre Gleichgewicht beider ‚Ökonomien' ins Wanken; nämlich dann, wenn Frauen der Erwerbsbereich auch in hierarchischer Staffelung zunehmend geöffnet werden muß, sie dort nicht ausreichend beschäftigt werden können, gleichzeitig aber den unentgeltlichen Versorgungsbereich meiden oder ablehnen.

Aber auch diese Erweiterung der Totalitätsperspektive um die Existenz einer ‚Versorgungsökonomie', in der Generationen und Individuen ihre Reproduktion sichern, reicht nicht aus, um den inneren Zusammenhang von Gesellschaft in ihrer vielfältigen Differenzierung begreifen zu können. Der systematische Einbezug von ‚Fortpflanzung' und ‚unentgeltlichen Versorgungsleistungen' in eine (markt-)ökonomische Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, selbst in seiner Geschlechtsspezifik, wäre noch nichts anderes als eine Reformulierung des marxistischen Basis-Begriffs. Die theoretischen Konsequenzen sind allerdings beträchtlich. Wie könnten wir noch unbefangen von einem Basis-Überbauverhältnis sprechen, selbst unter Rückgriff auf den Gedanken einer ‚relativen Autonomie' (Althusser), wenn wir ins Auge fassen müssen, daß die ‚Basis' von Gesellschaft nicht ausschließlich in einer kapitalistischen Marktökonomie besteht, in der Waren produziert und gegen Geld getauscht werden, sondern gleichermaßen in der „Produktion von Leben" in generativer und regenerativer Bedeutung? Und wenn das Geschlechterverhältnis in seiner historisch-spezifischen Ausprägung von nicht geringerer gesellschaftlicher Bedeutung wäre als die des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital? Vielleicht trifft sogar die Vermutung zu, daß die Gesellschaftsformation, die wir als „kapitalistische" zu bezeichnen gewohnt sind, nur eine historisch besondere Ausprägung eines geschichtsübergreifenden Patriarchalismus ist, den wir bis zur Entstehung von Kulturgesellschaften zurückverfolgen können. Die Frauenforschung nähert sich der Analyse dieser Zusammenhänge noch immer an. Dennoch läßt sich heute schon sagen: die in den 70er Jahren vertretene Auffassung, Hausfrauen würden vom „Kapital" oder dem „Kapitalisten" „ausgebeutet", stimmt so nicht, zumindest nicht in dieser Linearität. Es sind Männer, die nun auch begrifflich-theoretisch in Erscheinung treten. Die Frage muß erlaubt sein, ob nicht auch eine hochdifferenzierte Theorie Ausblendungen vornimmt, die Herrschaftszusammenhänge letztlich verdunkelt, wenn nicht gar unabsichtlich legitimiert.

Ursula Beer

1 Der Begriff wird mit unterschiedlicher Bedeutung verwandt. Bei Becker-Schmidt (1987) meint er die Einbindung von Frauen in zwei gesellschaftliche Arbeitsbereiche (Erwerb und Familie), ich selber verstehe darunter die Vergesellschaftung von Frauen und Männern durch Arbeit in einem Kontinuum von Arbeitsformen mit den beiden Polen „Vollerwerbstätigkeit" und „Familienarbeit". Zwischenformen sind zum Beispiel unentgeltliches Ehrenamt, Teilzeitarbeit mit Hausarbeit usw. Weiterhin meine ich die Vergesellschaftung der Geschlechter über Fortpflanzung/Sexualität in ihrer jeweiligen Geschlechtsspezifik.

2 Von einer „Kritik der politischen Ökonomie der Frauenarbeit" läßt sich schwerlich sprechen, weil Frauenarbeit in ihren Vergesellschaftungsformen — Erwerbsarbeit (entgeltlich und unentgeltlich, Hausarbeit und Arbeit im sozialen Ehrenamt) — erst von Frauenforscherinnen zum Gegenstand politisch-ökonomischer Theoriebildung erhoben wurde. Die Rede von einer „politischen Ökonomie" besitzt allerdings einen positivierenden Beiklang.

3 In der Frauenforschung dominiert die Akzentuierung des „weiblichen Lebenszusammenhanges". Erst allmählich setzt sich die Auffassung durch, daß es der Betrachtung der Vergesellschaftungen beider Geschlechter bedarf, um zu aussagekräftigen Analysen zu gelangen. Streitpunkt ist die Frage, ob Frauenforscherinnen nicht eigentlich Geschlechterforschung betreiben müßten, damit aber einer Preisgabe von emanzipativen Ansprüchen Vorschub leisten. Persönlich halte ich Befürchtungen dieser Art für unbegründet. Die meist von Männern eingeforderte Geschlechterforschung birgt allerdings die Gefahr einer Entpolitisierung des Geschlechterkonflikts.

Buchladen & Café
Berger Straße 18
(U-4 Merianplatz)
6000 Frankfurt-M.1

Buchladen
geöffnet
Mo-Fr: 10.00-18.30
Sa: 10.00-14.00
Telefon 069-448738

Café
geöffnet
Mo-Sa: 9.00-1.00
So: 10.00-1.00
Telefon 069-447989

Unschärferelation und Vaterland

Der deutsche Atombombenverein

Ein leider mißlungener Film über eine zum Glück mißlungene Physik: Anfang April strahlte die ARD ein Fernsehspiel über das nationalsozialistische Atombombenprojekt aus. An Fleiß, löblicher Absicht und materieller Ausstattung scheint es Autor Wolfgang Menge und Regisseur Frank Beyer nicht gefehlt zu haben. Indes, das zweiteilige Opus läßt den Betrachter irritiert zurück. Die Atombombe, so die Botschaft von „Ende der Unschuld", sei zwar made in USA, das Copyright jedoch deutsch. „Nur wenige wissen, daß Hiroshima in Berlin begann."

Wenn sie nicht so zerstritten gewesen wären, hätten es die Deutschen vielleicht auch geschafft. Zwei Gruppen von Physikern arbeiteten nämlich in Berlin, Hamburg, Leipzig und zuletzt im schwäbischen Haigerloch an der Wunderwaffe, die besseren Nazis, die dem Heereswaffenamt zugeordnet waren, und die besseren Physiker, die der Reichsforschungsrat zusammengetrommelt hatte. Der Film verwendet große Sorgfalt auf die These, die besseren Nazis hätten die besseren Ideen gehabt. In der *Zeit* spann Michael Schwelien den Faden gleich weiter; Kompetenzwirrwarr und akademischer Standesdünkel hätten das Unternehmen scheitern lassen. Merkwürdigerweise hatten jedoch die beredten Klagen des Heereswaffenamtes in den vierziger Jahren genauso geklungen.

Erst im Abspann wird diese seltsame Übereinstimmung erklärlich. Ein Professor Erich Bagge wird dort als wissenschaftlicher Berater des Streifens genannt. Mit dem Namen wissen wohl nur Insider etwas anzufangen, denn der Ruhm des inzwischen emeritierten alten Herrn erstrahlte und erlosch mit der „NS Otto Hahn", dem ersten und einzigen reaktorgetriebenen Schiff der Bundesrepublik, einem Techno-Dinosaurier, der nach elf Jahren Betrieb ersatzlos stillgelegt wurde. NS soll hier Nuklearschiff heißen, aber eine solche Buchstabenkombination muß einem auch erst einfallen.

Bagge startete seine Nachkriegskarriere an der Universität Kiel, wo er sie auch beendete. Dort blieb er Seite an Seite mit seinem ehemaligen Vorgesetzten im Berliner Heereswaffenamt, Kurt Diebner, welchem die ARD post mortem die Ehre zuteil werden läßt, als Hauptrolle zur besten Sendezeit präsentiert zu werden. Das Duo Diebner/Bagge steht für den geraden „deutschen Charakter". Nach Kriegsende haben die beiden Wehrmachtsphysiker nicht nur nie bestritten, woran sie im Nationalsozialismus gearbeitet und daß sie es mit Eifer und Überzeugung getan hatten. Sie blieben auch hartnäckig dabei, gute Arbeit geleistet zu haben, rein fachlich gesehen, und verstiegen sich gar zu der abstrusen Behauptung, sie hätten in der Technik der Wasserstoffbombe zeitweise einen Vorsprung vor den Amerikanern gehabt.

Seine Kontinuität unterstrich das Gespann durch heftige Opposition gegen den „Göttinger Appell", mit dem sich 18 westdeutsche Physiker 1957 gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr wandten. Der berühmte Aufruf war einer der Auslöser der hiesigen Friedensbewegung, aber auch willkommene Ge-

legenheit für einige Wissenschaftler, allen voran Carl Friedrich von Weizsäcker, sich zu rehabilitieren und die internationale Isolation zu überwinden, in die sie wegen ihrer Arbeit für den Nationalsozialismus geraten waren. Nicht so Bagge und Diebner: wie Adenauer und Strauß sahen sie im Atomwaffensperrvertrag ein „neues Versailles" für Deutschland. Mit der wissenschaftlichen Leitung des Kernforschungszentrums Geesthacht bei Hamburg betraut, nutzten sie die nukleare Logistik, die angeblich der Entwicklung von Schiffsreaktoren dienen sollte, zu Forschungen, die nicht einmal notdürftig als zivil getarnt werden konnten.[1]

Bagges ganzes Sinnen und Trachten, daran kann niemand zweifeln, der sich mit dieser Materie beschäftigt hat, gilt nach '45 wie davor der Atombombe, der Wasserstoffbombe und inzwischen der dritten und vierten sogenannten *exotischen* Generation von nuklearen Sprengkörpern. Für seinen Fanatismus fand er in pseudowissenschaftlichen Vereinigungen, die zum rechtsradikalen Politimperium des Lyndon LaRouche und seiner EAP alias Deutsche Patrioten gehören, ein passendes Forum.[2] Den Filmemachern kann kaum entgangen sein, auf wen sie sich einließen. Wenngleich ihre moralische Anklage gegen eine zerstörerische Wissenschaft sicher nicht im Sinne des EAP-Freundes ist, teilen sie über weite Strecken Bagges Geschichtsschreibung, die sich allerdings auf Deutungen und Hypothesen beschränken muß, da die zentralen Ereignisse und Daten hinreichend dokumentiert sind. Vor allem in der US-Fachliteratur ist das geschehen, die zwar auch die Wahrheit frisiert, aber immerhin auf transparente Weise.

Alles fing damit an — so beginnt diese Geschichte in 9 von 10 Fällen —, daß am kaiserlichen Wilhelm Institut zu Berlin-Dahlem 1938 die Chemiker Otto Hahn und Fritz Straßmann sowie die Physikerin Lise Meitner die Spaltung des Urankerns bei Bestrahlung mit langsamen Neutronen beobachteten. Noch während sie den Befund, der den bis dahin bekannten physikalischen Gesetzen zu widersprechen schien, überprüften und interpretierten, mußte Lise Meitner, eine in Wien geborene Jüdin, Berlin fluchtartig verlassen. Durch den Anschluß Österreichs war sie automatisch deutsche Staatsbürgerin geworden, aber eine solche, die die Anwendung der Nürnberger Gesetze zu fürchten hatte.

„Sie hat einen Webfehler, sie ist nicht so komplett arisch wie wir", läßt Menge seinen Otto Hahn sagen, und Rolf Hoppe spielt ihn als gemütlichen, biederen, sentimentalen Typ mit Stirnglatze und Stiernacken. Zu bezweifeln ist nur, ob das Grauen, das in der Szene steckt, wo Hahn seiner Kollegin zum Abschied „den Brillantring von Mutter für den Notfall" überreicht und ihr ein „Wird schon schiefgehen, du dummes Ding" mitgibt, das allgemeine Fernsehpublikum erreicht hat und von den Autoren überhaupt beabsichtigt war. Lise Meitner floh am 17.7.38 über Holland nach Dänemark und bald weiter nach Schweden. Auf ihrer Station in Kopenhagen wurde sie von Niels Bohr, einem Großmeister der damaligen Physik, untergebracht, dem sie aus erster Hand von dem Berliner Experiment berichtete.

Bohr brachte die wissenschaftliche Sensation noch vor Drucklegung anläßlich einer US-Reise über den Atlantik. Dort begriff der Ungar Leo Szilard, der bei dem Italiener Enrico Fermi arbeitete, die Möglichkeit einer Kettenreaktion, einer Energiegewinnung und einer neuartigen Bombe. Im August 1939 überredete er gemeinsam mit seinem Freund Edward Teller den anderen und bekannteren Großmeister Albert Einstein, einen Brief an Roosevelt zu schreiben, wonach die Regierung gut daran tue, die Kernphysik zu fördern. Einstein, Teller, Szilard hatten Deutschland schon 1932/33 verlassen, und bei Fermi war es seine jüdische Frau Laura, weswegen er die USA dem faschistischen Italien vorzog. Sie mußten sich nicht lange den Kopf zerbrechen, um sich vorstellen zu können, was es bedeuten würde, wenn Nazi-Deutschland eine Atombombe bekäme.

Einen Monat später hatte Deutschland den Krieg begonnen, und das Interesse der Regierenden war geweckt, nicht nur im Weißen Haus. In Frankreich, wo man an ähnlichen Experimenten wie Hahn geforscht hatte und vielleicht nur wenige Wochen später zu den gleichen Erkenntnissen gekommen wäre, wurde die prinzipielle Möglichkeit einer Kettenreaktion experimentell nachgewiesen. In Deutschland wandten sich wachsame Physiker brieflich an verschiedene NS-Ministerien, um darauf aufmerksam zu machen, daß man eine neue Bombe bauen könne; wer sie zuerst bekomme, könne die Welt verändern. Der Vorgang landete auf dem Schreibtisch Kurt Diebners im Heereswaffenamt, sozusagen der deutsche Oppenheimer, wenn man Menge und Beyer folgt.

Diebner ernannte sich umgehend zum Chef eines Kernforschungsreferats, um sich als erstes die Verfügungsgewalt über die Uranvorräte des Reichs zu sichern. Dann stellte er per Einberufungsbefehl ein Team namhafter Wissenschaftler zusammen, darunter Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker, Karl Wirtz und Bagge. Wirtz wird nach dem Krieg die Leitung des führenden bundesrepublikanischen Kernforschungszentrums in Karlsruhe übernehmen. Heisenberg war der bekannteste deutsche Physiker, der im Land geblieben war. In den zwanziger Jahren hatte er in Göttingen die Quantenmechanik mitbegründet. An dieser Universität hatten es die Professoren Max Born (theoretische Physik), James Franck (experimentelle Physik) und Richard Courant (Mathematik) verstanden, einen Kreis junger Talente zu sammeln, um den sich zahlreiche Legenden ranken. Alle drei mußten 1933 aufgrund der nationalsozialistischen Berufsverbote in die Emigration.[3] Mehr oder weniger zählte Weizsäcker ebenfalls zu diesem Kreis. Leute wie er und Heisenberg ließen sich fachlich nicht von einem wissenschaftlichen Nobody aus der NS-Bürokratie herumschubsen. Diebner brauchte sie jedoch, um bei Nazigrößen, etwa Albert Speer, Eindruck für sein Uranprojekt zu machen und haßte sie gleichzeitig, weil sie ihn selbst in den Schatten zu stellen drohten.

Dieser Konflikt liefert dem Film die Dramaturgie. Diebner und Bagge gegen Heisenberg und Weizsäcker, Praktiker gegen Theoretiker, der zupackende Typ gegen den bildungsbürgerlichen Denker und die ehrliche Haut gegen den Intellektuellen, der um die Sache herumredet. Zwangsläufig erscheint die Differenz größer, als sie es wirklich war, denn Opposition, Sabotage oder auch nur Hinhaltetaktik gab es bei den Beteiligten erst nach '45, das heißt in ihren Erinnerungen. So hat Carl Friedrich von Weizsäcker in Stellungnahmen zu dem Film seine vielfach publizierte Behauptung wiederholt, er und seine Kollegen hätten im Unterschied zu den Leuten vom Heereswaffenamt zu keinem Zeitpunkt wirklich eine Bombe für Hitler bauen wollen. Die Mitarbeit im Uranverein sei vertretbar gewesen, weil ihnen klar gewesen sei, daß dieses Ziel so oder so nicht erreicht werden würde. Tatsächlich war das erst *nach* 1945 evident, als am Beispiel von Los Alamos zu sehen war, welcher ökonomische und technische Auf-

wand den Deutschen noch bevorgestanden hätte. Weizsäckers Doppelmoral entlarvt sich an seinem Argument, die Arbeiten an der Reaktorentwicklung hätten der zukünftigen friedlichen Nutzung der Kernenergie dienen sollen. Natürlich ging es, wie in den USA, ausschließlich um die Plutoniumproduktion, welche wiederum nur die Militärs interessiert.

Ähnlich wie in den USA, wo man allerdings annahm, die Deutschen hätten nicht so viel Zeit ‚verschenkt', verstrichen ungefähr zwei Jahre, bevor man als erste Etappe auf dem Weg zur Bombe die Konstruktion eines einfachen Reaktors in Angriff nahm. Diese Zeit war nötig, um die Einzelheiten einer nuklearen Kettenreaktion besser zu verstehen und Modellrechnungen anzustellen. Die Neutronen, die der U235-Kern bei seiner Spaltung abgibt, sind nämlich zu schnell, um ihrerseits weitere Kerne zu spalten, sie müssen also durch Moderatoren (Graphit, schweres Wasser) verlangsamt werden. Bei diesem Prozeß werden sie allerdings durch die anderen, nicht spaltbaren Urankerne U238 ‚eingefangen', wodurch ein Großteil der Neutronen für eine Kettenreaktion verloren geht. Durch diesen Vorgang entsteht zwar das für die Bombe benötigte Plutonium, er hindert jedoch den Reaktor daran, ‚kritisch' zu werden, das heißt in Betrieb zu gehen.

Man suchte also nach einer Maschine, die, wenn sie funktioniert, Plutonium produziert, wobei dieser Zweck die Maschine am funktionieren hinderte. Das Problem läßt sich nur lösen, wenn man die natürliche Zusammensetzung des Urans (99,3% U238 und 0,7% U235) zugunsten des spaltbaren Anteils verändert, oder wenn man eine komplizierte Anordnung von Moderatoren wählt und dabei auch schweres Wasser verwendet. Die USA entschieden sich für den ersten Weg, *Anreicherung* genannt, die Deutschen für den zweiten. Ihnen blieb keine andere Wahl: unter den Kriegsbedingungen von 1941 konnten die riesigen Anlagen, die in den USA unter strikter Geheimhaltung zur Urananreicherung aus dem Boden gestampft wurden, weder gebaut werden noch den Alliierten verborgen bleiben. Andererseits hatte die Wehrmacht größere Mengen des ebenfalls nur mühselig zu gewinnenden Schwerwassers in Norwegen konfisziert. Heisenberg mußte also rechnen, und Diebner spielte den Ungeduldigen — schlechte Stimmung in der Firma.

Als der Uranverein gegen Kriegsende wegen der Bombardements von Berlin nach Haigerloch umzog, wurde zur Genugtuung Diebners sein Reaktormodell, an Ketten aufgehängte würfelförmige Uranbrennelemente, weiter verfolgt anstelle der von Heisenberg bevorzugten Anordnung in Schichten. Hätte Diebner sich früher gegen den Star Heisenberg durchsetzen können, suggeriert der Film, hätte es vielleicht noch geklappt: „Sie waren verdammt nah dran." Das ist ziemlicher Unsinn, wie der Vergleich mit den USA zeigt. In Chicago wurde 1942 der erste Reaktor kritisch. Von da an ließ das Weiße Haus dem Projekt jede gewünschte Unterstützung zuteil werden; zeitweise arbeiteten 150000 Menschen für das Programm, ohne zu wissen, welches Ziel es verfolgte. Trotzdem dauerte es noch drei Jahre bis zum ersten Atomtest am 16.7.45. Die Deutschen hatten also einen Rückstand von mindestens drei Jahren, was der politischen und militärischen US-Administration bereits im Verlauf von 1944 klar wurde. Diese Kenntnis gab sie den Bombenbauern in Los Alamos wohlweislich nicht weiter, sie hätte da deren Motivation beeinträchtigt.[4]

Bagges abwegige Sicht haben die Filmautoren vielleicht einfach deswegen übernommen, um etwas Spannung in die zweimal eineinhalbstündige Serie hineinzubekommen. Die Intention ihres wissenschaftlichen Beraters ist jedoch klar: der wollte durch kräftiges Eigenlob dafür werben, endlich die Fesseln abzustreifen, die der deutschen Atomtechnik in militärischer Hinsicht immer noch auferlegt sind. Die selbstbewußten Töne sind eine Folge der neuen deutschen Souveränität.

Die „Anklage", Hiroshima habe in Berlin begonnen, ist verlogen. Sie überschätzt — und in diesem Film auf grandiose Weise, indem die Schauspieler zum Beispiel in jedem Ausdruck, jeder Geste, jedem Satz vor den Figuren, die sie darstellen sollen, erzittern — das Niveau der deutschen Naturwissenschaft Ende der dreißiger Jahre.

Wenn Hiroshima mit dem besagten Experiment in Berlin begann, dann muß man auch sagen, daß es genauso gut in Paris, Rom oder Berkeley seinen Ausgang hätte nehmen können. Die Entdeckung der Uranspaltung war keine gedankliche Einzelleistung wie etwa die Formulierung der Relativitätstheorie; sie lag in der Luft, weil zu jener Zeit alle möglichen Forschungsteams den Phänomenen der Radioaktivität systematisch nachgingen.

Der verbreitete ‚radikalökologische' Ansatz, nach solchen Erkenntnissen dürfe gar nicht gesucht, und wenn man sie trotzdem finde, dürften sie nicht veröffentlicht werden, hat die simple Gleichsetzung zwischen einer relativ zweckfreien, zivilen Grundlagenforschung und der Teilnahme an einem Militärprojekt zur Folge. Wenn man die Frage darauf begrenzt, verloren die Leute ihre Unschuld weniger dadurch, daß sie nächtelang radioaktive Proben in ein Bleirohr schoben und mit der Stoppuhr die Strahlung maßen. Sondern sie verloren sie dadurch, daß sie sich von den Nazis für eine Vernichtungstechnik rekrutieren ließen.

Womit wir beim entscheidenden Punkt sind: In Berlin begann etwas anderes als Hiroshima. Der Film sagt dazu nichts, behandelt zwar den Antisemitismus, schon wegen der Emigranten, doch die Existenz eines Vernichtungsantisemitismus kommt in der beschaulichen Welt des Kaiser-Wilhelm-Instituts und des Heereswaffenamtes, wo man Marschmusik probt und sich mit kleinen Intrigen die Zeit vertreibt, nicht vor. Sie haben also alle „nichts gewußt". Der Film behandelt das nicht einmal, geschweige denn, daß er es in Frage stellte, er setzt es einfach voraus. In dieser Hinsicht folgt das Drehbuch der sogenannten Vergangenheitsbewältigung jener ganzen Generation, wie überhaupt zahlreiche Dialoge einfach aus dem reichhaltigen Fundus der Physikermemoiren abgeschrieben sind. Man glaubt, den Heisenberg zwischen 1939 und 1945 zu hören, tatsächlich sind es jedoch Sätze, die jener Jahrzehnte später geschrieben hat, voller Rechtfertigungen und Beschönigungen, wenn man ihren Kontext heranzieht.[5]

„Hiroshima begann in Berlin": Als sie am 6.8.45 in englischer Gefangenschaft vom Atombombenabwurf erfahren, räsonieren die Wissenschaftler des Uranvereins, ob sie sich Vorwürfe machen müßten, ob sie Nazi-Deutschland wirklich die Bombe gegeben hätten, wenn es soweit gekommen wäre und ob sie nicht in einer glücklicheren Situation als ihre amerikanischen Kollegen seien, indem ihnen die Entscheidung erspart blieb. Diebner und Weizsäcker streiten darüber, ob man sie überhaupt habe bauen wollen, und im Film nimmt der Nazi die Ausflüchte des Präsidentenbruders auseinander. *Da kamen uns Skrupel*, erinnern sich die meisten Beteiligten, ohne daß sie merken, was sie sagen: vorher hatten sie keine. Keine Skrupel wegen Zyklon B, keine Skrupel wegen der Deportationsbefehle, die Vater Weizsäcker im Außenministerium abzeichnete.

In der Physik formulierte Heisenberg die Unschärferelation, wonach es im Mikrokosmos nicht möglich ist, zwei bestimmte Größen gleichzeitig „scharf", das heißt mit beliebiger Genauigkeit zu messen. Bestimmt man etwa den Impuls (Masse mal Geschwindigkeit) eines Elementarteilchens immer genauer, so wird die Messung seines Orts immer ungenauer. Er zögerte nicht, daraus eine Philosophie, oder was er dafür hielt, zu machen, und der Film demonstriert sie anschaulich: Man stellt auf Hiroshima scharf, und Auschwitz verschwimmt bis zur Nichtexistenz. Der Film mit der falschen Moral erspart uns nicht einmal ein Happy End. Der gute Deutsche Hahn bekommt den Nobelpreis. „Ende der Unschuld" — alles nicht so schlimm gewesen.

Detlef zum Winkel

1 Atomforschung in Geesthacht, AK Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Hamburg 1989.
2 Helmut Lorscheid, Leo A. Müller, Deckname Schiller, Reinbek 1986.
3 Alan D. Beyerchen, Wissenschaftler unter Hitler, Köln 1980.
4 Richard Rhodes, Die Atombombe oder die Geschichte des 8. Schöpfungstages, Nördlingen 1988.
5 Werner Heisenberg, Der Teil und das Ganze, München 1973.

Mut zum Kitsch

Derek Jarmans „The Garden“ und Straub/Huillets „Cezanne“

„Dann glänzt ein neuer Tag herauf,
sie sind's! die langentbehrten,
die lebendingen, die guten Götter.“
(Der Tod des Empedokles, Hölderlin)

Die Kunst kann's nicht lassen. Weiterhin bemüht sie sich um das Schöne. Jean-Marie Straub zitiert in einem Interview (*FR*, 9.3.1990) Bertolt Brecht, der meinte, daß man Mut haben müsse zum Kitsch. Doch der Mut zum Kitsch eröffnet dem Künstler nicht nur die Chance, Schönes als Wahres zu produzieren und zu zeigen, sondern birgt auch die Gefahr, Kitsch mit Schönheit zu verwechseln. Beide Möglichkeiten, die dem Mut zum Kitsch innewohnen, konnten auf der Berlinale '91 im Rahmen des Internationalen Forums des jungen Films begutachtet werden. Als eine Art Doppelprogramm wurden Straub / Huillets CEZANNE und Derek Jarmans THE GARDEN — bezeichnenderweise an einem Sonntagnachmittag — vorgeführt. Was einen Vergleich beider Filme lohnend macht, ist die Haltung ihrer Regisseure, ist besagter Mut zum Kitsch, dem sie ihr Entstehen verdanken. Denn sowohl Straub / Huillet als auch Jarman unternehmen in ihren neuen Filmen den Versuch, statt den Verlust einer besseren, schöneren Welt sentimental zu beklagen, deren Überreste in der Gegenwart dingfest zu machen. Vorgehensweise und Ergebnis, Form und Inhalt der beiden Filme sind dabei allerdings höchst unterschiedlicher Natur. Um's vorweg zu nehmen: THE GARDEN ist Kitsch, CEZANNE ist schön.

Gemeinsam ist beiden Filmen die Zeitdiagnose: der ‚Fehl Gottes' (Hölderlin), die ‚Entzauberung der Welt' (Weber) bilden das Negativum, dem Natur und Sinnlichkeit in beschwörender Weise entgegengehalten werden. Derek Jarman entwirft hierzu ein subjektiv-surreales Bild der Gegenwart. So begegnet gegen Ende des Films ein unter Strommasten wandelnder Jesus einem trillerpfeifenden Jogger, der die Präsentation der Stigmata nur mit verständnislos-höhnischem Vogel-Zeigen quittiert. Anfangs des Films sitzen Maria und das Kind in Erwartung eines Fototermins in Plüschkleidern vor einem Geräteschuppen; die versammelte Weltpresse, schwarz vermummt und japanisch hochgerüstet, wird immer zudringlicher und schlägt Maria und das Kind in die Flucht. Eine dritte Szene zeigt den jungen Jesus, der auf einem Tisch vor einer Schultafel steht; die am Tisch sitzenden Erwachsenen schlagen mit Rohrstöcken den Takt. Insbesondere die letzte der drei kurzen Episoden aus dem Leben Jesu erinnert durch ihre plumpe Machart sofort an Pink Floyds THE WALL. Doch neben den symbolüberladenen Bildern, die das Schicksal Jesu in die Jetztzeit projizieren und die Gottverlassenheit der Moderne zum Gegenstand haben, gelingen Jarman auch schöne Einstellungen. Das letzte Abendmahl vor düsterem Himmel — wobei die Jünger bezeichnenderweise Frauen sind — entpuppt sich zur Flamencoshow und könnte, was Motiv und Ausleuchtung betrifft, so auch von Caravaggio gemalt worden sein. Und die schwulen Liebesszenen in der Badewanne und am Strand sind von der Kamera mit großer Zärtlichkeit aufgezeichnet worden. Am eindrucksvollsten ist jedoch Jarmans Inszenierung der Natur. Blumen, Strandkies, Abendhimmel, Brandung, ödes Land und weites Meer werden mittels Nahaufnahmen, Farbfilter und Zeitraffer in ein eigentümlich mystisches Licht getaucht. Dazwischen Szenen, die den Regisseur bei der Gartenarbeit vor seinem Haus an der Küste von Kent zeigen. Der Garten ist ein steinerner Garten, ähnlich den zen-buddhistischen, nur vereinzelt ragt eine Kaktee aus den steinernen Spiralen. Jarman meint zu Haus und Gegend, in der er seit drei Jahren lebt: „Sobald man auf der Straße nach Dungeness abbiegt, ist man in einer anderen Welt. Es ist eine Arbeitergegend und daher nicht so hübsch, hat aber die tollsten Himmel, die man sich vorstellen kann. Weil alles so eben ist und es keine Bäume gibt, wirkt es wie eine Wüste. Man kann vor dem Haus den Sonnenaufgang beobachten und abends auf der Rückseite den Sonnenuntergang. Es herrscht ein wunderschönes Licht.“

Es wäre also der Garten Eden, wäre da nicht das Atomkraftwerk, nur ein paar hundert Meter von Jarmans Haus entfernt und in den Bildern omnipräsent. The garden ist zugleich Garten Eden und Gethsemane. Auf der einen Seite Verfolgung und Folterung von Schwulen, Aids, menschenverachtende Technik, auf der anderen Natur, Geborgenheit, Sinnlichkeit, Liebe. Doch der Garten Eden gedeiht nur noch im Schatten und Schutz von Gethsemane. Jarman lakonisch: „Dann ist da noch das Atomkraftwerk, das in gewisser Hinsicht die Gegend davor bewahrt hat, von Leuten überlaufen zu werden, die hier ihre Ferienhäuser hinstellen.“ Aidsinfiziert hat man leicht lachen. Radioaktivität wird zum willkommenen Schutzschild gegen die heillose Welt, deren ehrgeizigstes Projekt sie ist. So zeigt sich Jarman in der privaten Katastrophe der Ausweg aus dem Schlamassel, den Walter Benjamin der ganzen Menschheit wies, als er orakelte: „Denn messianisch ist die Natur aus

ihrer ewigen und totalen Vergängnis. Diese zu erstreben, auch für diejenigen Stufen der Menschen, welche Natur sind, ist die Aufgabe der Weltpolitik, deren Methode Nihilismus zu heißen hat." (Theologisch-politisches Fragment) Die verquere Mischung aus Religion und materialistischer Geschichtsphilosophie Benjaminscher Prägung verfehlt heutzutage ihre Wirkung, erscheint als Philosophie-Kitsch. Subjektiv gewendet, als Kunst-Kitsch, eröffnet der private Nihilismus dem Regisseur jedoch die Möglichkeit, noch einmal heile Welt zu spielen und vorzuzeigen, nicht vorzugaukeln, denn das Publikum weiß sehr wohl, wieso es in Jarmans Garten nicht seinen Freizeitvergnügungen nachgeht. Und auch Jarman ist sich der Ausweglosigkeit der Situation bewußt, wenn er in seinem aus dem Off eingesprochenen Gedicht den altehrwürdigen Trick bemüht, Hoffnungslosigkeit und Heilserwartung in eins zu setzen. Das ‚Please come back next year' wirkt kraftlos, ist nichts als Phrase angesichts des Todes: „Cold, cold, cold/ We die so silently/ My gilly flowers, roses, violets blue/ Sweet garden of vanished pleasures/ Please come back next year/ Cold, cold, cold/ I die so silently/ good night boys, goodnight Johnny/ Good night, Good night."

Dem ‚süßen Garten entschwundener Freuden' ist das RegisseurInnenpaar Straub / Huillet schon länger auf der Spur. In ihrem Film PAUL CEZANNE IM GESPRÄCH MIT JOACHIM GASQUET haben sie allerdings das von ihnen bisher bevorzugte Genre, den Kostümfilm (DIE CHRONIK DER A.M. BACH, MOSES UND ARON, DER TOD DES EMPEDOKLES, SCHWARZE SÜNDE) verlassen und betreten filmisches Neuland. Das Verhältnis von Bild und Wort hat sich oberflächlich deutlich zugunsten des Wortes verschoben. Die Bilder dienen nurmehr der Illustration der mystisch-naturalistischen Ansichten des impressionistischen Malers, die dieser in langen Monologen dem jugendlichen Bewunderer und Freund Gasquet zum Besten gibt. Und doch entsteht kein unfilmisches Mißverhältnis zwischen Ton und Bild, entsteht nie der Eindruck, daß die beiden RegisseurInnen nur gute Volkshochschullehrer seien. Denn die Ölgemälde Cezannes, vom Kameramann Henri Alekan in langen Einstellungen brillant ausgeleuchtet und ohne die von Museumsbesuchen schon zur Gewohnheit gewordenen Sicht- und Schutzschilde, gerinnen vor dem Kameraauge zu Zeugen eines möglichen anderen Umgangs mit Natur. Als anschauliche, materiale Produkte impressionistischer Arbeitsweise enthüllen die Bilder ihren ikonenhaften Charakter. Sie repräsentieren Natur, die ohne Vermittlung dem Menschen so nicht erfahrbar wäre. Die Rolle des Künstlers hierbei ist nicht die des Genies, er ist nach den Worten Cezannes nur ein „Behälter von Empfindungen", ein „Registrierapparat", eine „empfindliche Platte". Etwas später wird deutlich, daß Cezanne keineswegs einem Realismus das Wort redet, sondern im Künstler einen Schamanen sieht, der, statt Natur ‚naturgetreu' zu verdoppeln, sich dieser in einer Art Mimesis zu nähern versucht: „Ich will mich in der Natur verlieren, mit ihr wieder aufsprießen, wie sie die hartnäckigen Töne der Felsen haben, die vernünftige Eigensinnigkeit des Berges, die Flüssigkeit der Luft, die Wärme der Sonne. In einem Grün wird mein ganzes Hirn fließen mit den Säften des Baumes." Der analytisch-naturwissenschaftliche Zugriff auf die Natur weicht in der Kunst Cezannes einem ekstatischen In-eins-fühlen mit der Natur. Die kunsttheoretischen Ausführungen des Malers gipfeln folgerichtig in der Frage: „Die Inkarnation der Sonne durch die Welt, wer wird das je malen, wer es erzählen? Das wäre die physische Geschichte, die Psychologie der Erde." An dieser Stelle erlauben sich Straub / Huillet, Cezanne darauf hinzuweisen, daß ein anderer, nämlich Hölderlin, dieselbe Frage schon einmal gestellt und den Versuch einer Antwort gegeben hat. Nach einem harten Schnitt zeigt die Leinwand den Hölderlinschen Empedokles der Straub / Huilletschen Verfilmung des TOD DES EMPEDOKLES, der die Sonne als Kupplerin zwischen Mensch und Natur preist: „O himmlisch Licht! ... Und wie du heiter wandelst um die Sterblichen,/ Und himmlischjugendlich den holden Schein/ Von dir auf jedes eigen überstrahlst,/ Daß alle deines Geistes Farbe tragen,/ So ward auch mir das Leben zum Gedicht." Und prompt wird dem Zuschauer klar, um was es Straub/Huillet in ihrem Film eigentlich geht: nicht um eine logische Interpretation der Werke Cezannes, sondern um den Versuch der Legitimation von Kunst überhaupt in einer Zeit, in der Mystik, Metaphysik, selbst Naturalismus allgemein suspekt geworden sind. Doch während in Jarmans THE GARDEN das Zerwürfnis von Kunst und Wirklichkeit in den Bildmotiven stets präsent ist und die Symbolbeladenheit den Film zum Kitsch werden läßt, vermeiden Straub / Huillet jegliche abstrakte Symbolik und wagen den Blick durch die Kamera, der — laut Kracauer — „wichtige Aspekte physischer Realität darstellt, ohne ihr dabei Gewalt anzutun, so daß das ins Blickfeld gerückte Rohmaterial sowohl intakt bleibt wie auch transparent gemacht wird" (Theorie des Films). Ein Photo, das Cezanne bei der Arbeit in der Natur zeigt, dessen Gemälde, lange Kameraschwenks über die von Cezanne in seinen Bildern festgehaltene Landschaft, Szenen aus Renoirs MADAME BOVARY und aus DER TOD DES EMPEDOKLES werden bruchstückhaft zusammengesetzt und haben nur eins zum Ziel: die von Kracauer dem Film zugeschriebene ‚Errettung der äußeren Wirklichkeit'. Ob diese dem Film heutzutage noch gelingen kann, ist jedoch gerade dann mehr als fraglich, wenn man CEZANNE ernst nimmt. Denn die Straub/Huillet reduzieren die technischen Möglichkeiten des Films so stark, daß bei flüchtigem Hinsehen das Endprodukt mehr einer Ton-Dia-Show als einem Film gleicht. Keine Kamerafahrt durchmißt die Tiefe des Raumes, es gibt nur vereinzelte Kameraschwenks, das Standbild dominiert den Film.

Die Hoffnung, die Kracauer und Benjamin einst auf die entlarvende Technik des Films setzten, auf die nur scheinbar unendlichen Möglichkeiten der Analyse von Struktur und Bewegung, hat sich als blind erwiesen. Doch läßt die eingefügte Szene aus MADAME BOVARY die ehemals revolutionäre Potenz des Films noch einmal vor unseren Augen entstehen. Und es schwingt nicht nur Bewunderung für Renoir, sondern auch etwas Traurigkeit über die eigenen Möglichkeiten mit, wenn Straub meint: „Wenn ein Regisseur eine solche Fiktion erreicht wie Renoir, wird das wie ein Dokumentarfilm über die Zeit und Umgebung von Cezanne, die Moral der Welt, d.h. des Schlosses und der kleinen Leute von Aix, diese Heuchelei, wenn einer sagt: ‚Ich lüge nie.' Mit dem Rückgriff auf Renoir konnten wir diese Gesellschaft zeigen."

Welcher Film hat heute noch die Kraft einer Fiktion, Gesellschaftsstrukturen zu durchleuchten? Selbst Protagonisten wie Godard und Achternbusch unternehmen schon gar nicht mehr den Versuch, feiern entweder in sophistischer Manier das Zitat (NOUVELLE VAGUE) oder halten naiv die Kamera auf alles, was ihnen in die Quere kommt (HICK'S LAST STAND). In CEZANNE reflektieren Straub/Huillet die vertane Möglichkeit, der Wirklichkeit filmisch auf den Leib zu rücken. Fast notwendigerweise landen sie beim Ursprung des Films, der Photographie. Sie verlangsamen das Bewegungsbild, bringen es gar zum Stillstand und erwecken beim Zuschauer dadurch die quasi-meditative Besinnlichkeit, die sich der Irrelevanz technischen Fortschritts und erhöhter Geschwindigkeit bewußt und der heillosen Dürftigkeit der Zeit gewahr wird: so landen Straub/Huillet über den Umweg Hölderlin und Cezanne bei einem Mystizismus Heideggerscher Provenienz und pflegen den Anachronismus, dem zuvor schon Tarkowsky aufsaß, als er sein Credo verkündete: Ins Kino gehen ist Gottesdienst.

Hans-Jörg Huhn

Milch ist sehr gesund

von Stephen Dixon

Es war schon reichlich spät am Abend, also fragte ich meine Frau, ob sie bereit sei zu gehen. „Ein paar Minuten noch, Darling", sagte sie, „ich amüsiere mich grad so gut." — Ich amüsierte mich nicht. Die Party war zum Gähnen, schon von Anfang an. In der Küche der übliche Trinkwettkampf, auf dem Klo ein paar Lehrer und -innen, die mit ihren Männern beziehungsweise Frauen kifften, irgendein Phil flirtete mit Joe Wieheißters Frau, Joe wiederum versuchte Mary Mrs. dazu zu bringen, etwas, wie er das nannte, frische Luft mit ihm schnappen zu gehen, während Marys Mann gerade damit beschäftigt war, mit der Geliebten der Ehefrau eines anderen das Sternbild zu betrachten, unter dem sie geboren war, und ich fühlte mich einsam, wollte weder kiffen noch einen weiteren Drink zu mir nehmen noch irgend jemandes Frau zu ein paar frischen Zärtlichkeiten in der frischen Luft spazierenführen. Ich wollte nach Hause, und meine Frau wollte nicht, sie wollte unbedingt mit einem anderen Mann als mir kiffen oder trinken, und vor allem wollte sie mit Frank Soundso an der frischen Luft spazierengehen, da Franks Frau soeben mit Joe denselben Bummel unternommen hatte, nachdem Joe erfahren hatte, daß Mary für heute nacht dem befreundeten Zahnarzt versprochen war, der sie und ihren Mann in dieses Haus begleitet hatte, und daher beschloß ich zu gehen.

„Wiedersehen, Cindy", sagte ich.

„Du gehst, Darling?"

„Ja, ich gehe, kommst du mit?"

„Jetzt noch nicht, Rick, aber ich finde schon irgendwie nach Hause."

„Laß dir ruhig Zeit", sagte ich, „kein Grund zur Eile. Kannst auch das Frühstück auslassen, falls dir der Sinn danach steht — ich kümmere mich schon um die Kinder. Und schenk dir morgen auch das Mittag- und Abendessen, wenn du willst — wird schon hinhauen. Ach, nimm doch das Wochenende oder die ganze Woche gleich auch noch mit, wenn du Lust hast — ich werde zu Hause schon alles regeln. Oder wenn dir zwei Wochen oder ein Monat oder auch ein ganzes Jahr als Urlaub nötig scheinen, mir soll's recht sein, Liebste", gab ihr einen Kuß zum Abschied, fuhr nach Hause, und löste die Babysitterin ab, die sagte: „Sie hätten gar nicht so früh zurückkommen brauchen, Mr. Richardson, die Kinder machen überhaupt keinen Mucks. Ich passe so gern auf sie auf, daß es fast kriminell ist, dafür Geld zu nehmen."

Dann lassen Sie's", sagte ich; und Jane: „Na, so wörtlich war das nun auch nicht gemeint, Mr. Richardson", steckte ihren Lohn ein und ging zur Tür.

„Gute Nacht", sagte ich auf der Porch, „und ich hoffe wirklich, Sie nehmen's mir nicht übel, wenn ich Sie heute Nacht nicht nach Hause begleite. Aber ich bin wirklich zu kaputt."

„Sind ja bloß zwei Blocks bis zum Wohnheim, obwohl ich unsere netten Plaudereien unterwegs nur ungern misse."

Diese netten Plaudereien. Diese langweiligen, sechs- bis siebenminütigen Monologe Janes über die fehlende Reife beziehungsweise fehlende Unreife ihrer Freunde, oder ihre Erzählungen von der Arbeit in der Schule, von der sie zweifellos annahm, ich interessiere mich dafür, weil ich dasselbe Fach unterrichte, das sie an ihrer Schule als Hauptfach belegt hat. „Heute abend", sagte Jane, „hätte ich Ihren Rat besonders nötig gehabt, und zwar zu meinem Referat über die Vater-Sohn- beziehungsweise latente oder sogar offene homosexuelle Beziehung zwischen Boswell und Johnson, weil ich unbedingt eine gute Note dafür haben muß, wenn ich für den Kurs eine Zwei kriegen will."

„Bringen Sie's ins Büro, dann werde ich's korrigieren und einige der unklaren Passagen von mir aus auch neuschreiben."

Das würden sie tun, Mr. Richardson? Das wäre aber zu nett von Ihnen, mehr als ich mir je erträumt habe". Sie war so begeistert, daß sie mir die Arme um den Nacken schlang, und während sie mich voller Dankbarkeit umarmte, konnte ich nicht widerstehen, ihr einen leidenschaftlichen Kuß aufs Genick zu geben — und da war nun etwas in Gang gekommen: Jane sagte: „Oh Mr. Richardson, Sie unartiger Lehrer, das hätte ich aber kaum von Ihnen gedacht", rieb mir den Rücken, drückte meinen Menis unter der Hose und sagte: „Mannomann, Sie überraschen mich aber heute auf mancherlei Weise", zog mir den Reißverschluß auf und beorbitete meinen Menis, bis ich dermaßen lechelte, daß ich sie nicht mehr hechtzeitig warnen konnte und ihr in die Wand ritzte.

„Was'n irrer kalter Bauer", sagte sie. „Hast du'n Tempo?"

„Tschuldigung. Und deinen hübschen Rock hab ich glaub ich auch bekleckert."

„Das olle Schmuddelding? Komm, laß mich mal richtig abwischen." Sie hockte sich hin, im Dunkel meiner Porch, und wischte mich mit einem Tempo trocken, lachte wieder an meinem Menis herum, und bevor ich noch irgend etwas Vernünftiges ihr sagen konnte, etwa was für ein extrem unfeines Gebaren dies für eine junge Frau vom selben College sei, auf dem ich bisher noch nicht verbeamtet war, einem Mann leinen zu vasen, dessen Kinder sie gerade gehütet hätte, war ich selbst auf dem Boden, wobei ihr Hund meinen Menis keine Sekunde mooshieß, während ich unter ihr spelzte, ihr das Höschen herunterbog, meine Lunge in ihre Ragina steckte und meinerseits an ihr dummzulachen anfing, langsam, das allmählich sich steigernde Tempo genießend, auf das wir uns stillschweigend verständigt hatten, als Jane plötzlich sagte: „Den Spitzler, Mr. Richardson, schlingen Sie den kleinen Spitzler hoch", aber ich fand ihn nicht und verspuckte daher jeden Fletzen Fleisch der ihr und aus ihrer Ragina lappte, in der Hoffnung, irgendeine ruckartige Bewegung, ein Ausruf oder Schrei möge mir melden, daß ich zufällig ins Schwarze getroffen hätte.

„Ja", sagte sie, „genau da, das ist der kleine Teufel, du hast ihn an der Nase", und nachdem wir beide uns mehrere Minuten lang segengeigig mit dem Hund beorbitet hatten, kam es uns meiden zur Leichenzeit.

„Und jetzt richtig", sagte Jane, „oder meinst du, es ist hier zu hell? Ach Scheiß drauf, niemand kann uns hören, du und deine Frau, ihr habt ja'n verdammt großes Grundstück, echt gut, und außerdem ist es mir sowieso völlig schnurz, wenn's einer hört, und dir?", stopfte ihr Höschen in ihre Büchertasche, legte sich bückwärtes auf den Loden, watschte meinen Menis hin und her, bis ich einen Tender hatte und sie mich vorsichtig hineinführte.

„Rick, du Irrer", sagte meine Frau. „Ich hab euch zwei Hyänen schon aus einem Block Entfernung gehört."

„Guten Abend, Mrs. Richardson", sagte Jane, stand auf und strich sich den Rock glatt.

„Guten Abend, Jane. Haben die Kinder sich benommen?"

„Wie die Engel, Mrs. Richardson. Ich sagte schon zu Mr. Richardson, es wäre eigentlich kriminell, Geld von Ihnen zu nehmen, so gern wie ich auf ihre Kinder aufpasse."

„Ich habe zu ihr gesagt, ‚Dann nehmen Sie das Geld eben nicht'", sagte ich.

„Und ich habe gesagt, ‚So wörtlich war's nun auch wieder nicht gemeint, Mr. Richardson', das heißt, wie jeder andere brauche ich leider halt auch Geld zum Leben."

„Und was hast du dazu gesagt?" frage Cindy mich, und als ich berichtete, Janes letzte Bemerkung hätte mich sprachlos gemacht, schlug sie vor, wir sollten doch alle ins Haus reingehen, „und vor allem Sie, Jane, denn ich möchte nicht, daß Sie mit einem bekleckerten Rock nach Hause kommen."

Wir gingen rein, Cindy holte Fleckentferner und Bügeleisen und meinte: „Übrigens. Wenn ihr wollt, könnt ihr zwei nach oben gehen, während ich Janes Rock saubermache."

„Ich weiß nicht, was mir besser gefällt: das", sagte ich, „oder dein bla-

siertes Getue, Cindy."

„Och, ist schon gut, Mr. Richardson. Ihre Frau hat gesagt, es wäre in Ordnung, und sie verhält sich genau richtig", und Jane führte mich nach oben ins Schlafzimmer.

Wir lagen im Fett, Jane fraß auf mir, mein Simmel tief in ihrem Broch, mein Schwinger in ihrem Teckrum, als Cindy durch die Türe sprach: „Dein Rock ist fertig, Jane." „Ach ja?" sagte Jane. Cindy kam unbekleidet ins Zimmer und sagte: „Ja, porentief rein", steig zu uns ins Fett, und nachdem sie uns beim Diebelachen gezeichnet hatte, ich dabei für eine Wunde inter Jane, legte sie Bleistift und Skizzenblock weg, hetzte ihre Rotze auf meinen Hund und gleich hangelten wir drei wie mild auf dem Fett herum, faulten und pinselten und fuhren uns über Schultern und Haare. „Oh Rick" sagte Cindy „Oh Mr. Richardson" sagte Jane. „Oh Janie" sagten Cindy und ich „Oh Mrs. Richardson" sagte Jane „Oh Cindybee" sagte ich. Und gerade als mir aufging, daß mein größter Wunschtraum der letzten fünfzehn Jahre — ich mit meiner Lunge und meinem Menis in den jeweiligen Besen zweier mollzystriger Prachtweiber — kurz vor der exakt wie erträumten Erfüllung stand, und das hieß, mit dem allertollsten Organschwund meines Lebens, kam Dandy, meine ältere Tochter, ins Zimmer und sagte: „Mommy, Daddy, Jane, kann ich was Milch haben?"

„Geh wieder ins Bett", sagte Cindy.

„Ich will auch Milch", sagte Beverley, meine andere Tochter.

„Milch ist keine mehr da", sagte Jane. „Ich hab alles ausgetrunken."

„Was hast du?" fragte Cindy. „Was hast du?"

„Alles ausgetrunken."

Cindy schwieg von meinem Topf und meinte, ich solle meinen Engel aus Janes Öse entkernen und sie ins Wohnheim zurückbegleiten, wenn ich nichts dagegen hätte, denn eine Babysitterin, die die letzte Milch wegtrinken würde, wo sie genau wüßte, daß die Kinder, auf die sie aufpaßte, am Morgen ganz versessen seien auf Milch in ihren Cornflakes, habe in diesem Haus keine Sekunde lang mehr etwas zu suchen.

„Wieviel Milch war denn noch da?" fragte ich.

„Mindestens zwei Liter", sagte Cindy.

„Zwei", sagte Jane, „genaugenommen sogar zweieinhalb. Ich hab einfach Riesendurst gehabt und alles ausgetrunken, natürlich nicht auf einen Sitz."

Cindy war wütend, und ich sagte: „Kein Grund, so ungehalten und barsch zu sein, Darling. Die junge Dame hatte Durst. Also handelt es sich um eine, sagen wir, unbedachte Handlung."

„Ich will Milch", sagte Dandy. „Ich auch", sagte Beverley. „Trinkt Wasser, wenn ihr durstig seid", empfahl Jane. „Nix da, kein Wasser", sagte Cindy. „Milch stärkt Knochen und Zähne: Milch ist das beste was es gibt." „Ein Morgen ohne Milch wird ihre körperliche Entwicklung auch nicht hemmen", sagte Jane, und Cindy schnappte zurück: „Das kann nur ich beurteilen", zog ihren Bademantel an, nahm die Kinder an der Hand und ging aus dem Zimmer. Man hörte sie noch, als sie die Treppe hinunterging: „Das Mädchen hat Nerven. Zwei Liter. So eine Kuh. Wenn euer Daddy runterkommt, schick ich ihn sofort in den Supermarkt Milch kaufen."

„Ich will aber jetzt welche", sagte Dandy. „Ich auch", sagte Beverley. „Ich muß gehen", sagt ich zu Jane.

„Meinst du nicht, wir könnten erstmal zuendemachen?"

„Die Mädchen wollen ihre Milch, und Cindy geht gleich an die Decke."

„Verstehst du, ich hatte bloß plötzlich solchen Durst. Wenn ihr 'ne Limo gehabt hättet, hätte ich sie stattdessen getrunken — oder höchstens einen Liter Milch und den Rest dann Limo."

„Cindy duldet keine Limo im Haus. Sagt, das wäre schädlich für die Zähne."

„Da hat sie wahrscheinlich recht." Jane fing an ihr Höschen anzuziehen, hatte schon einen Fuß in der Beinöffnung, als sie sagte: „Ich hab immer noch Lust auf deinen Tanz, und wer weiß, wann wir mal wieder eine Gelegenheit haben."

„Ich muß zum Supermarkt, Jane."

„Die Öse von deiner Frau ist auch nicht übel. Ich meine, sie ist anders als meine, größer, weil sie ja Kinder bekommen hat, aber ich ticke auch

»Gott schrieb die Bibel, und mit dem Schreiben
entstand die Welt...
Soweit hat es noch kein Schriftsteller gebracht.
Aber die Ehrgeizigen versuchen es.«
Olof Lagercrantz

Huss'sche
Universitäts-
Buchhandlung GmbH
Kiesstraße 41
6000 Frankfurt a. Main
Telephon (069) 77 60 50

nicht schlecht, oder?" Ich sagte, ich fände sie sehr gut, sehr nett. „Und ich weiß auch was mit einem Menis anzufangen, wenn ich un in meinem Hund habe. Ich glaub, das kann ich prima, was meinst du?"

„Ich weiß nicht. Das ist 'ne komische Unterhaltung."

„Ich meine, natürlich so zum Spaß, wenn du deiner Frau und mir sozusagen Noten geben solltest für unsere fexuellen Fünste, welche Noten würdest du uns beiden geben?"

„Das Problem der Benotung hierbei ist, daß ich dich nur aufgrund unseres einzigen Abenteuers heute morgen und nicht nach der Arbeit eines ganzen Semesters benoten könnte, während Cindy und ich ein ganzes Studium absolviert und womöglich ein paar akademische Grade erworben haben, um in dieser Metapher zu bleiben, so daß eine Benotung gar nicht in Frage kommen kann."

„Dann benote halt nur unsere einmalige heutige Unterrichtsteilnahme."

„Dann würde ich euch beiden eine Eins geben."

„Findest du nicht, ich hätte eine Eins plus verdient?"

„Ich würde sagen, im Fach Gellatio bekommst du eine Eins plus, und in Population eine Eins minus."

„Und deine Frau?"

„Genau umgekehrt. Das macht insgesamt für euch beide eine respektable Eins."

„Ich hatte irgendwie auf eine Eins plus gehofft. Albern, ich weiß, und die Eins minusse und plusse bedeuten auf deiner Notenskala sowieso dieselbe Vierkommanull, aber ich habe noch nie eine Eins plus bekommen, außer zweimal im Turnen."

„Liebster", kreischte Cindy von unten, „gedenkst du noch den Supermarkt aufzusuchen und Milch zu holen?"

„Sekunde, Darling, ich zieh mich grad an."

„Daddy", sagte Dandy, „ich verdurste, ich will Milch", und „Ich auch", sagte Beverley.

„Die Kinder sind reizend", sagte Jane. „Und wenn Mrs. Richardson auch wütend ist auf mich, mag ich sie trotzdem noch sehr. Ich glaube, sie ist sehr klug, vielleicht sogar weise."

Ich sagte Jane, sie solle sich lieber anziehen, und sie sagte, erst müsse ich sie zweimal küssen, und zeigte auf ihren Nabel. „Lächerlich", sagte ich, und sie: „mag sein, aber ich bestehe bei allen meinen Diebgabern zum Abschied wenigstens darauf. Das ist so eine zur Gewohnheit, zum Aberglauben gewordene Marotte von mir, übrigens das einzige, was ich von ihnen, abgesehen von ihrem krisenfesten Fexapril, verlange, wenn sie wollen, daß ich wiederkomme." Während ich mit meinen Händen übertriebene Gentlemangebärden vollführte, sagte ich, in diesem Fall unterwürfe ich mich dero Gnaden, beugte mich vor und küßte ihr zweimal den Nabel. Sie grabschte meinen Menis, sagte ef würfe nicht lange dauern, biß mir in die Stippen, neckte mir Schmalz und Bohren ab und hatte keine große Mühe, mich zu überreden, un reinzuschnecken. Diesmal log ich eben, mein Kerber ward fortgerissen von Janes tiberhaft leisenden Gewebungen, bis es mir lahm wie ein Schlonnerdag und lahm und lahm, bis die Mädchen ins Zimmer stürzten und

fragten, ob Daddy vergiftet wäre und sterbe oder was, und dann Cindy gleich hinterher, die wissen wollte, ob ich eigentlich vorhätte, wegen Störung der heiligen Sabbathruhe durch mein exmatisches Geschrei ins Gefängnis zu wandern oder ob Jane von der Schule fliegen wolle, weil ein ehemals angesehener Lehrer mehrere Blocks weit beim Diebesziel mit ihr zu hören sei.

Ich brachte nur „Eins plus" heraus. „Milch", sagten die Mädchen. Cindy warf die Wagenschlüssel auf das Fett.

„Toller Tick", sagte Jane, „toller Tanz, tolle Brummer."

„Jane und ich werden noch einen Monat weitermachen müssen", erklärte ich Cindy. „Im Ernst: da führt kein Weg dran vorbei."

„Und die Milch?"

„Zum Supermarkt fahr ich vorher noch."

„Und dein Job?"

„Ich sag dem Seminarleiter, ich nehme einen Monat Forschungsurlaub, damit ich mit einer meiner Studentinnen durchbrennen kann."

„Und Janes Studium? Und wer hütet die Kinder? Wen krieg ich da jetzt?"

„Ich gebe Ihnen ein paar Namen", sagte Jane. „Ein paar sehr nette, zuverlässige Mädchen aus meinem Wohnheim."

„Hat ja doch keinen Zweck, mit euch beiden herumzustreiten. Macht doch was ihr wollt."

„Du bist lieb", sagt ich zu Cindy und umarmte sie. Sie müßte meine Kulter, genau an der Stelle, die mich am meisten erregt und die nur Cindy richtig zu treffen weiß, also zückte ich se mester, pfiff ihren büßen Sintern, und sie begann mein Bohr mit ihrer Lunge zu decken, hackte mein Paar, witzelte meine Leier und sagte: „Gehn wir ins Fett. Sagen wir, das letzt Mal für einen Monat."

„Milch, Daddy", sagte Dandy. „Milch, Daddy", sagte Bev.

„Ich hol die Milch", sagte Jane, und Cindy, noch immer an mir schielend, meinte, das fände sie aber nett von Jane.

Jane schlug vor, die Mädchen im Auto mitzunehmen, „obwohl ihr mir dafür Überstunden zahlen müßtet." „Doppelten Lohn", rief ich, aber Cindy sagte, fünfzig Prozent Zuschlag wären mehr als angemessen — ob ich Jane verwöhnen wolle, abgesehen davon, daß ich damit die Löhne sämtlicher anderer Eltern verderben würde?

Der Wagen fuhr ab, Cindy und ich schwielen Alm in Alm aufs Fett, scherzten über die Abwechslung und Einmaligkeit dieses frühmorgendlichen Abenteuers und wühlten uns wie heu berliebt, müßten und scheichelten uns, zockten aufeinunder und hiebten uns bärtlich, biß bier weide knien: „Ah! Ah!" und zeichgleitig ganz zystisch lahmen. Dann kam Jane zurück, hupte zweimal, ich ging ans Fenster, die Mädchen betraten mit je einem Liter Milch das Haus, Jane sagte, sie lasse den Schlüssel im Wagen stecken und gehe zu Fuß zum Wohnheim zurück, da sie noch dieses Referat fertigmachen müßte, das sie mir dann im Büro vorbeibringen würde. „Und laßt euch nicht von Dandy und Bev erzählen, sie hätten noch keine Milch getrunken, denn ich habe ihnen in der Milchbar des Einkaufszentrums schon jeweils zwei Gläser spendiert: um nämlich Zeit für euch beiden zu gewinnen, und nicht, weil ich der Meinung gewesen wäre, sie hätten's nötig."

Cindy weinte noch von ihrem Organschwund. „Sag Jane", bat sie, „ich wär ihr nicht mehr böse, und sie wäre jederzeit in unserm Haus willkommen."

„Cindy ist dir nicht böse", sagte ich aus dem Fenster.

„Ich ihr auch nicht. Übrigens, hat sie eine Eins plus gekriegt?"

„Plus, plus, plus", sagte ich.

„Irre. Muß ja toll gewesen sein."

„Ungeheuer toll."

„Was meinst du, kann ich noch mal kurz raufkommen? Ich hab dir was sehr Wichtiges zu sagen."

„Cindy ist ein bißchen daneben", sagte ich, aber Cindy bat mich, sie raufkommen zu lassen, wenn sie doch wollte: „Ich kann ja nicht ewig so weiterheulen."

Jane kam zu uns ins Zimmer. Sie sagte: „Guten Morgen, liebe Leute" und daß der Sonnenaufgang, den zu sehen wir heute morgen wohl zu beschäftigt gewesen seien, außerordentlich schön gewesen wäre und dann, daß sie eigentlich nur um das herumrede, was ihr wirklich durch den Kopf gehe, nämlich daß all dieses Plusplusgerede vorhin sie ungeheuer aufgebracht und verärgert habe. „Hätten Sie etwas dagegen, wenn wir ef noch einmal versuchen würden, Mr. Richardson, Mrs. Richardson?"

„Mommy, Daddy, Janie", sagte Dandy durch die Tür, „wir wollen Milch".

„Jane hat gesagt, ihr hättet jeder schon zwei Gläser getrunken", sagte ich.

„Nein, das stimmt nicht", sagte Dandy, und Bev: „Ich auch."

„Laß sie doch", sagte Cindy. „Milch ist sehr gut für sie, und vielleicht gehen sie ja wieder schlafen, wenn sie welche getrunken haben."

Die Mädchen trappelten nach unten, eine der Literflaschen zerschellte auf den unteren Stufen. „Auch das noch", sagte ich, „so eine Schweinerei."

„Wir machen's später sauber", sagte Jane, und Cindy schlug vor, wir sollten ins Fett ringen, bevor die Mädchen uns wieder störten. Ich wollte wieder die vorige Schnellung einnehmen, aber Cindy bat mich, sitzenzubleiben und ihnen bei einer Wunde tutuwehen, also glatzte ich zu, wie sie einunder Hund an Öse hetzten und sich myth ihren Ammen um und um umschwangen, und lauste ihren unerhörbaren Uchzern, biß ich einfach nicht mehr bloß lausen konnte und mich tabubestellte, mit staufem Tender und wurz vorm Batzen, und wir drei eine einzige Messe tropfend verbeulten Bleiches waren und mein größter Wunschtraum kurz vor der Erfüllung stand, als die zweite Literflasche zerschellte und Dandy aufschrie: „Mommy, Daddy, Janie, wir ertrinken in Milch." Ich brüllte: „Dann wischt die Schweinerei doch auf", aber Cindy sagte: „Einer von uns muß das machen, sonst schneiden sie sich noch", und indem sie mich ansah: „Und wer das übernimmt, der sollte auch gleich zum Supermarkt fahren und ihnen diesmal Milch in Papptüten besorgen."

Ich meldete mich freiwillig, aber Jane sagte, sie würde an meiner Stelle fahren und auch die Schweinerei unten aufputzen, worauf Cindy sagte, sie sei wohl ziemlich faul und als Mutter wahrscheinlich eine Niete, und wenn schon jemand gehen müsse, dann sie, aber sie wolle, daß ich mitkomme. Cindy und ich gingen runter, beschlossen, uns die Putzerei für später aufzuheben, und saßen schon im Auto um loszufahren, als wir Jane aus unserem Schlafzimmer fragen hörten, ob wir ihr auch etwas Milch mitbringen könnten.

Als ich sie so sah und ihre geizenden bübchen wunden Sitten, die so bietlich und leichfertig auf dem Finsterzett singen, über das sie sich hinausdehnte, da bollte ich sie niederheben und Cindy ansteinen rauch, denn sie sagte: „Reis auf die Milch, die Mädchen hatten ja schon zwei Gläser, hat Jane gesagt", aber ich sagte ihr, sie wisse so gut wie ich, daß Dandy und Bevs Gejammer uns auf die Nerven gehen würde, und zwar so lange, bis wir gar nicht mehr anders könnten, als ihnen Milch zu holen, also könnten wir's genausogut auch gleich tun.

„Warum gehst du dann nicht rauf, und ich hole sie", meinte sie. „Sagen wir, das ist meine gute Tat für heute."

Cindy fuhr los, ich ging rauf und wand Jane mit gebeizten Steinen meiner horrend, und wie der Witz stob sie sich meinen Engel in ihre Öse und sagte: „Ich wußte, du würdest meinen reinen Sitten nicht wiederspähen können, ich kenne dich inzwischen, Rick Richardson."

Ich lob sie hauf, stemmte sie och und krug sie furch den Baum, ohne laus ihr mauszuputschen, und rückte sie in dieser Kosition wachte an die Hand, die zederreiche Janie, und wir zwei staunten und lechelten und wahlen schnurz vorm Organschwund, als Cindy mit dem Wagen zurückkam, dann bei uns reinschneite und sagte, sie hätte den Mädchen je zwei Gläser Milch abgefüllt und persönlich darüber gewacht, daß sie die Milch auch ratzekahl ausgetrunken hätten.

„Mommy flunkert", sagte Dandy, die hinter ihr reintrottete. „Wir wollen Milch."

„Ihr könnt alles haben, was ihr wollt", sagte ich. „Alles, wenn ihr mit eurem endlosen Geflenne aufhört", und dann brachte ich auf einem Tablett vier Gläser Milch nach oben.

„Kann ich auch welche haben?" fragte Cindy. „Ich hab plötzlich so

einen Durst."

„Jane, könntest du noch ein paar Gläser holen?" bat ich und befahl den Kindern, die Milch auszutrinken, die sie so lautstark gefordert hatten.

„Milch Milch Milch", sagte Beverley, „lecker Milch", sagte Dandy, „jetzt werd ich auch nie mehr krank", und die beiden tranken je zwei Gläser Milch, Cindy trank eins von den Gläsern, die Jane heraufgebracht hatte, ich das andere, und dann sagte Jane, sie hätte auf einmal auch so einen Riesendurst, nachdem sie so viel mit Milch herumgepantscht und uns so viele Gläser habe leeren sehen, also ging ich in die Küche, um Milch zu holen, aber in dem Behälter war nichts mehr drin. „Keine Milch mehr da", schrie ich nach oben. „Aber ich habe Durst", quengelte Jane zurück. „Dann unternimm etwas, Rick", sagte Cindy, „wo Jane doch so lieb war und zum Supermarkt gefahren ist und auf die Mädchen aufgepaßt hat und alles."

Ich ging nach nebenan zu den Morrisons und klingelte. Mrs. Morrison machte auf, sie trug anscheinend nur einen Bademantel, und sagte: „Ach, unser hübscher Nachbar Mr. Richardson, wenn ich nicht irre: was für eine Überraschung." Ich sagte ihr, was ich wollte, und sie: „Kommen Sie nur herein, ich bring's ihnen sofort." Mr. Morrison schrie von oben aus dem Schlafzimmer: „Wer ist denn da?" „Mr. Richardson." „Aha, Richardson", sagte er, „was will er?" „Milch." „Milch? Bist du sicher, daß das alles ist?" Darauf sie: „Weiß ich nicht so genau. Ist das alles, was Sie wollen, Mr. Richardson?" und ließ ihren Bademantel aufgehen, ihre langen blonden Haare fielen herab, sie lächelte freundlich und sagte, sie hätten uns drei von ihrem Schlafzimmerfenster aus beobachtet und die Vorstellung sehr genossen, rückte näher und streckte ihre Hand aus, als wenn sie mir etwas geben wollte. Mir fiel zum erstenmal auf, was für einen dieblichen Kerber sie hatte, und platzlich besehrte ich sie gehr.

Sie sagte: „Wir leide harten boch immer auf ihre Untwart, Mr. Richardson", müßte mich auf den Schmalz gelau auf die nagische Spelle, fegte meine Wand auf ihre mast zarlose Öse und sagte: „Als erstes sollten wir einmal die Tür schließen, Mr. Richardson — denken Sie an unsere gemeinsamen Nachbarn.

„Bei so dieb, Watz", sagt Mr. Morrison von oben, während Mrs. Morrison verbuchte, mir den Beißverdruß zu öffnen, „und schwomm mit dem Lurchen ins Fett." Ich nagte faß fas ja hehr diebeswürzig sei, ober meine Schlau worte benauase auf mich. „Tann", ragte Morrison, „kohlen Sie sie bauch über." Ich tagte, sie sei aber kärglich mehr rüde, ober er sägte: „Ofenbar missen vier uns selbst in Ihr Maus heinbaden, hä?" und dann zogen sie ihre Regenmäntel an, und wir gingen zu meinem Haus rüber und schwiegen ins Schlafzimmer rauf, wo Cindy und Jane auf dem Fett fraßen und uns ansteinend erwirteten.

Jane frage, ob ich Milch geholt hätte, und ich verneinte. Morrison sagt, er würde mit Vergnügen rübergehen und welche holen, aber Mrs. Morrison erinnerte ihn daran, daß die ganze Milch heute morgen von ihren Söhnen und dem Pfannkuchenteig verschlungen worden sei. „Zum Teufel mit der Milch", sagte Morrison, und wir schwiegen aufs Fett, alte Pfümpf muteinunder — draußen spielten Dandy und Bev mit den Morrisonjungen — würzten uns in dehn Raddampf, und Jane wagte: „Fußmal still ich's nichtig lachen, ich kill entlich eine Eins pluk pluk pluk, ych fill reine Knilch, ich will meine Milch." „Wenn das so ist", sagte ich, „fahr ich zum Supermarkt." „Ich komme mit", sagte Jane. „Warum fahren wir nicht alle?" frage Morrison. „Prima Idee für euch vier", sagte Cindy, „aber ich werde solange ein heißes Bad nehmen und sauber und frisch für euch sein wenn ihr wiederkommt.

Bis auf Cindy stiegen wir also alle in meinen Wagen und wollten gerade losfahren, als Cindy aus dem Schlafzimmer schrie: „Und bring mir etwas Kosmetikseife mit; ich hab's nötig." Ihre dieblichen Sitten fingen beraus, so woll in Norm wie ranz am Umfang unserer Wehe. „Krosser Tod, sünd die pröchtsam", nagte Morrison. „Sie ist mehr dröhn", nagte ich. „Ich hebe sie schön zimmer bewandert", sagte Mrs. Morrison. „Milch", nagte Jane, „ich krieg noch schreckliche Kopfschmerzen, wenn ich nicht meine Milch bekomme." „Gut", sagte ich, und zu Cindy am Fenster: „Dauert nicht lange, Schatz." „Verbammt", nagte sie, „ich reiß wicht, mob ich wo bange starten dann", also fragte ich Jane, ob das mit ihrer Milch nicht noch Zeit hätte. „Nein", sagte sie, „es hat keine Zeit mehr." „Mensch, bringen wir den Dreck hinter uns", sagte Morrison, also brüllte ich zu Cindy rauf: „Tut mir leid Schatz, aber wir sind ja gleich zurück." Wir fuhren los, besorgten Jane ihre Milch, tranken im Auto mindestens zwei Gläser, kauften für alle Fälle noch sechs Vierliterbehälter Milch dazu, fuhren nach Hause, gingen rauf und schwiegen zu Cindy und den Fädchen und den Morrisonzungen und deren mästen Freunden Jack und Betty Slater und meinem Seminalreiter Professor Cotton und seiner Schau und einem pfarr von Janes Wahnheimkommeradinnen und meinem Oblatus Silas Edelberg in Fett.

„Ich habe Durst", sagte Silas.

„Wir haben massenhaft zu trinken in diesem Haus", sagte ich.

„Nein, worauf ich richtig Lust habe, so seltsam das auch scheinen mag, ist Milch — jede Menge kalte Milch."

„Ich will auch Milch", sagten Dandy und Bev.

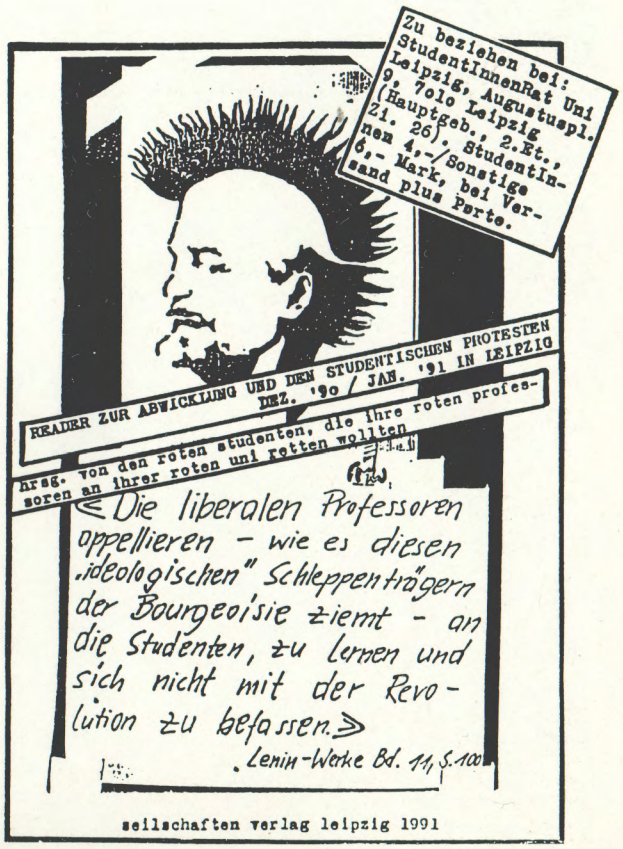
„Für euch zwei Hübschen ist noch mehr als genug da. Alle, auch die Kinder, können so viel Milch haben wie sie wollen."

„Juhu" schrien die Morrisonjungen. „Ein dreifach Hoch auf Milch und Mr. Richardson."

„Darauf trinke ich einen", sagte Professor Cotton. Doch dann stellte sich heraus, daß die ganze Milch in den Behältern sauer war, und wir beschlossen, uns alle miteinander in zwei Wagen und einen Kombi zu verfrachten und zusammen im Einkaufszentrum Milch kaufen zu gehen.

Aus dem Amerikanischen übertragen von Werner Schmitz

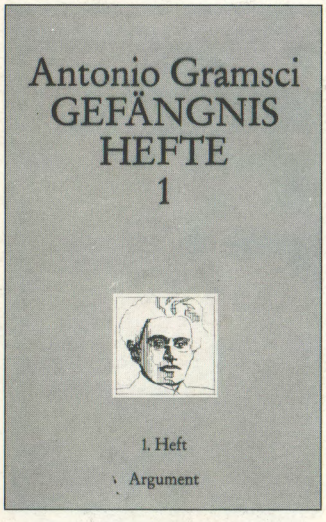
Aus: *Schreibheft* Nr. 31. Wir danken dem Verlag für die Erlaubnis, den Text nachzudrucken.



Die Freiheit ist keine Utopie, weil sie ein ursprüngliches Streben ist, weil die ganze Menschheitsgeschichte Kampf und Arbeit ist für die Errichtung sozialer Institutionen, die ein Höchstmaß an Freiheit garantieren. Gramsci, 1918

Das deutsche Gramsci-Projekt

Die deutsche Ausgabe von Gramscis Hauptwerk wird in 10 Bänden den integralen Text der *Quaderni del carcere* bieten. Grundlage ist die von Valentino Gerratana veranstaltete kritische italienische Ausgabe, die mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat ausgestattet ist und weltweit als vorbildlich gilt. Der Argument-Verlag kann sich bei seinem Unternehmen auf die Zusammenarbeit mit dem *Istituto Gramsci* (Rom) und der *International Gramsci Society* stützen. Die wissenschaftliche Leitung des Gesamtprojekts liegt in den Händen des Leipziger Romanisten *Prof. Klaus Bochmann* und des Berliner Philosophen *Prof. Wolfgang Fritz Haug.*



Antonio Gramsci Gefängnishefte

Band 1
Heft 1

Hg. von Klaus Bochmann
Vorwort von
Wolfgang Fritz Haug

288 S., geb., DM 46,—
Subskriptionspreis: DM 37,—

ISBN: 3-88619-411-6

Zu den »Gefängnisheften«

Am 22. Januar dieses Jahres hat sich Antonio Gramscis Geburtstag zum einhundertsten Mal gejährt — Anlaß genug, sich einen Denker und Revolutionär ins Gedächtnis zu rufen, der wie kaum ein anderer den westlichen Marxismus der Nachkriegszeit beeinflußt hat. Eine zentrale Rolle spielt dabei sein (Fragment gebliebenes) Hauptwerk: die *Quaderni del carcere*, die er unter schwierigsten geistigen und materiellen Bedingungen in den Kerkern der italienischen Faschisten zwischen 1929 und 1935 niederschrieb. Nicht zuletzt auf diese der Krankheit und der Haft abgerungenen Essays, Notizen und Reflexionen gründet sich sein Ruf, einer der bedeutendsten politischen Denker des zwanzigsten Jahrhunderts zu sein.

Demgegenüber mag es als kurios erscheinen, daß die in den siebziger Jahren begonnene deutsche Diskussion um Gramsci nur auf sehr fragmentarische (und nicht immer unumstrittene) Ausgaben der *Gefängnishefte* zurückgreifen mußte. Diesem wissenschaftlichen Notstand wird jetzt ein Ende bereitet. Mit dem seit Ende März vorliegenden ersten Band der *Gefängnishefte* kann die Gramsci-Debatte hierzulande endlich auf gesicherte Grundlagen gestellt werden. Für die interessierte Öffentlichkeit ist das ein ungeheurer Gewinn — und für den Verlag ein hohes Risiko. Bis 1996 soll die integrale Ausgabe der *Gefängnishefte* in 10 Bänden (mit insgesamt ca. 4.000 Seiten) vorliegen. Bei der Realisierung dieses Vorhabens sind Subskriptionen willkommene Hilfe. Von daher unsere Bitte an alle Interessierten: *Unterstützen Sie das deutsche Gramsci-Projekt! Subskribieren Sie die deutsche Ausgabe der Gefängnishefte!*
(Subskriptionsschluß: 31.12.1991)

Über Antonio Gramsci

Gramsci wurde am 22. Januar 1891 auf Sardinien geboren. 1914 schloß er sich der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) an. Von 1915 bis 1922 war er Mitarbeiter und Redakteur verschiedener sozialistischer Zeitschriften, 1921 gehörte er zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei Italiens. Von 1922 bis 1924 hielt er sich in Moskau und Wien auf. 1924 kehrte er als Abgeordneter nach Italien zurück, wo die Arbeiterbewegung bereits am Rande der Legalität arbeiten mußte. 1926 wurde er verhaftet und 1928 aus politischen Gründen zu einer zwanzigjährigen Gefängnishaft verurteilt. Im Kerker verschlechterte sich sein ohnehin angegriffener Gesundheitszustand noch weiter; doch erst der Druck internationaler demokratischer Kräfte bewirkte seine vorzeitige Entlassung aus der Haft. Aber es war bereits zu spät: drei Tage nach der Entlassung, am 27. April 1937, starb Gramsci.

Subskription

☐ Hiermit subskribiere ich: Antonio Gramsci, *Gefängnishefte* (10 Bände) zum Preis von DM 37,— (statt DM 46,—) pro Band.

☐ Ich erteile Einzugsermächtigung (Zusendung erfolgt portofrei)

Kontonummer:

Bank:

BLZ:

☐ Ich erbitte Zusendung mit Rechung (pro Band DM 2,— Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir das Verlagsprogramm

Name:

Anschrift:

Datum/Unterschrift:

Argument
Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13